227. Ausgabe · 37. Jahrgang

München, Mittwoch, 7. November 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23698. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647. Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G. m. b. H. München 11346

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 5000000000, auswärts M. 6000000000. Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

Der französisch-marxistische Schurkenstreich in der Pfalz

Tagesspiegel

Ausrufung der „Freien Pfalz" unter dem Schutz der Franzosen.

Die Reichsregierung wendet sich wegen innerpolitischer Gefahren an das deutsche Volk.

Große Plünderungen im Berliner Judenviertel.

Eine neue Verordnung zum Schutz der republikanischen Reichswehr vor Beschimpfung.

Reichswehrverstärkung in Thüringen.

Einstellung der Judenausweisungen

Wir haben von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß wir mit der Art und Weise, wie der Generalstaatskommissar die Judenfrage zu lösen sucht, nicht einverstanden sind. Das Judentum ist unser allergrößter und stärkster Feind, das Ausführungsorgan seiner Politik, das Deutsche Reich zu zertrümmern und das deutsche Volk restlos zu versklaven, ist Frankreich. Wir haben in ganz Deutschland etwa 2 Millionen Juden, in Bayern rund 50 000; es wäre also am richtigsten, wenn wir uns dieser Masse von Parasiten bemächtigten, um sie in Sammellager zu stecken.

Die Ausweisungen einzelner Juden oder Judenfamilien dagegen haben keinen Zweck, sie sind peinlich für die davon Betroffenen, nutzen uns aber gar nichts. Wir haben vor einigen Tagen die Liste der bisher ausgewiesenen Hebräer veröffentlicht; sie zählte ungefähr 60 Namen. Ein paar Blutsauger mehr oder minder — das spielt bei der schauerlichen Verjudung Deutschlands wahrlich keine Rolle. Die aus Bayern hinausgewiesen werden, siedeln sich dafür im übrigen Deutschland an und hetzen und wühlen von dort aus weiter gegen uns.

Eine sogenannte Politik der Nadelstiche ist das Unklügste, was man machen kann, es sei denn, daß man damit den Zweck verfolgt, den Gegner derart zu reizen, daß er aus seiner Zurückhaltung heraustritt. Das war aber sicher nicht der Zweck der verfügten Ausweisungen, denn man kann vom Judentum wirklich nicht behaupten, daß es eine reservierte Haltung zeige. Es ist im Gegenteil in dem Vollbewußtsein seines Triumphes so übermütig geworden, daß es sich in der Offensive, wir uns kaum noch in der Defensive befinden.

Was kommen mußte, das kam. In ganz Juda ging der Lärm los, die Judenpresse schäumte vor Wut; vor allem taten sich dabei in der Anpöbelung und Verdächtigung Bayerns die marxistischen Blätter hervor, die sich ja ihren Brotgebern gegenüber stets dankbar zu erweisen haben, und wobei man die Beobachtung machen konnte, daß die alten dummen Phrasen von der „Kulturschande" und dergleichen wieder hervorgeholt wurden. Außerdem griff man zu dem schon oft erprobten Mittel, das Ausland gegen Bayern mobil zu machen, womit allerdings die Juden den unwiderlegbaren Beweis liefern, daß sie trotz allen Getues und Geseires nicht die Spur deutscher Empfindung besitzen, denn es ist undenkbar, daß ein wahrer Deutscher, und sei ihm von seinem Vaterlande noch so schweres Unrecht zugefügt worden, jemals dessen Feinde gegen es aufhetzen würde. So lesen wir in der „Jüdischen Rundschau" u. a.: „Wir können uns nicht vorstellen, daß der bayerische Generalstaatskommissar in einem Zeitpunkt, wo selbst ein von Antisemitismus so beherrschtes Land wie das mit den bayerischen Nationalsozialisten verbrüderte Ungarn durch außenpolitische Notwendigkeiten sich gezwungen sieht, seinen offiziellen Antisemitismus ernstlich abzubauen, und wo das gleiche für andere Länder des Ostens gilt, die Judenausweisung durchgeführt hätte, wenn die außenpolitischen Folgen Bayern allein berührt hätten. Es ist doch ganz klar, daß die zivilisierte Welt zu einem solchen mittelalterlichen Vorgang nicht schweigen kann und wird. Und ebenso klar ist es, daß gerade die Länder, deren Hilfe das Deutsche Reich heute am meisten benötigt, die angelsächsischen, deren Stellung dem jüdischen Volke gegenüber ja bekannt ist, daß der Völkerbund, der sich schon öfters gegen antijüdische Beeinträchtigungen gewendet hat, daran nicht achtlos vorübergehen kann. Man kann es daher vom deutschen (gesperrt auch in der „Jüd. Rundsch.") Standpunkt nur aufs tiefste bedauern, daß derartiges heute in Deutschland in einem Augenblick geschehen kann, in dem das Deutsche Reich wie nie zuvor die Sympathie und die Mithilfe der Welt braucht. In den Tagen, da in München die Judenausweisungen verfügt wurden, wurde dort die Rede des Generals Smuts, die er in London über das Reparationsproblem gehalten hat, plakatiert. Weiß man denn in Bayern nicht, daß dieser Burengeneral einer der wärmsten Freunde des jüdischen Volkes ist, und daß diese Rede vielleicht anders ausgefallen wäre, wenn diesem hervorragenden Staatsmanne die neuzeitliche Judenaustreibung aus Bayern vorher bekannt gewesen wäre?" So geht es weiter; es wird dann noch mit Repressalien seitens uns feindlicher Staaten gedroht, von einer finanziellen Hilfe Amerikas gefaselt, die man uns jetzt nicht mehr gewähren würde — kurz und gut, der Jude lüftet in diesem Artikel die Maske wieder mit ganzer Schamlosigkeit, wobei er sich eben als ausschlaggebender weltpolitischer Faktor fühlt.

Soeben trifft auch noch die Meldung ein, daß Polen sich bereits mit der Absicht trage, als Gegenmaßnahme alle in Polen wohnhaften Bayern auszuweisen. Ob diese Nachricht nicht vor irgendeinem jüdischen Lügenbold mit klar durchsichtiger Absicht erfunden wurde, wissen wir nicht, möchten aber heute schon bemerken, daß alle die Deutschen, die durch den Versailler Friedensvertrag dazu verdammt sind, in der polnischen Republik zu leben, dort als Pioniere der Kultur, als Ingenieure, Techniker und Landwirte wirken, während die aus Bayern ausgewiesenen polnischen Juden samt und sonders Auswurf des Ostens darstellen, der wahrscheinlich sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt werden würde, wenn er es wagen sollte, polnischen Boden wieder zu betreten.

Aber nicht genug daran, daß sich, was ja selbstverständlich, die ganze Judenheit der paar ausgewiesenen Rassegenossen annimmt, sie finden auch liebevolle Unterstützung anderswo, und man merkt es deutlich, woher der Wind weht. In der gestrigen Ausgabe haben wir bereits auf die Allerseelenpredigt des Kardinals Faulhaber hingewiesen; nach einem Münchener Blatte tat er noch den Ausspruch, daß auch das Leben eines Juden kostbar sei. Vielleicht blättert der Kirchenfürst einmal im Talmud nach, um sich aus diesem jüdischen Gesetzbuch darüber zu unterrichten, wie der Jude über den Nichtjuden, den Gojim, denkt. Er wird dort die Behauptung lesen, daß die Nichtjuden eigentlich Tiere seien, und daß ihnen nur deshalb von Jahve Menschengestalt verliehen wurde, damit sie würdig seien, den Juden zu dienen.

Auffallend ist es natürlich auch, wie reserviert sich die Presse der Bayerischen Volksverblödungspartei zu den Judenausweisungen verhält. Natürlich, wenn man ein geistiges Oberhaupt hat, das Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank ist, und auch sonst mehr oder minder enge mit dem Judentum liiert ist, dann muß man schweigen. Wir finden es daher durchaus begreiflich, daß unter den Persönlichkeiten, die den Generalstaatskommissar bestürmten, doch die lieben bayerischen Juden weiter in ihrem edlen Berufe zu belassen, sich auch der **Graf Pestalozza** befand, wohl in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt so mancher jüdischer Klienten. Mit im Chorus der Schutzflehenden befanden sich weiter der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens, Landesverband Bayern, Ortsgruppe München, die Landtagsabg. **Dr. Schlittenbauer, Dillmann,** der Sohn des früheren Polizeidirektors, und, was sich von selbst versteht, **Alwin Saenger!**

Wer konnte solchem Andrang widerstehen? Der Herr Generalstaatskommissar empfand ein menschlich Rühren, er stellte den Kampf, den er so tapfer mit papierenen Verordnungen für die deutschchristliche gegen die marxistisch-materialistische Weltanschauung führt, ein und befahl, die weiteren Judenausweisungen nicht nur zu unterlassen, sondern auch den größten Teil der bisher verfügten wieder rückgängig zu machen.

Dieses Gnadenaktes teilhaftig wurden fast ausschließlich die Reichsten unter den Ausgewiesenen, also die größten Schädlinge, die als Besitzer zahlreicher Grundstücke, Villen, Kraftwagen usw. ihr Finanzgenie besonders glänzend zeigten, z. B. Kalter, Spielmann. Unter diesen Juden befinden sich mehrere, die mit dem Staatsanwalt bereits in nähere oder fernere Berührung gekommen waren. So verschob der eine 1917, also während des Krieges noch, aus München vier mit Kleidern vollbepackte Waggons nach dem Ruhrgebiet, weil sie dort damals bereits höher bezahlt wurden.

Die Judenausweisungen haben aufgehört, unsere teueren Staatsbürger mosaischen Glaubens können ruhig bis auf weiteres ihren nutzbringenden Geschäften in Bayern nachgehen. Wir haben wieder einmal mit unserem Pessimismus recht behalten, den wir von Anfang an äußerten. Wie heißt es doch im „Faust"? Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben.

J. St—g.

Der Kampf um die Rheinlande

Ein französisch-marxistischer Schurkenstreich

Kaiserslautern, 6. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchzogen die bewaffneten Separatisten in Autos, per Rad und zu Fuß die Stadt und requirierten in verschiedenen Geschäften in der Hauptstraße Lebensmittel. Um ¼4 Uhr fand vor dem Bezirksamte die Ausrufung der „Freien Pfalz" als Teil der Rheinischen Republik statt. Der Landwirt Heinz Orbis, Führer der Freien Bauernschaft, hielt eine Rede an die Sonderbündler, die von einer zahlreich versammelten Menschenmenge mit lebhaften Pfuirufen erwidert wurde. Dann verlas ein Sonderbündlerführer eine Proklamation, in der u. a. mitgeteilt wurde, daß der Delegierte des Bezirks Kaiserslautern wegen der Unruhen, die angeblich am Nachmittag vorgekommen seien, eine Verkehrssperre auf unbestimmte Zeit verhängt habe. Die Sperre beginnt abends 7 Uhr und endigt morgens 6 Uhr. Weiterhin sind Zusammenrottungen von mehr als fünf Personen verboten.

In einem Anschlag weisen die Separatisten darauf hin, daß sie von der Besatzungsbehörde anerkannt seien und die Bürgerschaft sich infolgedessen auf den Boden der Tatsachen stellen solle. Wie verlautet, ist der hiesige Friseur Pfaffmann zum Bürgermeister ernannt worden. In den Abendstunden durchzogen die Sonderbündler bewaffnet die Straßen der Stadt und hielten die Passanten an. Wie verlautet, soll demnächst Kirchheimbolanden heimgesucht werden, desgleichen Hochspeyer; Ludwigshafen und Neustadt sollen am nächsten Tag folgen. Zuletzt soll die Republik in Speyer ausgerufen werden.

Das Verhalten der Franzosen

beim Ausrufen der Freien Pfalz kennzeichnete sich dadurch, daß am frühen Morgen schon, nachdem der erste Putsch vor dem Rathaus abgeschlagen worden war, französische Posten zusammen mit bewaffneten Sonderbündlern vor dem Bezirksamt auf und ab patrouillierten. Als gegen ½12 Uhr das Bürgermeisteramt gestürmt wurde, das von der Polizei vorher entblößt worden war, folgte den Sonderbündlern ein Zug Kolonialtruppen, die die Sicherung des Rathauses übernahmen.

Von Separatisten erschossen

Ludwigshafen, 5. Nov. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Polizeibeamte, die in der Nähe der Eisenbahnwerkstätte Posten standen, rücklings überfallen und beschossen. Der eine der Beamten, Krämer, wurde getötet, der andere hat eine schwere Bauchverletzung erhalten. Man vermutet, daß die Täter Separatisten sind.

Übertreibungen

Ludwigshafen, 6. November. Entgegen anders lautenden Meldungen, die von einer besorgniserregenden Ausdehnung der Separatistenbewegung zugunsten der „Freien Pfalz" berichten, teilt die „Pfälz. Rundschau" mit, daß in Ludwigshafen vollkommene Ruhe herrscht und von irgendwelchen Separatistenbewegungen nichts zu bemerken ist. Der Putsch hat sich bisher nur auf Kaiserslautern und auf das kleine Städtchen Kirchheimbolanden erstreckt, während in den übrigen größeren Orten der Pfalz die Ruhe bis jetzt nicht gestört worden ist.

An unsere Postbezieher!

Die von der Schlüsselzahlkommission des Deutschen Verlegerverbandes am 15. Oktober **festgesetzte Bezugsgebühr für November in Höhe von 2450000000 M.** ist durch die seit 15. Oktober eingetretene **katastrophale Markentwertung weit überholt.** Eine einzelne Nummer unseres Blattes kostet uns heute diesen Betrag.

Wir sind daher gezwungen, von unseren Postbeziehern **zweimal** im Monat November eine **Nachforderung** zu erheben. Die erste Nachforderung in Höhe von

Dreißig Milliarden Mark

wird durch die Post in den nächsten Tagen eingehoben.

Die zweite Nacherhebung erfolgt Ende November.

Wir bitten unsere Postbezieher, die Nachnahme bei Vorzeigung sofort einzulösen, da bei Nichteinlösung die Zeitungslieferung durch die Post sofort eingestellt wird.

Mit deutschem Gruß!

Geschäftsleitung des „Völkischen Beobachters".

Protest gegen Frankreichs Unterstützung der Hochverräter

tu. Berlin, 6. November. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, eine Protestnote zu überreichen, in der auf Grund authentischen Materials eine umfassende Darstellung des Zusammenwirkens zwischen den Separatisten und den französischen Besatzungsstellen gegeben wird. Die deutsche Regierung gibt in der Note der Erwartung Ausdruck, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, die rechtmäßigen und vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und insbesondere den aufrührerischen Elementen die Waren wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich im Gebrauch der ihnen zustehenden Waffen zu behindern. Eine Abschrift dieser Note wird auch in London und Brüssel überreicht werden.

Ein deutscher Volksparteiler als Separatist

München, 6. Nov. Wie der „Bayerische Kurier" meldet, ist der Vorsitzende der Pfälzischen Bauernkammer, Seiz, der Mitglied der Deutschen Volkspartei der Pfalz war, wegen seines Verhaltens in der Autonomiefrage der Pfalz durch Parteibeschluß aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen worden.

Die Lage in Krefeld

Krefeld, 5. Nov. Hier herrscht vollkommene Ruhe. Im Laufe des Samstags sind die auswärtigen Sonderbündler auf Anordnung der Besatzungsbehörde nach ihren Heimatorten zurückgekehrt. Die hier ansässigen Sonderbündler verhalten sich ruhig. Die Bevölkerung ist aber gegen sie noch sehr erregt. Im Rathaus sitzt noch eine Anzahl Sonderbündler. Das Gebäude trägt die grünweißrote Flagge. Der sogenannte Aktionsausschuß, der sich bildete und sich Polizeigewalt anmaßte, wird von der Besatzungsbehörde anerkannt. Er setzt sich aus 160 Anhängern der Separatisten und 28 früheren städtischen Polizeibeamten zusammen. Wegen dieses Polizeischutzes wandte sich der Oberbürgermeister schriftlich an die Polizeibehörde und erhob gegen die Anerkennung Einspruch, da er der Bestimmung des § 5 des Rheinlandabkommens widerspreche. Außerdem befände sich unter den 28 früheren städtischen Polizeibeamten kein höherer Polizeibeamter. Ein wirksamer Polizeischutz könne nur durch die bisherige Polizei ausgeführt werden. Der Oberbürgermeister erklärte sich bereit, die Polizeigewalt zu übernehmen, wenn die frühere Polizei wieder in Dienst träte. Er sei auch bereit, Polizei unter Aufsicht der Besatzungsbehörde zu stellen. Eine Antwort auf die Erklärung des Oberbürgermeisters ist noch nicht eingegangen.

Die Ruhrverhandlungen

tu. **Essen,** 6. Nov. Die Düsseldorfer Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der französisch-belgischen Ingenieurkommission sind gestern fortgesetzt worden. Man nimmt an, daß sie im Laufe dieser Woche zu einem provisorischen Abkommen führen werden. Der Leiter der Ingenieurkommission Frantzen hat sich nach Paris begeben, um bei der französischen Regierung Instruktionen für den endgültigen Abschluß des Vertrages einzuholen. Es wird sich indessen nur um ein provisorisches Abkommen handeln, das bis zum 1. April 1924 befristet ist.

tu. Bochum, 6. Nov. Der seinerzeit gebildete gemischte Wirtschaftsrat hat gestern seine erste Sitzung abgehalten, wobei auf deutscher Seite Vertreter der Handelskammer, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Landwirtschaft, der Banken und des Handwerks teilnahmen, auf französischer Seite der Zivilgouverneur und Vertreter der Eisenbahnregie. Von letzterer wurde angestrebt, daß die Ruhrtalbahn über Hattingen bis Steele demnächst durch die Regie in Betrieb genommen und die Durchführung des Verkehrs auf der Strecke Barmen—Hattingen wieder bis zum Bahnhof möglich werde. Ferner wurden die Fragen der Lebensmittelversorgung sowie des Telephon- und Telegraphenverkehrs besprochen. Für die Regelung der einzelnen Angelegenheiten wurde ein Unterausschuß gebildet. Die am Sitze der Handelskammern Düsseldorf, Essen, Dortmund und Bochum bestehenden Ausschüsse sollen nach einer Anordnung des Generals Dégoutte zu einem Gesamtausschuß zusammengefaßt werden, der in Düsseldorf zusammentreten soll.

Die Verschacherungskommission

tu. London, 6. Nov. Gestern abend ist in London die Note Poincarés eingetroffen, in der er die Voraussetzungen erläutert, unter denen er der Einladung an die amerikanische Regierung zu einer neuen Reparationsprüfung zustimmen will. Die Note, die sofort vom englischen Kabinett geprüft werden wird, enthält sicherem Vernehmen nach dieselben Bedingungen, die Poincaré bereits mündlich ausgesprochen hat.

tu. Paris, 6. Nov. Zu dem gestrigen Schritt des Washingtoner französischen Botschafters im Weißen Hause liegen zur Zeit noch keine direkten Mitteilungen vor. Ein Bericht desselben ist vor heute nicht zu erwarten. Nach Mitteilungen von maßgebender Seite kann gesagt werden, daß Frankreich unverändert an dem Standpunkt festhält, den Poincaré in seiner Rede wiederholt zum Ausdruck gebracht hat. Die Nachrichten der Morgenpresse, wonach Jusserand Herrn Hughes eine schriftliche Mitteilung überreicht haben soll, wird am Quai d'Orsay in Abrede gestellt. Man betont, daß der französische Botschafter in Washington ständig über die Auffassung der französischen Regierung unterrichtet sei und daß er von Poincaré auch jetzt mündliche Anweisungen erhalten habe.

tu. **London, 6. Nov. Reuter berichtet aus Washington:** Mitteilungen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein Übereinkommen zugunsten einer freien und vollen Untersuchung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigenausschuß erzielt haben.

tu. **Berlin,** 6. Nov. Gestern hatte der belgische Außenminister Jasper eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter in Brüssel, betreffend die Ereignisse im Rheinland und die Verhandlungen in der Frage der Sachverständigenkommission.

tu. **Rom,** 6. Nov. Die italienische Regierung hat schon vorgestern im Weißen Hause eine Erklärung abgegeben, wonach sie sich auf eine Sachverständigenkonferenz zwecks Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorbereite und sich mit größtem Interesse beteiligen würde. Italien habe gar keine Vorbehalte zu erheben.

Wiederaufnahme der Ausgleichsverhandlungen

tu. Berlin, 6. November. Die Verhandlungen der deutschen Delegation unter Führung des Ministerialdirektors vom Reichsministerium für den Wiederaufbau, Dr. Lothholz, und des Gesandten Dr. Göppert vom Auswärtigen Amt über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhreinbruchs abgebrochenen Beziehungen des Reichsausgleichsamtes zu den französischen und belgischen Ausgleichsämtern und über erneute Beteiligung an den deutsch-französischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgerichtshöfen sind am 3. November in London zum Abschluß gekommen. Sie haben zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, das die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem deutschen, französischen und belgischen Ausgleichsamt wiederherstellt. Ebenso werden sich dieselben wieder an dem deutsch-französischen und deutsch-belgischen Schiedsgerichtshof beteiligen. Die Verhandlungen sind unter englischem Vorsitz, frei von politischen Erwägungen, geführt worden.

Eine Hilfsaktion Amerikas

tu. **Washington,** 6. Nov. Das Staatsdepartement teilt mit, es rechne damit, daß es in einigen Tagen um seine Erlaubnis zur Bewerkstelligung einer großzügigen Hilfsaktion Amerikas zugunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands gebeten werde. Diese Mitteilung erfolgte ohne nähere Erklärungen, doch wird in Fachkreisen angenommen, daß die amerikanische Regierung bereits seit einiger Zeit der Lage in Deutschland die besondere Aufmerksamkeit schenkt, und man sei von der Notwendigkeit des Hilfswerkes überzeugt, da Deutschland sonst einer schweren Hungersnot und Lebensmittelunruhen im kommenden Winter kaum entgehen werde. In eingeweihten Kreisen verlautet, daß Staatssekretär Hoover mit der Organisation des Hilfswerkes betraut werden soll, und daß er nach denselben Gesichtspunkten, wie seinerzeit bei der Hilfsaktion für Rußland verfahren werde. Amerika werde zum Ankauf von Getreide Kredite vorschießen und auch beträchtliche Mengen an anderen Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidungsstoffen aufbringen, die von den Angestellten der amerikanischen Organisation im Einvernehmen mit der deutschen Regierung zur Verteilung gelangen werden. Eine offizielle Ankündigung wird dem „New York Herald" zufolge in den nächsten Tagen erwartet.

Die Tangerkonferenz

tu. **Rom,** 6. Nov. Italien hat an die französische Regierung eine Erklärung gerichtet, daß sie, wenn sie zur Tangerkonferenz nicht zugelassen sei, die neuen Verträge zwischen Spanien, England und Frankreich **nicht anerkennen werde.**

Zusammengehen Lloyd Georges mit Churchill

tu. **London,** 6. Nov. Laut „Evening Standard" sind Lloyd George und Churchill in Beziehungen getreten, um eine gemeinsame Politik ins Werk zu setzen. Der frühere Premier wird nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten über die neue Entwicklung der Regierungspolitik eine Erklärung abgeben.

Churchill als Nachfolger Bonar Laws

tu. **London,** 6. Nov. Wie aus Glasgow gemeldet wird, hat die dortige liberale Partei Churchill den durch den Tod Bonar Laws freigewordenen Sitz im Unterhaus angeboten. Churchill hat sich eine Überlegungsfrist vorbehalten. Die Aussichten für Churchill sind sehr günstig; er hat lediglich mit der Opposition der Asquithanhänger zu rechnen.

Die Unterredung des engl. Botschafters mit Poincaré

tu. **Paris,** 6. Nov. Über den Inhalt der gestrigen Unterredung des englischen Botschafters mit Poincaré wird strengstes Stillschweigen beobachtet. In englischen journalistischen Kreisen verlautet jedoch, daß die Unterredung sich auf die Rheinlandsfrage bezogen habe.

Bevorstehende Verständigung unter den Alliierten

tu. **Brüssel,** 6. Nov. „Dernier Heure" teilt mit, daß im Verlaufe des gestrigen Nachmittags zwischen Frankreich und England in der Reparationsfrage eine merkliche Entspannung eingetreten sei. Dem Brüsseler Blatt zufolge steht eine Verständigung zwischen den Verbündeten nahe bevor.

Die Entente gegen die Heimkehr des Exkronprinzen

tu. **Paris,** 6. Nov. Der englische Botschafter erklärte in seiner Unterredung mit Poincaré, er habe von seiner Regierung Instruktionen erhalten, in denen die Ansicht ausgesprochen wird, daß ein Schritt der Alliierten bei der holländischen Regierung geboten erscheine, die aufgefordert werden solle, alle Maßregeln zu treffen, um eine Rückkehr des deutschen Kronprinzen nach Deutschland zu verhindern. Poincaré schloß sich diesem Gesichtspunkt an.

Ein bulgarisch-serbischer Konflikt

tu. **Belgrad,** 6. Nov. Gestern mittag überreichte der jugoslawische Gesandte in Sofia dem bulgarischen Außenminister eine Note, in welcher für die vor einigen Tagen erfolgte Ermordung eines Mitglieds der jugoslawischen diplomatischen Mission in Sofia von der bulgarischen Regierung eine Entschuldigung und die Erklärung gefordert wird, daß sie den Vorfall bedauere, ferner eine Entschuldigung der bulgarischen Regierung gegenüber dem Vertreter des Königreichs in Sofia, weiter eine persönliche Erklärung des Bedauerns seitens des bulgarischen Kriegsministers gegenüber dem jugoslawischen Militär-Attaché. Eine Abteilung von 250 bulgarischen Soldaten habe die Ehrenbezeigung vor der jugoslawischen Fahne auf dem Gebäude der jugoslawischen Gesandtschaft in Sofia zu leisten. Weiter ist eine energische Untersuchung seitens der bulgarischen Behörden vorzunehmen, und sind baldigst die Verbrecher ausfindig zu machen und diese sowie deren Mitschuldige strengstens zu bestrafen. Die materielle Entschädigung für die Verletzung der überfallenen Personen wird dem ständigen Gerichtshof im Haag unterbreitet werden. Für die Durchführung der drei ersten Punkte wurde der bulgarischen Regierung eine Frist von 48 Stunden gesetzt.

„Deutsches" Reich

Ein Aufruf der Reichsregierung

tu. Berlin, 5. Nov. Die Reichsregierung und der Reichspräsident wenden sich in einem Aufruf dagegen, daß gewisse Kreise versuchen, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben, vielleicht sogar die Brandfackel des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen. Die Reichsregierung sei entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie entgegenzutreten. Der Aufruf weist dann auf die Folgen hin, die es haben müßte, wenn im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt. Die Regierung besitze die Machtmitteln, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung zu schützen. Die Reichsregierung vertraue fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten werde.

tu. Berlin, 6. Nov. Die früheren Koalitionsparteien hatten gestern Abend einen aus ihren Vertretern gebildeten Ausschuß mit der Aufgabe betraut, sich über die Frage eines von den Fraktionen zu erlassenden Aufrufes an die Bevölkerung schlüssig zu werden. Man kam laut „Voss. Ztg." zu dem Ergebnis, keinen gemeinsamen Aufruf der Fraktionen zu veröffentlichen, sondern es wird jede einzelne Partei sich getrennt an das Volk mit einem Aufruf wenden, wofür jedoch einheitliche Richtlinien festgesetzt wurden. Die einzelnen Aufrufe der Parteien sollen erst morgen abends veröffentlicht werden. Im Anschluß an die republikanischen Parteien wollen auch die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Mitglieder auffordern, sich zum Schutze der Republik bereitzuhalten.

Die Reichsregierung in Nöten

Immer, wenn die Reichsregierung in große Ängste um ihre Stellung gerät, läßt sie einen Aufruf: „An das deutsche Volk!" los, und kann dabei nicht genug auf ihre Stärke pochen und darauf, daß sie vollkommen der Lage Herr sei. Das alles klingt ja sehr schön, aber kein Denkender im Reich wird diese Kraftmeiereien allzu ernst nehmen, vor allem, wenn er bedenkt, wie diese Regierung nach außen saft- und kraftlos zusammensinkt, wenn ein sogenannter „außenpolitischer Druck" einsetzt, der nur mit eiserner Energie und starkem Mut zu überwinden wäre. Dann wendet sich die Reichsregierung gewöhnlich auch an das deutsche Volk, um es wegen des nun einsetzenden Verschacherungsgeschäftes zu besänftigen. So war es bei der Unterzeichnung des „Friedens" von Versailles, des Londoner Ultimatums und zuletzt auch bei dem Verrat der Ruhr. Immer und immer wieder hat sich das deutsche Volk mit den verlogenen, heuchlerischen Tiraden beruhigen lassen, immer wieder hat es gehofft, es könnte etwas zu seinem Wohle bei dem Verschacherungsgeschäft herausspringen, aber jedesmal sah es sich in diesen Hoffnungen betrogen. Und wenn dann da und dort Erbitterung darüber Platz griff, als man sah, daß die „Regierung" mit ihrer Politik Verrat und nur Verrat an deutschen Interessen beging, als starke Gärungen im Volk bemerkbar waren, da wandte sich der Regierungsklüngel in Berlin erneut „an das deutsche Volk" und suchte es mit der unverschämtesten Dialektik über das hinwegzubetrügen, was sie mit ihrer eigenen Unfähigkeit und Jämmerlichkeit angerichtet hatte. Und jetzt ist wieder so ein Zeitpunkt, wo die nationale Erbitterung gärend in den noch deutschen Volkskreisen umgeht, und wo Haß, Erbitterung und Not einen Explosionsstoff geschaffen haben, der nur allzu leicht sich entladen kann, um dem unseligen Berliner Parteitreiben und dem marxistischen Hochverrat ein Ende zu bereiten. Und darum wendet sich jetzt die Reichsregierung, deren Verschacherungsgeschäft an Frankreich nicht recht vom Fleck gelangt, wieder „an das deutsche Volk", es wieder zur „Ruhe" und „Besonnenheit" — Dr. Stresemann will ja der Politiker der „nationalen Besonnenheit" sein — mahnend, und gleichzeitig auf die eigene Kraft pochend. Dabei treibt sie wieder mit den nationalen Gefühlen des Volkes in altgewohnter Weise Schindluder, erinnert an die „Brüder an Rhein und Ruhr", die diese Regierung in der übelsten Weise preisgegeben und verraten hat. Überhaupt, in dem Munde dieser Regierung nimmt sich das Wort „Brüder" wie ein blutiger Hohn aus, was hat sie denn für diese Brüder getan? Den Krallen des rachgierigen, unversöhnlichen Feindes hat sie dieselben überlassen und sich lediglich an das „Gewissen der Welt" um Hilfe gewandt, was nur beißenden Spott hervorrufen muß. Gerade diese ewigen Hilfschreie, die ganz unberechtigt sind, denn das deutsche Volk wurde ja von eben denselben Leuten in dieses furchtbare Elend hineingeführt, deren politische Quintessenz einzig und allein der Hilfruf und die Bettelei nach außen ist. Voll Ekel wendet sich deshalb das Ausland ab. Mit Recht! Denn ein Volk, das nichts Besseres zu tun weiß, als nur Leute zu seinen Führern zu nehmen, die nur als Sprachrohre der erbärmlichsten Verschacherungspolitik fungieren, wie dies erneut in dem letzten Aufruf der Reichsregierung zum Ausdruck kam, verdient nichts anderes. „Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt", lautet ein bezeichnender Satz in dem Aufruf! Als ob der Leidensweg Deutschlands seit dem 9. November 1918 nicht eine fortgesetzte Selbstzerfleischung gewesen wäre, weil das Gift des jüdischen Marxismus uns Deutsche trotz der furchtbarsten Not nicht zur Ruhe, nicht zur wirklichen Einigung, nicht zur nationalen Kraft kommen, nicht zur Blut- und Schicksalsgemeinschaft werden ließ. Man muß geradezu staunen, wie es einer der Väter dieses innerlich vergifteten Staatswracks, Fritz Ebert, fertigbringt, vor der Selbstzerfleischung zu warnen, während er selbst gleichzeitig der Partei angehört, die den Klassenkampfgedanken nicht nur theoretisch, sondern vor allem praktisch huldigt, einer Partei, die vorweg den Mittelstand ins Grab gebracht und die deutsche Arbeiterschaft um das höchste Gut, die Arbeitsmöglichkeit, betrogen hat.

Mit Vertretern dieses Systems gibt es keine Einigkeit, weil sie diejenigen vor allem sind, die die Geschlossenheit des deutschen Volkes seit Jahren hintertreiben. Einigkeit in ihrem Sinn bedeutet Förderung des marxistischen Hochverrats und seiner Auswirkungen und Nebenerscheinungen. Eine Regierung, die zusieht, wie der Hochverräter Zeigner nach seiner Absetzung wieder belohnt wird und in führende Stellung als Beamter gesetzt wird, mit einer solchen gibt es keine Einigkeit, weil sie überhaupt einer gesunden Einigung den Boden entzieht. Wir wollen nicht Einigung, sondern Kampf, Kampf gegen alle Verbrechernaturen, die seit fünf Jahren das Volkswohl den persönlichen und Parteiinteressen unterordnen, Kampf gegen die, die Einigkeit rufen und diese nur auf Kosten des Deutschtums und zur Förderung des Judentums erstreben. Und dieser Kampf wird nicht aufhören, als bis eine Regierung zum deutschen Volke redet, die den wirklichen Frieden im Innern nicht erhandelt, sondern erkämpft hat, um alle äußeren Sklavenfesseln zu sprengen.

Nachtsitzung des Reichskabinetts

tu. Berlin, 6. Nov. Das Reichskabinett trat gestern in der zehnten Abendstunde zu einer neuen Sitzung über die Währungs- und Ernährungsfrage zusammen, um über die notwendigen Verordnungen Beschluß zu fassen. Die Verhandlungen dauerten bis spät nachts.

Die Redebedürfnisanstalt

tu. **Berlin, 6. Nov.** Der Ältestenrat des Reichstages beschloß gestern abend, die für Mittwoch angesetzte Vollsitzung des Reichstages abzusagen und es der Vereinbarung zwischen Reichskanzler und Reichstagspräsidenten zu überlassen, wann die Sitzung abgehalten werden kann. Der Termin hängt davon ab, wann der Reichskanzler nach der Rekonstruktion seines Kabinetts in der Lage ist, eine Erklärung als Grundlage abzugeben. Es ist möglich, daß die Sitzung noch in dieser Woche stattfindet; jedenfalls hat der Ältestenrat den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag spätestens im Laufe der nächsten Woche wieder zusammentritt.

Ein Weißbuch der Reichsregierung

tu. **Berlin, 6. Nov.** Das Auswärtige Amt hat ein Weißbuch mit dem Notenwechsel der Alliierten im Anschluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni in der Reparationsfrage erscheinen lassen. Das Weißbuch umfaßt 71 Noten.

Gesetz zum Schutz der republikanischen Reichswehr

Berlin, 5. Nov. Der Reichswehrminister erließ folgende Verordnung: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie lenkten. In sachlicher Form Kritik am Verhalten der Reichswehr zu üben, soll niemandem verwehrt werden. Sie kann aber nicht gestatten, daß das letzte Machtmittel des Staates durch Beschimpfungen oder falsche irreführende Darstellungen seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. verbiete ich daher alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr, sowie die öffentliche Verbreitung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. 9. bestraft. Zeitungen, die solche Beschimpfungen oder Nachrichten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der vollziehenden Gewalt auf mindestens 3 Tage zu verbieten. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. gez. Dr. Geßler.

Die Reichswehr in Sachsen

Dersden, 5. Nov. Das Wehrkreiskommando IV teilt mit: Die zurzeit in Gegend Chemnitz, Zwickau und Werdau liegenden Truppen werden in den nächsten Tagen zum Teil von dort weggezogen. Die Reichswehr wird nunmehr über das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen verteilt werden, um die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Durch Zuteilung von Kraftfahrverbänden ist dafür Sorge getragen, daß die Reichswehr, wenn die Lage es erfordert, auch in Gegenden, die von ihren Standquartieren entfernt liegen, schnell verschoben werden kann. Die Befehlshaber werden im engen Einvernehmen mit den Zivilbehörden arbeiten.

Reichswehrverstärkung in Thüringen

tu. **Berlin, 6. Nov.** Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generallt. Rheinhardt, dem früheren preuß. Kriegsminister, der bisher nur über geringe Truppenkräfte verfügte, sind mehrere Bataillone, Batterien und Schwadronen als Verstärkung zugeführt worden, um ihm zu ermöglichen, für die Durchführung seiner Verordnungen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Wilde Gerüchte

tu. **Berlin, 6. Nov.** Wie aus Weimar gemeldet wird, hat der Aufmarsch bayerischer irregulärer Kampfverbände an der bayerisch-thüringischen Grenze bis jetzt noch zu keinen ernsten Verwicklungen geführt. Alle beunruhigenden Mitteilungen, die besonders gestern auch außerhalb Thüringens verbreitet wurden, sind wilde Gerüchte, ohne jede tatsächliche Grundlage. Die Lage im südlichen Grenzgebiet ist unverändert. Von einem Vordringen bayerischer irregulärer Kampfverbände auf thüringisches Gebiet ist keine Rede.

Selbsthilfe in Berlin gegen jüdische Blutsauger

tu. Berlin, 6. Novbr. Die Tumulte im Scheunenviertel haben sich auch in den Nachmittags- und Abendstunden fortgesetzt. Die Straßenzüge in der Umgebung des Scheunenviertels waren von einer erregten Menge gefüllt, die sich immer wieder gegen jüdisch aussehende Personen und jüdische Geschäfte wandten. An zahlreichen Stellen wurden Passanten mit jüdischem Aussehen angehalten, schwer mißhandelt und ihrer Wertgegenstände beraubt. Vielfach traten auch sogenannte „Entkleidungskommandos" in Tätigkeit, die die Überfallenen mit größter Geschwindigkeit vom Kopf bis zu den Füßen auskleideten, um sie dann unter Johlen und Geschrei, nur mit Unterhose bekleidet, laufen zu lassen. Zahlreiche Schuhläden, Konfektions- und Tuchgeschäfte wurden ausgeplündert. In einem Falle drang die Menge sogar in eine Wohnung ein und warf die dort vorgefundenen Tuchballen auf die Straßen, wo sie sofort verteilt wurden. Die Polizei konnte trotz Einsatz stärkster Kräfte diese Vorfälle vielfach nicht verhindern. Beim Herannahen der Bereitschaftspolizeiautos ergriff die Menge regelmäßig die Flucht und verzog sich in die dunklen Gassen des Scheunenviertels, um sich, sobald die Luft rein war, von neuem zu sammeln und das alte Treiben fortzusetzen.

Bei den Überfällen ist auch eine Anzahl Personen durch Messerstiche und Schläge zum Teil recht erheblich verletzt worden. Ein blutiger Zwischenfall spielte sich in der Grenadierstraße ab. Ein Überfallener, der buchstäblich splitternackt ausgezogen worden war, flüchtete sich vor der johlenden Menge in das Geschäft eines Schlächtermeisters, der ihn in Schutz nahm und den Tumultanten mit seinem Schlächterbeil entgegentrat. Im Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt. Es konnte festgestellt werden, daß die Erregung der Menge von einzelnen Personen, die von Ansammlung zu Ansammlung gingen, geschürt und anscheinend bestimmte Anweisungen gegeben wurden.

tu. Berlin, 6. Nov. Im Laufe des gestrigen Montags sind etwa 70—80 Plünderungen, hauptsächlich von Bäckereien, Milchgeschäften, Schlächtereien und Zigarrenläden, vorgekommen. Eine Anzahl von Plünderern konnte festgenommen werden. Die Vorfälle übertrafen an Ausdehnungen alle Plündereien in den letzten Wochen.

tu. **Berlin, 6. Nov.** Das Polizeipräsidium teilt mit, daß bei den gestrigen Plünderungen an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders aber im sogenannten Scheunenviertel 129 Personen polizeilich vorgeführt wurden, von denen 81 in Haft behalten wurden. Bei dem Vorgehen gegen die Plünderer hat die Schutzpolizei nur einmal von der Schußwaffe Gebrauch gemacht; ein Mann wurde durch Brustschuß schwer verletzt, einige andere Personen wurden durch Hiebe mit der blanken Waffe verletzt.

tu. Berlin, 6. November. Auch in der vergangenen Nacht ist es zu Plünderungen gekommen. In der Linienstraße wurden Tuchgeschäfte erbrochen und ausgeplündert. Weitere Verhaftungen sind erfolgt. In der Kantstraße in Charlottenburg wurde gegen Mitternacht ein Privatauto angehalten und die Insassen ausgeraubt. Die im Laufe des gestrigen Tages erfolgten Plünderungen waren, wie die polizeilichen Feststellungen nunmehr ergeben haben, noch zahlreicher, als gestern bekanntgegeben worden ist.

„Wohltätige" Börsenjobber!

Berlin. Eine Sammlung an der Berliner Börse für die Volksspeisung hat rund 70 000 Dollar ergeben. Ferner ist durch die Produktenbörse außer Geld eine größere Menge Naturalien gestiftet worden. Von dem gezeichneten Betrag fällt der größere Teil der Berliner städtischen Volksspeisung zu.

Die Hundert-Billionen-Note kommt

Berlin. Dem „Lokalanzeiger" zufolge besteht augenblicklich keine Zahlungsmittelknappheit und ist auch nicht für absehbare Zeit zu befürchten. Wie das Blatt weiter mitteilt, befindet sich eine Hundert-Billionen-Note im Druck. Es werde erwartet, daß dies die letzte hohe Note der Reichsbank sein werde.

Zusammenkunft süddeutscher Vertreter der D.D.-Partei

tu. Stuttgart, 6. Nov. Zur Besprechung der augenblicklichen Lage sind am Montag zahlreiche Vertreter der Deutsch-Demokratischen Partei aus ganz Süddeutschland zusammengekommen. Dabei fand folgende Entschließung Annahme:

Die süddeutschen Vertreter der Deutsch-Demokratischen Partei, die zur Aussprache über die politische Lage am 5. November 1923 in Stuttgart zusammengekommen sind, halten unerschütterlich an der Einheit des Deutschen Reiches fest, der alle anderen Rücksichten unterzuordnen sind und treten allen Absonderungsbestrebungen in schärfster Form entgegen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß Bayern sich zu einer Verständigung auf dem Boden der Reichsverfassung entschließt. Sie geben zugleich der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Regierungen der südwestdeutschen Länder bei der Lösung der derzeitigen innerpolitischen Spannung die außenpolitische Lage als Ausgangspunkt und Ziel aller ihrer Entschließungen nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt stellen die versammelten Vertreter an die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das dringende Ersuchen, in enger Fühlung zu bleiben.

Zum Schlusse sprachen sie ihre Zustimmung zu der von der Reichstagsfraktion in der Krise der letzten Wochen eingenommenen Haltung aus.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat November 2 450 000 000 Mark, zweimalige Nachforderungen werden bekanntgegeben. Streifbandbezugsgebühr im November für Inland 60 Milliarden Mark, für Ausland: Österreich 30 000 Kr., Ungarn 12 000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200 000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika 1 Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Umrechnungsweise für die Papiermark

tu. **Berlin, 6. Nov.** Zur Vorbereitung der Festsetzung eines gesicherten Umrechnungssatzes für die Papiermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer, der Preise in Goldmark oder Goldanleihe berechnet, Papiermark zum amtlichen Umrechnungskurs der Berliner Börse anzunehmen hat. Der Plan für die Sicherung des festen Mindestumrechnungssatzes durch Einlösbarkeit der Papiermark in wertbeständige Werte liegt im Reichskabinett zur Beschlußfassung vor.

Stillstand eines großen Industrieunternehmens

tu. **Peine, 6. Nov.** Infolge von Lohndifferenzen sind die Arbeiter der Ilsiter Hütte in den Streik getreten. Die Direktion hat daraufhin den Betrieb geschlossen. Somit ist das bedeutendste Industrieunternehmen der Provinz Hannover zum Stillstand verurteilt.

Wiederaufnahme des Fernsprechverkehrs

tu. **Essen, 6. Nov.** Der Fernsprechverkehr im Essener Bezirk ist teilweise wieder aufgenommen worden und zwar mit Gelsenkirchen, Horst-Emscher und Mülheim. Der Telegraphenverkehr ist insoweit wieder hergestellt, daß der Essener Verkehr ohne nennenswerte Verzögerungen abgewickelt werden kann.

Der Stempfle enthüllt sich weiter

Wir hatten vor einigen Tagen den Herrn Stempfle vom „Miesbacher Anzeiger" zitiert, welcher sich in den unverschämtesten Redensarten über Herrn Hitler erging. Es war dies eine Selbstenthüllung des Herrn Professors aus Miesbach eklatantester Sorte, und wir gaben zum Schluß unserer Kritik der Erwartung Ausdruck, daß kein deutscher Mann sich mehr neben dieses Individuum setzen würde. Diese Bemerkung hat vielleicht schon zur Isolierung des Herrn Stempfle an seinem Stammtisch geführt, und der „Miesbacher Anzeiger" ergreift erneut unter dem Titel: „Verschlungene Wege" das Wort, um nun auch den Mitarbeitern von Hitler am Zeuge zu flicken. Vom Unterzeichneten meint Herr Stempfle, er sei keineswegs ein Jude, wie der Name eigentlich künde, sondern ein Balte, und sehe auch so aus. Von Herrn Stempfle sagt man, er sei ein Deutscher, doch schaut er nicht so aus. Jedenfalls gehört er zu jener Sorte von „Deutschen", deren politischer Horizont am Starnberger See aufhört, und zu einem jener Typen, denen ein völkisches Großdeutschland ein Dorn im Auge ist.

Dann gibt Herr Stempfle eine ihm zugetragene Mitteilung wieder, Unterzeichneter hätte im Kriege auf seiten Rußlands gegen Deutschland gekämpft, und nicht genug damit, auch nach dem russischen Friedensschluß auf französischer Seite gegen Deutschland im Felde gestanden. Herr Stempfle will eine offene Antwort haben. Darauf ist zu sagen, daß sowohl die eine wie die andere Behauptung eine glatte Lüge ist. Im übrigen glauben wir, daß es auch eine Zeit gab, in der Bayern und Österreicher gegen Preußen kämpften. Auch heute könnte es noch einmal geschehen, daß Deutsche aus Posen und aus Thorn in die polnische Armee eingereiht werden, um gegen Deutschland ins Feld zu rücken. Auch den Sudetendeutschen könnte ein ähnliches Schicksal bevorstehen. Es bleibt der ganzen Niedertracht des Herrn Stempfle überlassen, die Tragik eines solchen Geschehens nicht zu begreifen. Im übrigen treffen, wie gesagt, die Behauptungen, die Herrn Stempfle zugetragen worden sind, nicht zu. Was die anderen vom „Miesbacher Anzeiger" angegriffenen Herren betrifft, so werden sie wohl von sich aus Herrn Stempfle die gebührende Antwort erteilen. Wenn Herr Stempfle Hitler und Ludendorff die unbedingte Pflicht zuspricht, über ihre nächsten Mitarbeiter sich aus Riga Auskunft zu holen, so wollen wir selbst Herrn Stempfle eine Adresse angeben, und zwar möge er sich über uns in Riga beim deutschbaltischen Korps Rubonia erkundigen. Damit ist für uns der Herr Stempfle restlos erledigt.

Alfred Rosenberg.

An unsere Streifbandbezieher!

Heute sandten wir an sämtliche

Inlands-Streifbandbezieher

eine Nachnahme von

10 Milliarden Mark,

welche eine Nachforderung auf den Oktober-Bezugspreis darstellt.

Wir sahen uns zu dieser Maßnahme gezwungen infolge der besonders in den letzten Wochen sich stündlich überstürzenden Markentwertung und der damit hervorgerufenen Erhöhung der Zeitungsherstellungs- und Portokosten.

Die Streifband-Bezugsgebühr des „Völk. Beobachters" beträgt für Monat November:

Für das Inland	60 Milliarden	Holland	1,5 Gulden
Österreich	30000 Kr.	England und bisherige deutsche Kolonien	3 Schilling
Ungarn	12000 Kr.	Vereinigte Staaten von Amerika	1 Dollar
Jugoslawien	50 Dinare	Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten	3,5 Sch.Fr.
Polen	200000 Mp.		
Rumänien	100 Lei		
Italien	14 Lire		

Wir bitten unsere Streifbandbezieher um Überweisung der oben festgesetzten Gebühren

bis spätestens 8. November 1923.

Sämtliche Preise sind nach heutiger Berechnung der Herstellungs- und Portokosten festgesetzt; diese Preise (Inlandspreis ebenfalls) sind fest für diejenigen Bezieher, die bis 8. November Zahlung geleistet haben. Wer bis zu dem angegebenen Termin nicht bezahlt, erhält nach einer neuen Vereinbarung zwischen Zeitungsverlegerverband und Zeitungspostamt die Zeitung nicht mehr zugestellt; außerdem hat der Bezieher, der die Zahlung nicht pünktlich leistet, mit Nacherhebungen im vielfachen Betrag zu rechnen.

Die Zahlstellen sind: Postscheckkonto München 11346, Franz Eher Nachf., G.m.b.H.; Deutsche Hansabank, Akt.-Ges., München, Herzog-Wilhelmstraße 33; Sparkassenkonto 79921 Wien, Franz Eher Nachf., München. Konto bei der Deutschen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank, Reichenberg; Nr. 64863 beim Postscheckamt in Prag.

Wer mit Gebühren noch im Rückstand ist, wolle den Rest zusammen mit der Gebühr unverzüglich einzahlen. Alle Bezieher und Freunde unseres Kampfblattes bitten wir eindringlich, ihrer Zahlungsverpflichtung pünktlichst nachzukommen.

Alle Auslandsbezieher bitten wir, in Anbetracht der weiten Entfernung und schwierigen Zahlungsweise gleich eine für einige Monate reichende Summe einsenden zu wollen. Unterstützung unseres „Völkischen Beobachters" — in erster Linie durch rechtzeitige Zahlung — ist Pflicht aller unserer Bezieher und Freunde!

Mit deutschem Gruß!

Verlag des „Völkischen Beobachters", Frz. Eher Nachf., G.m.b.H.

Baldwin und Bonar Laws Tod

London, 31. Okt. 1923.

Die „Times" sagen heute, daß der Tod Bonar Laws der härteste Schlag war, welcher Baldwin in diesem Augenblick treffen konnte, denn der verstorbene Staatsmann sei bis zum letzten Atemzuge der stetige Berater des Premiers gewesen. Wenn jemand im Mai dieses Jahres etwas derartiges behauptet hätte, dann würde man ihn ausgelacht haben. Damals war Bonar Law der müde Kranke, der unentschlossene Staatsmann, der nichts anderes zu tun wußte, als abzuwarten, ob die Lage sich nicht von selbst bessern würde, und der junge Baldwin sollte nun endlich energisch eingreifen und das schnell nachholen, was sein Vorgänger vernachlässigt hatte. Man wußte nicht viel von dem verhältnismäßig jungen Premierminister, aber alle Welt schien überzeugt, daß er die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht enttäuschen würde. Seitdem hat mancher seine Auffassungen darüber ändern müssen. Bisher hat man von dem energischen Eingreifen, von dem neuen Kurs nichts gemerkt, und wenn Lord Curzon und neuerdings General Smuts versucht haben, der britischen Politik der französischen gegenüber eine etwas selbständigere Richtung zu geben, so hat Baldwin sich beeilt, die sich aufregenden Gemüter so schnell wie möglich wieder zu beruhigen, so daß heutzutage hier viele Leute der Meinung sind, daß es mit den großen Plänen, die dieser Minister angeblich haben sollte, überhaupt niemals etwas gewesen ist, sondern daß er vielmehr nur ein „stopgap" war, ein Strohmann, den man vorläufig an das Ruder setzte, weil man keinen passenden Staatsmann für den Posten hatte. Man wählte ihn, weil er gerade populär war, nach seinem Scheinerfolg in Washington bei der Fundierung der britischen Schulden an die Vereinigten Staaten, eine Sache, die nicht viel staatsmännische Kunst erforderte, da schließlich alles angenommen werden mußte, was die Vereinigten Staaten verlangten.

Wenn man heute hört, daß Baldwin vollständig von Bonar Laws Ratschlägen abhängig war, daß er in beinahe täglichem Verkehr mit ihm stand und nichts tat, ohne vorher seinen Vorgänger gefragt zu haben, so könnte man sich versucht finden, diese Meinung zu teilen. Mr. Bonar Law hat die längste Zeit seiner Krankheit jetzt nach seinem Rücktritt in Brighton verlebt, wo Baldwin ihn sehr häufig aufsuchte. Noch in der vorigen Woche hat der Premierminister die Rede, welche er in Plymouth hielt, vorher an seinen früheren Chef geschickt und dann bei einem Besuch in Brighton am vorigen Mittwoch ausführlich mit ihm besprochen, ehe er sie am Donnerstag hielt.

Was die große Frage der inneren Politik anbetrifft, vor welcher die britische Regierung jetzt steht, nämlich die Schaffung eines Reichsschutzzollverbandes, so hatte bekanntlich Bonar Law, als er seinerzeit die Zügel in die Hand nahm, die Lloyd George nicht mehr zu halten vermochte, das Versprechen gegeben, daß von einer Aufhebung des Freihandelsystems keine Rede sein sollte, ohne daß nicht dem Volk bei einer allgemeinen Wahl ausdrücklich Gelegenheit gegeben wäre, seine Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen. Das war notwendig, um die Einigkeit der konservativen Partei nicht wieder zu gefährden, was leicht, wie im Jahre 1906, den Gegnern zum Sieg hätte verhelfen können. Bonar Law kam aber in den letzten Monaten selbst zur Überzeugung, daß jetzt die Zeit angebrochen wäre, wo die Nation vor die Entscheidung gestellt werden müßte. Vor seinem Tode erklärte er nicht nur Baldwin, sondern verschiedenen seiner politischen Freunde, daß Tarifreform nunmehr die einzige Rettung wäre, und daß der Augenblick eingetreten sei, welchen Joseph Chamberlain kommen sah, den man aber damals zu früh herbeiführen wollte, mit dem Resultat, daß die Liberalen bei den damaligen Wahlen einen ungeahnten Erfolg davontrugen. Er ist in der Überzeugung gestorben, daß die allgemeine europäische Lage, die Hoffnungslosigkeit auf baldige Besserung, die immer weiter sinkenden Valuten so vieler konkurrierender Länder und in allererster Linie die Arbeitslosigkeit in Großbritannien die Nation zwingen würde, demnächst mit dem Freihandelsprinzip zu brechen, und er hielt es für die Pflicht der konservativen Regierung, diesen Prozeß so energisch wie möglich zu beschleunigen, er gab bei einer seiner letzten politischen Besprechungen der Überzeugung Ausdruck, daß selbst in der Arbeiterpartei viele Stimmen sich jetzt für Schutzmaßregeln erheben würden, und daß gerade darum die Konservativen so bald wie möglich mit einem festen Programm in dieser Richtung an das Volk appellieren mußte. Baldwin hatte die Absicht, in mehreren Reden, welche für die nächsten Wochen angekündigt waren, ausführlicher auf das Programm der Regierung einzugehen. Es ist möglich, daß der Tod Bonar Laws einige Änderungen in diesen Plänen notwendig macht, morgen wird der Premierminister nicht sprechen, wohl aber am Freitag abend in der Free Trade Hall in Manchester. Dagegen wird die Rede ausfallen, welche in der nächsten Woche in Glasgow gehalten werden sollte, der Stadt, welche Bonar Law im Unterhaus vertrat, und wo nun demnächst eine Ersatzwahl stattfinden muß.

In Frankreich wird der Tod Bonar Laws sehr betrauert. Das könnte auf den ersten Blick Erstaunen hervorrufen, denn schließlich war Bonar Law doch der Minister, der zum ersten Male den Franzosen im Namen Großbritanniens erklärte, daß man sich nicht so auf die Dauer im Schlepptau von Frankreich mit fortnehmen lassen könnte, und daß Großbritannien eventuell gezwungen sein würde, seine eigenen Wege zu gehen. Nichtsdestoweniger haben die Franzosen recht, wenn sie überzeugt sind, daß der verstorbene konservative Staatsmann einer der wärmsten Freunde war, welche die französische Nation nördlich des Kanals besaß. Das erklärt bis zu einem gewissen Grade seine zögernde Haltung, als er erkannte, daß Poincaré nicht nachgeben wollte, seine Politik des Abwartens, ob nicht doch vielleicht noch eine Einigung der beiden befreundeten Regierungen zustande kommen könnte, ohne daß es zu einem wirklichen Bruch kommen würde, eine Politik, die, wie bekannt, auch von dem gegenwärtigen Kabinett unentwegt weiter verfolgt wird, trotz aller so energisch klingenden Erklärungen über Unrechtmäßigkeit, Bruch des Versailler Vertrages usw. Man erzählt sich hier, daß Bonar Law, als er im Januar mit Poincaré stritt, dem französischen Premier sagte: Nicht ich verweigere Ihnen, was Sie verlangen, sondern mein Volk und seine Vertretung weigern es, worauf Poincaré geantwortet haben soll: Nicht ich, sondern Frankreich verlangt, was Ihr uns weigert. Bonar Law war zu franzosenfreundlich gesinnt, um energisch gegen das auftreten zu können, was viele seiner Landesgenossen als ein Unrecht erkannten und verurteilten, was auch vielleicht erklärt, warum damals im Januar vermieden wurde, bestimmt zu erklären, daß nach britischer Auffassung die Besetzung des Ruhrgebietes ein Einbruch in fremdes Gebiet und ein Bruch des Friedensvertrages sei. Man darf auch nicht vergessen, daß Bonar Law der Mann war, der am 2. August 1914, als das liberale Kabinett unter Lloyd Georges Einfluß zögerte, in den Krieg einzugreifen, an Asquith schrieb, daß die Ehre und die Sicherheit Großbritanniens gefährdet werde, wenn man nicht Frankreich und Rußland sofort helfe. Er hat von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß es Deutschlands Absicht sei, das britische Reich zu vernichten, und die Tatsache, daß er während des Krieges seine beiden Söhne verlor, hat ihn Deutschland gegenüber weder milder noch gerechter gestimmt.

Es ist bekannt, daß Bonar Law todkrank war, als er im vorigen Jahr die Premierschaft übernahm, man wußte damals, daß seine Ärzte jeden Augenblick einen Schlaganfall befürchteten, bei dem hohen Blutdruck, den der Patient infolge von Aderverkalkung hatte, heute weiß man, daß das noch das geringere Leiden war, und daß der jetzt verstorbene Staatsmann außerdem noch an Kehlkopfkrebs litt. Man hat sich darüber gewundert, daß dieser kranke Mann sich unter solchen Umständen überreden ließ, den Posten des Premierministers zu übernehmen. Die Antwort liegt in der Sorge, welche Bonar Law für die Entente mit Frankreich hegte. Die konservative Partei war damals überzeugt, daß

Den deutschen Internationalen

Von Maria Kahle, Olsberg (Ruhr).

Ihr werft wie Fackeln eure Sehnsuchtsschreie
Nach Völkerliebe in das weite Land;
Doch diese Fackeln, die so trübe glühen,
Zünden im eig'nen Volk der Zwietracht Brand!

Ihr streckt die Arme nach den fernsten Menschen,
Als ob die Welt ein Reich des Friedens sei,
Und geht mit blindem, schwärmerischem Blicke
An eurem eig'nen Bruder kalt vorbei!

So wenig seid ihr eurem Volk verbunden,
Daß euer Herz das scharfe Schwert nicht fühlt,
Das deutschen Brüdern schlägt so tiefe Wunden,
Und täglich neu in ihren Qualen wühlt!

So wenig seid ihr Blut von unsrem Blute,
Daß euer Herz nicht weh und mühsam klopft,
Wenn aus dem Leib des hingewürgten Landes
Der letzte bange Lebensseufzer tropft.

Träumt nur, ihr Schwärmer, bis das Träumen endet;
Dann kommt ein Morgen, kühl und grausam klar,
Da seht ihr, daß der Liebe Rausch verschwendet,
Daß euer Wahn der Welt Gelächter war!

Und ihr, die sich dem Volk so fremd entwunden,
Erkennt dann, daß bei allem, was ihr treibt,
Ihr doch dem deutschen Namen bleibt verbunden,
Daß ihr dem Feind verhaßte Deutsche bleibt!

Eine unwillkommene Belehrung

Es ist eine eigene Sache um „moderne" Kunst: Sie predigt die naturgenaueste Nachahmung als das einzig Richtige, und jeder jubelt ihr zu. Dann verspottet sie die Zufallsbilder unseres Sehens und empfiehlt, dafür den seelischen Ausdruck einzusetzen, als ob Kunst ohne Seele überhaupt denkbar wäre. Aber die Entdeckung, fremdwörtlich ausgedrückt, macht als etwas „Expressionistisches" die Runde, wie früher der dickste Naturalismus, oder man setzt Linien zusammen und sagt, sie seien kubistisch. Allgemeiner Beifall; Drohung gegen jeden Mißfall. Neue Wege müssen gesucht werden, um jeden Preis.

Im allgemeinen sind unsere Gebildeten so verbildet, daß sie alles gedanklich Aufgeputzte weich und angenehm finden. Eine „Entwicklung", meint man, sei die Hinwendung zum Modernen und Modernsten in der neuesten Kunst. Zweierlei spricht dagegen: Kunst wie Natur entwickeln sich beide ungewollt, ohne Eingriff und Übergriff. Dagegen triefen die Modernen von Absichtlichkeit und Aufdringlichkeit und werben für jede neue Richtung mit schwerwiegender Keulenkraft. Statt den Erfolg ihrer Leistungen abzuwarten, stellen sie alles Neue zum voraus als etwas hin, was zu höchster Anerkennung berechtigt ist. Der zweite Einwand ist die Raschheit des Wechsels: kaum haben wir begonnen, einer Kunstrichtung zu folgen, so schreit uns einer schon an, schleunigst umzubiegen nach einer neuen, alleinseligmachenden Seite. Innere Entwicklungen vollenden sich langsam. Die Modernen aber drehen die „Entwicklung" so rasch herum wie der Bediener des Lichtspiels seine Bildfolge, bei der alles nur so hüpft und springt.

Es muß eine Macht geben, die hinter diesen Erscheinungen steckt. Wenn wir die Börse zum Vergleich heranziehen, so braucht es für Eingeweihte keine weitere Erklärung dieses Vergleichs. Die Börse duldet keine dauerhaften Werte, keine geradlinige natürliche Entwicklung; sie kann so, wie sie heute ist, nur davon leben, daß alles zu Wertende überaus schnell den Wert wechselt, bald steigt, bald fällt. So ist auch die Kunst zu einem Markte geworden, auf dem das eine Mal dieser, das andere Mal jener Betrieb hochgeschraubt wird.

So sehen wir, mit Verlaub zu sagen, die eigentlich moderne Kunst an, deren Geschrei, Geräusch und ewiger Wechsel so bitter wenig deutscher Artung entspricht.

Eine Behauptung der Wortführer der Moderne kitzelt uns ganz besonders: all dieses expressionistische, symbolische, kubistische, futuristische Zeug sei noch nie dagewesen! Wer's glaubt! Soviel Einbildungskraft steht den Marktgestaltern gar nicht zu Gebote, daß sie etwas wirklich Neues hervorbrächten. Einsichtige haben längst auf Verwandtes in der Kunst des Kindes wie der Urvölker hingewiesen. Jetzt ist aber jemand auf den guten Gedanken gekommen, Steinzeitkunst und Moderne Kunst einfach vergleichend einander gegenüberzustellen: eine recht unwillkommene Belehrung! Denn dagewesen ist alles schon! Man sehe sich die 68 prächtigen Tafeln und die Textbilder an, die Paulcke, Professor der Geologie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, seinem Werke über Steinzeitkunst und Moderne Kunst mitgibt (Schweizerbartsche Verlagsbuchhandlung, Erwin Nägele, Stuttgart). So wie den Abbildungen nicht gut widersprochen werden kann, so müssen wir den Text (58 Seiten) als ausgezeichnet rühmen, weil er mit größter Sachlichkeit, Gründlichkeit und Vorsicht den Vergleich durchführt. Gleich, verblüffend gleich sind nämlich die Formen und Ausdrucksmittel der Vorzeit und Neuzeit.

Verschieden aber ist die geistige Verfassung, in der die Urmenschen künstlerisch schufen und in der die Modernen sich künstlerisch haben und gebärden. Paulcke weist mit vollem Recht darauf hin, daß die neuesten Errungenschaften in der bildenden Kunst, wenn sie auch den Erzeugnissen der Steinzeit ähneln, nicht natürlich anmuten, sondern „gewollt, gesucht, absichtlich gemacht seien". Die Frage, wie weit ganz gewöhnliche Nachahmung mitwirke, läßt er mit gutem Grunde unerörtert. Jedes weitere Wort wäre nämlich angesichts des wunderbaren Bildstoffs überflüssig. Die ganze Angelegenheit aber geht keineswegs nur den Steinzeitforscher an, sondern uns alle, die wir sehnsüchtig nach Leistungen deutscher Kunst verlangen. Eine bloße gelehrte Abhandlung über die Kunst der Steinzeit überließen wir getrost den Fachkreisen. Hier zeigt aber ein Geologe mit allen Mitteln seiner Wissenschaft die Quelle des Niedagewesenen, und darum empfehlen wir das Werk als vortreffliches Rüstzeug im Geisteskampfe unserer Zeit. Dr. Karl Grunsky.

*

Das angeführte Werk ist sicherlich eine vorzügliche Arbeit, doch ist die „moderne Kunst" nicht so einfach durch den Vergleich aus der Kunst der Steinzeit allein zu erklären und zu erledigen; viel zu eng hängt sie mit der heutigen Lage unserer Kultur zusammen und mit der Krisis, welche die Kulturvölker — und namentlich das deutsche Volk — dank der alles Wurzelstarke zersetzenden Internationalisierung erleben. Es ist hier der gleiche Vorgang wie im Staatsleben: Ein plötzlicher Bruch mit dem Vergangenen und darum Zerstörung. Und doch — wenn wir nicht blind sein wollen — öffnet gerade dieser Wahnsinn uns die Augen darüber, was im Alten echt war und was faul. Durch diese Zerstörung sind wir gezwungen, unsere eigenen, vergessenen Kräfte zu regen und neu aufzubauen oder unterzugehen.

Kampf der zerstörenden Macht! heißt die Losung, aber auch: Sieg dem in diesem Kampf verjüngten und erstarkten Volk und seiner Kunst. Die Schriftleitung.

Himmelserscheinungen im November

Gegen 9 Uhr abends ist das Sternbild des Stiers hoch im Osten zu finden, während der Orion im Begriff ist, sich aus dem Dunst zu heben und auf steiler Bahn anzusteigen. Das Bild des Stiers ist von allen Himmelskonstellationen wohl am sichersten zu erkennen. Es fällt schon auf den ersten Blick durch einen Haufen dicht zusammengedrängter Sterne auf, die als „Siebengestirn" bekannt sind. Dieser Sternhaufen, auf den Karten als Plejaden bezeichnet, wird schon in der Bibel mehrfach erwähnt, hat also schon in frühesten Zeiten die Aufmerksamkeit der Menschen erweckt. In ihm wurde eine Zeitlang die hypothetische „Zentralsonne" vermutet. Ein größerer Sternhaufen sind die Hyaden im gleichen Sternbild, die der Gruppe erst das charakteristische Gepräge geben. Sie stellen in der figürlichen Ausdeutung des Stiers dessen Kopf dar, der durch Aldebaran, den Hauptstern der Gruppe, geziert ist. — Der Nordosten des Himmels wird prächtig belebt durch das Sternpaar Castor und Pollux in den Zwillingen, während tiefer am nordöstlichen Horizont in mächtigem Schwunge der Große Bär heraufzieht. Die Deichselsterne weisen zum Horizont hinab. Über uns leuchtet das große lateinische W der Kassiopeja. — Sternschnuppen fallen gewöhnlich zwischen dem 13. und 15. November aus dem Löwen („Leoniden") und zwischen dem 23. und 27. November (engerer Termin 17.—23. Nov.) aus der Andromeda. Da letzterer Sternschnuppenschwarm in seiner Bahn mit der des Kometen Biela bzw. dessen Trümmern zusammenfällt, nennt man ihn Bieliden. — Von den Planeten wird Merkur nach kurzem Auftauchen aus den Sonnenstrahlen am 16. Nov. wieder unsichtbar. — Venus hat sich nun endgültig zum Abendstern gewandelt und ziert mit ihrem Glanze den abendlichen Südwesthimmel. — Mars beherrscht den Morgenhimmel. Er geht Ende des Monats bereits mehrere Stunden vor der Sonne auf und kann an seinem rötlichen Leuchten bequem erkannt werden. — Da Jupiter am 22. November in Konjunktion zur Sonne kommt, kann er nicht beobachtet werden. Im Laufe des nächsten Monats tritt er dann ebenfalls an den Frühhimmel, an dem Saturn bereits erschienen ist, da er bereits früher durch die Sonnenkonjunktur hindurchgegangen ist.

Pflicht

Es ist immer eine peinliche Sache, wenn eine Hausfrau fünf Minuten vor 12 Uhr bemerkt, daß sie noch nichts zum Mittagessen gekocht hat. Es ist eine ebenso peinliche Angelegenheit, wenn eine Schauspielleitung, zu deren Programm der Kitsch ebenso notwendig gehört, wie der Geruch zum Juden, fünf Minuten vor zwölf Uhr ein anständiges Stück herausbringt. Auch wenn er sich badet, bleibt dem Hebräer sein foetor judaicus, aus dem Münchener Schauspielhaus, trotz der gestrigen Erstaufführung, der Vorwurf, viel zu spät erkannt zu haben, für welche Zwecke es seine Pforten hätte öffnen müssen.

Paul Krauß hat ein Gesellschaftsstück geschrieben, das als solches gut für die Schauspieler der Maximilianstraße paßt. Ein kriegsblinder Major versucht durch spartanische Einfachheit für seine Person ein Vorbild darzustellen, um aus dem materialistischen Sumpf der Gegenwart ein neues Deutschland zu ermöglichen. Seine Frau, noch reichlich jung und lebenslustig, hat kein Verständnis für die Ziele ihres Mannes, denn der Wurm, der am Körper unseres Volkes frißt, hat auch sie, die einst mit leuchtenden Augen ihren Mann hat ins Feld ziehen lassen und vor Stolz nicht weinen konnte, ihrem Wesen entfremdet. In der Gestalt eines Deutsch-Amerikaners taucht für sie die Hoffnung auf, ein neues Leben, wie sie es sich vorstellt, beginnen zu können. Nach einer Auseinandersetzung gibt sie ihr Mann frei, doch noch einmal siegt das Gefühl der Mutter und sie bleibt. Aber am folgenden Tag müssen beide Gatten einsehen, daß die Kluft unüberbrückbar ist und die Frau wählt einen Ausweg, der einigermaßen befremdet, sie geht ins Wasser. Hineinverwoben in die Handlung sind die Gestalten zweier Söhne, die zwischen Mutterliebe und Achtung vor dem Vater versöhnend wirken, und ein Bruder, der als Bankdirektor kurze Zeit vermittelnd gedacht ist. Die Rolle des Deutschamerikaners, in ihrer dürftigen Andeutung, wirkt peinlich.

Die deutsche Tragödie, wie sie der Dichter gedacht hat, ist ein Kampf zweier Weltanschauungen, ein Leben der Pflicht gegen Vaterland und Volk und ein Leben, das vom Schicksal fordert, befriedigt zu werden und nur befriedigt zu werden. Die Schauspieler hatten sich in ihre Rollen hineingelebt, nur streifte Karl Wüstenhagen am Anfang nahe ans Karikierte, aber er fand sich schnell und besonders im letzten Akt, in die tragische Rolle, die er zu spielen hatte. Karla Holm, als Mutter, war ihm ebenbürtig, die Söhne aber sind für ihre 16 und 18 Jahre, noch recht kindisch gewesen.

Ein reicher Beifall belohnte die Darstellung und den Dichter. Wie wir das Stück als Verdienst der Leitung des Schauspielhauses zu bewerten haben, braucht nicht noch einmal betont zu werden. W—s.

*

Staatstheater. Das Gastspiel des Herrn Fritz Blankenhorn vom Stadttheater in Hannover als „Herzog" in „Rigoletto" am 6. November fällt wegen Erkrankung des Gastes aus. Die Partie des „Herzogs" singt in dieser Aufführung Herr Krauß.

wenn man Lloyd George weiter gewähren ließ, es unbedingt zu einem Bruch mit den Franzosen kommen würde, weil Lloyd George dermaßen entrüstet über die Politik Poincarés war, daß er jede Rücksicht auf weiteres Zusammengehen aufgab. Die konservative Partei hatte unter den damaligen Verhältnissen keinen Mann, der die Regierung hätte übernehmen können, und Bonar Law entschloß sich zu einem Schritt, den seine Ärzte ihm damals schon als Selbstmord bezeichneten. Aus Freundschaft für Frankreich oder, wenn man will, um die Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich zu erhalten, hat der konservative Führer damals das Amt übernommen, trotzdem er wußte, daß er nur durch absolute Ruhe und Enthaltung von allen Geschäften sein Leben hätte verlängern können. Das erklärt den Widerwillen, es zu einem Bruch kommen zu lassen, und Poincaré wußte daraus seinen Nutzen zu ziehen. Baldwin hat bisher nichts unternommen, ohne vorher den Rat des jetzt verstorbenen Freundes einzuholen. Wie wird er weiter handeln?

Der „Avanti" gegen den Nationalsozialismus

Mailand, 3. Nov. Wie sein deutscher Namensvetter lebt auch der hier erscheinende „Avanti!" (Vorwärts) von Verleumdungen. Kürzlich hätte das Blatt sein Erscheinen einstellen müssen, wäre ihm nicht von kommunistischer Seite beigesprungen worden. Zum Dank hiefür druckt der „Avanti" mit Vorliebe Ansichten Radeks und anderer Bolschewistenhäuptlinge über kommende Revolutionen ab. Besonders beschäftigt sich das Blatt neuerdings mit den Ereignissen in Deutschland, vor allem im roten Sachsen. Das Blatt bringt bemerkenswerterweise über den deutschen Nachrichten das Sowjetzeichen (Hammer und Sichel). Es hofft von den Ereignissen in unserer Heimat auch auf eine Stärkung des italienischen Proletariates. Natürlich ist dem „Avanti" auch der deutsche Nationalsozialismus ein Dorn im Auge und in seiner „Ausgabe" vom 30. Oktober schreibt er über „den Herrn Lüdecke". Der „Avanti" behauptet, wie es sich für ein echtes Marxistenblatt, das von kommunistischer Seite Geld erhält, gehört, die deutschen Nationalsozialisten ständen im Solde des Fascismus. Sonst könnte man nicht verstehen, daß der Herr Lüdecke noch nicht ausgewiesen sei, denn er versuche in Italien **Religions- und Rassenkämpfe heraufzubeschwören, die hier bisher noch nicht bestanden hätten.** Es heißt dann weiter, Mussolini stehe in Verbindung auch mit dem Ungarn Horty, dem kommunistenfeindlichen Bulgarien und den Anhängern König Konstantins in Griechenland. Und ein Teil der Gelder, die für nichtgenannte außenpolitische Zwecke von der fascistischen **Regierung verausgabt würden, flösse jetzt auch in die Taschen des Herrn Lüdecke und anderer Vertrauensleute Hitlers, die zwischen München und Rom hin- und herführen.** Während Frankreich sich damit begnüge, im Auslande Zeitungen zu kaufen, **um sie für sich arbeiten zu lassen, kaufe der Fascismus gleich eine ganze Partei.** Und das Marxistenblatt stellt die Erfolge der französischen Politik, nämlich die Gewinnung der Tschechoslowakei, Polens und Südslawiens, sowie die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Ungarn und Rumänien dem Gewinn der fascistischen Außenpolitik gegenüber, welcher nur darin bestehe, daß eben der Herr Lüdecke in Rom sitze und ein Zusammengehen mit den reaktionären Mächten in Bayern vorbereite.

Der deutschfeindliche „Ambrosiano" wirft merkwürdigerweise nicht nur dem eben angeführten „Avanti", sondern auch der „Giustizia" und dem „Corriere della Sera" allzu große Deutschfreundlichkeit vor. Diese klerikale Zeitung steht völlig im Solde Frankreichs. Darum stellt sie auch die ganz unsinnige Behauptung auf, die drei genannten Blätter hätten das Bestreben, in jedem Falle für eine Aufrechterhaltung der Einheit des Bismarckschen Reiches einzutreten. Freilich möchte dabei der „Avanti" aus Deutschland eine Sowjetrepublik werden sehen. Der „Ambroisiano" (der Weltanschauung nach dem „Bayerischen Kurier" entsprechend) dagegen führt aus, daß von einem Zerfall der deutschen Reichseinheit Italien alles zu gewinnen und nichts zu verlieren habe, und daß auch eine französische, auf Deutschlands Ohnmacht aufgebaute Vorherrschaft in Europa nicht zu fürchten sei, da **Frankreichs Geburtenrückgang es über kurz oder lang dazu zwingen werde, einen Teil seiner Eroberungen freiwillig an Italien abzutreten.** Umberto Notari nennt sich der Kindskopf, der sich in diesen Träumen wiegt.

Mit dem Verhältnis Italiens zu Frankreich befaßt sich in anderer Weise die Bologneser „Fiamma Nera" unter der Überschrift „Der Frank und das Baionett". Dort heißt es, Frankreich gehe darauf aus, Deutschland in dauernder Zinsknechtschaft zu halten. In heutiger Zeit aber sei es eine Kulturschande, seinen Schuldner zu versklaven. „Auch seine Stellung als Gläubigerin kann Frankreich nicht berechtigen, die deutsche Reichseinheit anzutasten, aber die von der Pariser Finanz unterhaltenen französischen Baionette im Rheinland sind die Hauptstütze der **separatistischen Bewegung. Und diese vernichtende Politik ist den Interessen Italiens und Englands durchaus entgegengesetzt."** Es wird nun weiter gezeigt, daß Frankreichs Politik den Handel Danzigs zerstört hat, indem es diese Stadt ihres natürlichen deutschen Hinterlandes beraubte.

Dies sei nur ein Beispiel dafür, wie verderblich Frankreich das europäische Wirtschaftsleben beeinflusse.

Am 1. November hat Mussolini im Palazzo Chigi etwa 40 ausländische Zeitungsberichterstatter empfangen, hauptsächlich französische, englische, amerikanische, spanische und auch einige deutsche. Die „Frankfurter Zeitung" war natürlich durch einen Vollblutjuden Otto Kahn vertreten, die „Vossische Zeitung" durch Mario Passarge, das Wiener Telegraphenkorrespondenzbüro durch Ivo Jordan. Wenn die deutsche Presse in Italien solche „Vertreter" hat, dann braucht man sich freilich nicht über die vielen Falschmeldungen aus unserer Heimat in italienischen Blättern zu wundern.

Das „Popolo d'Italia" befaßt sich neuerdings noch einmal mit der Freimaurerei. Heftig greift das Blatt Mussolinis den Ordensgroßmeister Torrigiani an wegen seiner Teilnahme an der internationalen Freimaurertagung in Genf. Dort hat der Großmeister sich mit den Vertretern der französischen Großorientloge in Verbindung gesetzt, welche das „Popolo d'Itlaia" als den ärgsten Feind des Fascismus und der katholischen Glaubens bezeichnet.

Jüdische Stoßseufzer

In Newyork hat kürzlich der bekannte zionistische Führer eine längere Rede gehalten, welche die bittersten Debatten in der jüdischen Presse hervorgerufen hat. Zangwill erklärte nämlich, der politische Zionismus sei tot, weil er die Gelegenheit versäumt hätte. Anstatt gleich eine aktive Politik zu treiben, worunter Zangwill die Ausweisung der Araber verstand, hätte man zuviel verhandelt. Jetzt sei es schwer, noch etwas zu erreichen. Aus der Rede seien nachstehend einige „Kernsprüche" wiedergegeben:

„Das Judentum ist kein Kosmos, es ist ein Chaos. Was es einer Vereinigung am nächsten bringt, ist das Gemeinsame des Leidens über weite Landstriche Europas. Die allgegenwärtige Verfolgung ist machtlos, es zu einigen."

„Daß keine jüdische Stimme heute ertönt, ist eine Schmach, nicht aber eine löbliche Politik. Wenn Juden ihre Stimme weder benützen wollen, um sich selbst zu schützen noch ihren thetischen Auffassungen Ausdruck zu verleihen, dann tun sie nichts, als den Boden beschweren."

„Orthodoxer Jude sein, schließt unvermeidlich irgendein Element des jüdischen Nationalismus ein."

„Konferenzen an runden Tischen sind viel notwendiger, als palästinische Weltkongresse."

Letzte Nachrichten

Die Lage in der Pfalz.

mc. **Kaiserslautern**, 6. Nov. Die neuen Nachrichten aus Kaiserslautern lassen erkennen, daß die Franzosen ihre Absicht, die Pfalz loszureißen, jetzt mit Hilfe der käuflichen Separatistenbanden durchführen wollen, deren sie sich in anderen Teilen des Rheinlandes bedient haben. General de **Metz**, von dem kürzlich bekanntgegeben wurde, daß er mit leidenschaftlicher Ehrsüchtigkeit die Errichtung der „Freien Pfalz" als Vollendung seiner Mission in der Pfalz ansehe, läßt jetzt seine Besatzungstruppen Hand in Hand mit den Separatistenhorden in Kaiserslautern „arbeiten". Offenbar ist absichtlich Kaiserslautern als Ausgangspunkt des Putsches gewählt worden, weil infolge der zentralen Lage dieser Stadt von dort aus am bequemsten Vorstöße in andere pfälzische Städte gemacht werden können. Schmählicherweise werden die landfremden, bezahlten separatistischen Eingriffe von dem sattsam bekannten Führer der „Freien Bauernschaft" unterstützt. Es bleibt zu hoffen, daß wie in den anderen Teilen des Rheinlandes alsbald eine Gegenaktion auch in der Pfalz seitens der rechtstreuen, eingesessenen Bevölkerung einsetzen kann.

Die Ausschreitungen in Berlin. — 1000 Geschäfte ausgeplündert.

tu. **Berlin**, 6. Nov. Über die Vorfälle am gestrigen Tage müssen noch folgende Ergänzungen gebracht werden:

Zu schweren Ausschreitungen, bei denen die Schutzpolizei auch von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, kam es nachmittags in der Ackerstraße. Hier erbrach die 300köpfige Menge das Fahrradgeschäft von Foting, und als sie von zwei Beamten daran gehindert werden sollte, wurden diese niedergerissen und schwer mißhandelt. In der höchsten Not zogen die Beamten die Schußwaffe und gaben je einen Schuß ab, durch die die 37 Jahre alte Frau Auguste Tegt durch einen Armschuß und der 34 Jahre alte Friseur Bellermann aus der Ackerstraße durch einen Lungenschuß schwer verletzt wurde. Der Haupträdelsführer, der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Malick aus der Strelitzer Straße, wurde verhaftet. **Weiter wurde auch das Schuhgeschäft von Zasteriel total ausgeplündert. 1500 Paar Schuhe fielen den Plünderern zur Beute.**

Im ganzen sind nach den eingelaufenen Anzeigen, wie jetzt feststeht, weit über 1000 Geschäfte im Laufe des gestrigen Tages ausgeplündert worden. Zusammen wurden 129 Personen verhaftet, 81 davon in Haft behalten.

tu. **Berlin**, 6. Nov. Im Hinblick auf die gestrige Störung der öffentlichen Ordnung in Berlin, die **vorwiegend antisemitischen Charakter trug**, hat der marxistische Polizeipräsident von Berlin die für heute Abend anberaumten drei Versammlungen des Deutschen Herold, einer deutschvölkischen Organisation, verboten.

Ein Hochverräter vor einem britischen Gericht.

tu. **Köln**, 6. Nov. In der heutigen Verhandlung gegen den Volksschulrektor Matthäus Cremer vor dem britischen Besatzungsgericht wegen verbotenen Waffentragens, kam das Gericht noch zu keinem Urteilsspruch, sondern verwies Cremer zunächst den deutschen Gerichten, mit der Maßgabe, daß er wieder den Engländern zu überantworten sei, falls er vom deutschen Gericht freigesprochen werden sollte. Trotz aller Ableugnungsversuche steht Cremer im Verdachte, sich an dem verräterischen Treiben beteiligt zu haben.

(Cremer ist der sogenannte Kultusminister, der unter der Ministerpräsidentschaft des Herrn Matthes in Koblenz eingesetzten Regierung der Rheinischen Republik.)

Von der bayerisch-thüringischen Grenze.

tu. **Stuttgart**, 6. Nov. Das Wehrkreiskommando V teilt mit: über die Ansammlungen von Kampfverbänden an der bayerischen Nordgrenze werden aus thüringischer Quelle stammende, beunruhigende und stark übertriebene Nachrichten selbst von amtlichen Behörden verbreitet. Solche Alarmmeldungen amtlicher hoher Organe, die von ihrer eigenen Regierung nach ihrer Nachprüfung an Ort und Stelle dementiert wurden, sprachen u. a. von der Ansammlung von 4 Infanterieregimentern und „großen Artilleriemassen", von der Aufstellung von Batterien, sogar auf thüringischem Boden. Tatsächlich steht, wie eine sorgfältige Nachprüfung ergeben hat, lediglich bayerische Landespolizei, allerdings verstärkt durch 2000 Mann Hilfspolizei, die den ortsansässigen Organisationen entnommen ist, an der Grenze. Daß Bewegungen von Truppen des Wehrkreiskommandos V an der thüringischen Südgrenze stattgefunden haben, ist unrichtig; ebensowenig stehen Reichswehrtruppen der 7. (bayerischen) Division an der bayerischen Nordgrenze.

Börse und politische Lage.

tu. **Berlin**, 6. Nov. An der Börse herrschte heute eine außerordentlich pessimistische Auffassung der politischen und finanziellen Lage. Die Tatsache, daß das Ausland mehr und mehr schickliche Zahlungen in Papiermark ablehnt und daß auch im Inland die Verwirrung im Zahlungsverkehr erschreckend um sich greift, gibt zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß. Die von weitesten Kreisen erhobene Forderung, die deutschen Börsen bis zur Ausgabe der Rentenmark zu schließen, rief heute das Gerücht hervor, daß der Börsenvorstand in seiner heutigen Sitzung über die Schließung der Börse beraten habe. Der Börsenvorstand hat sich heute aber mit ganz anderen Dingen beschäftigt. Die Schließung der Börse stand nicht zur Diskussion. Man würde von einer solchen Maßnahme noch weitere Störungen im allgemeinen Zahlungsverkehr befürchten. — Da ist offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens.

Der Aachener Zwischenfall.

tu. **Paris**, 6. Nov. Über die Aachener Zwischenfälle berichtet der „Intransigeant": In Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandskommission heute vormittag getagt. Sie hat die Ausführungen des belgischen Oberkommissariates über die Zwischenfälle von Aachen angehört. Das Gefühl, daß eine Entspannung eingetreten sei, herrscht vor. Die Interalliierte Rheinlandskommission wird im Laufe des heutigen Nachmittags eine Darstellung veröffentlichen, in der die Zwischenfälle in Aachen und das belgische Verhalten erörtert werden sollen.

Die Überwachung des deutschen Kronprinzen.

tu. **London**, 6. Nov. Die „Daily Mail" meldet aus Wieringen, daß Generalsekretär Kan (!!), der persönlich für den deutschen Kronprinzen verantwortlich ist, gestern auf Wieringen eintraf und mit dem Kronprinzen eine Unterredung hatte. Sämtliche Fremde, die sich per Schiff nach Wieringen begeben, werden auf das strengste bewacht.

Eine französische Verlautbarung zu den Ruhrverhandlungen.

tu. **Paris**, 6. Nov. Aus Düsseldorf wird folgendes mitgeteilt: Gestern hat eine neue Zusammenkunft mit den Vertretern der Micum und den Vertreter der Ruhrbergwerke Vögler, Klöckner, Thyssen, Reuß **und Hubert stattgefunden. Der neue Text des Abkommens, der angesichts des Ergebnisses der in der vergangenen Woche abgehaltenen Konferenzen abgeändert worden war, ist aufs neue geprüft und richtiggestellt worden. Die Vertreter der Kohlengruben haben mit den Direktoren der Betriebsanstalten im Hinblick auf den definitiven Vertrag verhandelt. Eine neue Zusammenkunft ist auf kommenden Montag angesetzt worden.**

Der englische Vertreter bei Poincaré über das Rheinland.

tu. **Paris**, 6. Nov. Der englische Vertreter hatte sich während seines gestrigen Besuches bei Poincaré über die Ereignisse im Rheinland zu äußern. Der englische Vertreter machte im Namen seiner Regierung — dem „Echo de Paris" zufolge — Aussetzungen an der Haltung der Okkupationsbehörde, indem er erklärte, daß sie dem rheinischen Abkommen vom Februar 1919 widerspreche und auch nicht einmal mit den Verordnungen der Interalliierten Rheinlandskommission im Einklang stehe. Poincaré betonte, daß er seinerzeit die Anweisung zur strengsten Neutralität gegeben habe. Sollte im Hinblick auf zweifelhafte Fälle eine Untersuchung eröffnet werden, so würde sie unzweifelhaft Beweise für die Neutralität der Okkupationsbehörde ergeben.

Aus München

Die Münchener Ortskrankenkasse vor dem Zusammenbruch?

In den weitesten Kreisen der Mitgliederschaft der Münchener Ortskrankenkasse besteht, wie wir zahlreichen Zuschriften entnehmen, höchste Unzufriedenheit über die mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr im Einklang stehenden „Leistungen" der Kasse. Nichtsdestoweniger befindet sich die Krankenkasse in einer Wirtschaftslage, die ihren Zusammenbruch befürchten läßt. Das erhellt auch aus einem Dringlichkeitsantrag, den im Stadtrat die Sozialdemokraten einbrachten, dahingehend, daß das Versicherungsamt ohne Verzug mit der Ortskrankenkasse in Verbindung treten solle, um Mittel und Wege zu finden, die Krankenkasse vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Der marxistische Wortführer konnte sich natürlich nicht genug tun in der Schilderung dessen, was die Ortskrankenkasse, dieses Versorgungsinstitut anderweitig nicht unterzubringender Marxisten, alles leiste. Die Verwaltungskosten würden sich nur auf 14,5% belaufen. Von anderer Seite wurde jedoch in der Aussprache mit Recht betont, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien durch die Beiträge derart in Mitleidenschaft gezogen, daß diese soziale Einrichtung recht zweifelhafter Natur geworden sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich angenommen, nachdem Bürgermeister Schmid noch mitgeteilt hatte, daß der Stadtrat bisher schon alles getan habe, um die Ortskrankenkasse vor dem Zusammenbruch zu bewahren; so habe sie auch die Bürgschaft übernommen, damit die Kasse vom Reiche Zuschüsse erhalte.

Getreide und Mehl in Händen der Spekulation.

In der heutigen Stadtratssitzung gab es eine Aussprache wegen des derzeitigen unhaltbaren Zustandes in der Brotversorgung. Was man da zu hören bekam, ist recht erbaulich. R.R. Pfeiffer führte aus, daß die Brotversorgung selbst vollständig sichergestellt, Mehl ausreichend vorhanden sei und Brot in unbeschränkter Menge hergestellt werden könne. Die Schwierigkeit liege nur in der Preisgestaltung und darin, ob die Bäcker stets in der Lage sind, Mehl einzukaufen.

Der zweite zuständige Referent, Rechtsrat Preis, bemerkte, daß die Bäcker Preise fordern müßten, welche es ihnen ermöglichen, ihre Betriebe zu erhalten und wieder einkaufen zu können. **Getreide und Mehl seien hemmungslos der Spekulation anheimgefallen; eine Erfassung der Vorräte und eine zwangsweise Bewirtschaftung wäre heute notwendiger als je. Der Getreidepreis werde skrupellos der Devisengestaltung angepaßt.** Dem Bäckergewerbe könne eine Verantwortung für die jetzigen Verhältnisse nicht auferlegt werden.

Die berühmte alte Methode: einer schiebt's auf den andern.

Folgen des Tarifwahnsinns.

München, 6. Nov. Der Preis der Monats- und Wochenkarten für Arbeiter, Schüler usw. wird mit sofortiger Wirksamkeit auf die Hälfte des tarifmäßigen Betrages ermäßigt. Demnach hat man also doch eingesehen, daß der neue Tarifwahnsinn irgendwo eine Grenze hat.

Beschwerden gegen Ausweisungen.

München, 6. Nov. Einer Reihe von Beschwerden ausgewiesener Juden ist vom Generalstaatskommissariat stattgegeben worden.

Münchener Beobachter

„Flüchtlinge aus München in Wien"

Unter diesem Titel veröffentlichte die jüdische „Neue Freie Presse" in Wien unterm 31. Oktober in großer Aufmachung einen Artikel, aus dem wir unseren Lesern eine kleine Kostprobe verabreichen wollen, damit sie sehen, wie das internationale Judengeschmeiß die Welt belügt. Man höre:

„Schauerlich war es vor 9 Jahren, als friedliche Menschen, von Haus und Hof verscheucht, mit entsetztem Blick, in dem eine irrsinnige Angst flackerte, aus den Grenzgebieten nach Wien flohen. Schauerlich war es damals. Aber, was wir jetzt erleben, ist weit schauerlicher, denn es ist unnatürlich. Die Flüchtlinge, die mit den Münchener Zügen auf dem Westbahnhofe in Wien eintreffen, sprechen die deutsche Muttersprache, haben ihr Leben in Deutschland verbracht, sind durch tausend unzerreißbare Fäden mit Deutschland verwachsen, und wurden dennoch von Menschen, die sich Deutsche nennen, aus ihrer deutschen Heimat hinausgepeitscht. Ein unheimliches, mittelalterliches Gespenst, das man im 20. Jahrhundert eigentlich nur noch im halbzivilisierten Osten Europas vermutet hätte, geistert jetzt be helllichtem Tage durch die Straßen einer deutschen Stadt: das Gespenst der Judenverfolgungen. Spricht man mit den Flüchtlingen, die vor ein paar Tagen in München den Ausweisungsbefehl erhielten, bei den Behörden verzweifelt und vergebens um einen Aufschub flehten, aus ihren Wohnungen auf die Straße geworfen wurden, und dann, von den Gassenbuben verspottet und vom Pöbel bespien, zum Bahnhof eilten, spricht man mit diesen aus ihrer Heimat Verstoßenen, so staunt man vor allem darüber, daß sie kein Wort der Verbitterung, der Anklage finden. Die Schicksale der Flüchtlinge sind von tiefer Tragik überschattet. Man glaubt, Geschichten aus der Zeit des finstersten Zarismus zu hören, wenn man von Hausdurchsuchungen in frühester Morgenstunde und von einem Spitzelsystem vernimmt, das sich bestochener Hausgehilfinnen, „Agents provocateurs" und des ganzen Arsenals eines Hasses bedient, der um jeden Preis doch wenigstens den Schatten eines Vorwandes für die Vertreibung unschuldiger Menschen vortäuschen will.

Die Ausweisungen haben zum Teil auch den Zweck, der Münchener Wohnungsnot auf radikale Weise abzuhelfen. Jedem Ausgewiesenen wird nämlich sofort die Wohnung abgenommen. Ihr Barvermögen dürfen die Landesverwiesenen nicht mitnehmen, da es als angebliche Sicherstellung für eventuelle Steuerrückstände zurückbehalten wird. Die Flüchtlinge aber wissen sehr genau, daß diese vorläufige Zurückhaltung ihres Vermögens einer Konfiskation gleichkommt. Die Flucht der Juden aus München hat in den letzten Tagen geradezu die Form einer Panik angenommen, da ihnen fortwährend die Einkerkerung in einem oberbayerischen Konzentrationslager angedroht wird."

Nun, die Hebräer in München, Wien und anderwärts können beruhigt sein. Nachdem man ganze 60 Juden ausgewiesen und mit ihrem gesamten ergaunerten Vermögen hat davonziehen lassen, hat man die Ausweisungen eingestellt. Das Ganze war also ein „G'spaß", der allerdings ausgezeichnet in den Rahmen des bisher in Kahr-Bayern Geleisteten paßt. Jetzt fehlt nur noch, daß man die ausgewiesenen „Landsleute" höflichst einladet, wieder in die „Heimat" zurückzukehren.

*

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Das Regengebiet des neuen Tiefdruckausläufers hatte heute morgen Pfalz und Nordbayern erreicht. Von Südbayern wird es zur Zeit durch Föhn (Zugspitze Südsturm) noch abgehalten, doch ist auch hier noch im Laufe des heutigen Tages mit dem Eintritt von Niederschlägen zu rechnen. In dem darauffolgenden Aufklarungsgebiet ist für morgen, soweit nicht Nebelbildung eintritt, mit Frostgefahr zu rechnen.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 7. Nov.: Pfalz, Nordbayern Aufklaren, Nachtfrostgefahr; Südbayern nach Beendigung der Föhnlage Niederschläge, höhere Lagen Schnee, dann ebenfalls Besserung bei kalten, nördlichen Winden.

*

Die Katastrophe in der Brotversorgung hat sich heute besonders augenfällig gezeigt. In vielen Bäckereien war bis gegen Mittag kein Brot zu haben oder die Läden waren überhaupt gesperrt. Andere Geschäfte wieder waren einem enormen Andrang des Publikums ausgesetzt. — Wir sind also dem Augenblick nahe, wo wir mit unseren Milliarden und Billionen in der Tasche nicht einmal mehr das notwendigste Nahrungsmittel bekommen.

Das Warten ist eines der Hauptkennzeichen unserer überaus rühmlichen Zeit. In vielen Postämtern warten die Leute in langen Schlangenlinien, bis sie sich einige Briefmarken „erstehen". Hin und wieder begehrt wohl mal einer auf: „Herrgottsa . . . ., warum können denn die nicht einen zweiten Schalter aufmachen?" Aber was hilft's, die Mehrzahl der Wartenden ist schon so abgestumpft, daß sie froh sind, überhaupt noch an den Schalter zu kommen. Und dann geht das Geldzählen an, das auch kein Ende nimmt und bei dem einem schwindlig werden kann. Aber nicht nur bei der Post ist es so, sondern auch am Bahnhof, wenn man sich eine Fahrkarte lösen will, um einige Stunden im Freien zuzubringen. Ja, selbst die notwendigen Lebensbedürfnisse wollen heute „erwartet" sein. Abends stehen die Hausfrauen in großen Massen vor den Bäckerläden, und viele, viele müssen wieder umkehren, weil das Brot gar nicht so schnell gebacken werden kann, wie es ausverkauft wird. Mittags und abends muß sich auch der Student eine Viertel- oder halbe Stunde in der Studentenküche anstellen, um sein durch freiwillige Spenden verbilligtes Mittagsmahl einnehmen zu können. Vergebens aber warten wir alle noch auf — die Freiheit und Würde, die uns vor fünf Jahren so feierlich verheißen wurden. Das hat immerhin das eine Gute, daß allmählich auch dem Letzten die Augen aufgehen.

Die neuen Portosätze bewegen sich nur mehr in Milliarden. Die Sätze betragen in Milliarden: am Ort Karten 0,2, Briefe bis 20 Gramm 0,5, nach auswärts Karten 0,5, Briefe bis 20 Gramm 1, Drucksachen bis 25 Gramm 0,2, Päckchen 2, Zahlkarte bis 10 Milliarden 0,2, Postanweisungen bis 10 Milliarden 0,5, bis 50 Milliarden 0,8, Einschreiben 1, Eilbestellung von Briefsendungen am Ort 2, nach dem Lande 6, von Paketen 3 und 8. Nach dem Ausland kosten Postkarten 2,4 (nach der Tschechoslowakei und Ungarn 1,8), Briefe bis zu 20 Gramm 4 (nach den beiden Ländern 3), Drucksachen 50 Gramm 0,8.

Versteigerung bayerischer Briefmarken. Das Bayerische Finanzministerium versteigert am 24. und 26. November im Hotel Bayerischer Hof in München zusammenhängend mit dem nächsten Münchner Briefmarkenhändlertag nachfolgende Bayernmarken: am 24. November: Germania-Freistaat 3250 Sätze, Bilderserie 19850 Sätze, Kriegsbeschädigtenfürsorge 23150 Sätze; am 26. November: Dienst 1916, Dienst Volksstaat und Dienst 1920 je 22650 Sätze, Dienst 1916 und Dienst Volksstaat 1 M. auf weißem Papier je 1650 Stück. Die Versteigerungsbedingungen werden von der Briefmarkenverwertungsstelle des Freistaates Bayern, München, Pfandhausstraße 2, gegen Einsendung des Rückportos kostenlos geliefert.

Gehalts-Zwischenzahlung. Die Münchner Angestellten-Gewerkschaften haben, gezwungen durch den endgültigen Zusammenbruch der Papiermark und der Tatsache, daß die Entlohnung der Angestelltenschaft bisher ausschließlich in Papiermark erfolgt ist, an die Münchner Arbeitgeber-Verbände die Forderung gerichtet, sofort der Teuerung entsprechende Akontozahlungen bis längstens Mittwoch zu leisten. Mindestens soll ein doppeltes Wochengehalt der letzten Woche ausbezahlt werden, um nur im geringsten Umfange den Anforderungen der Lebenshaltung genügen zu können.

Pensionszahlungen. Bei der Kreiskasse von Oberbayern wird die Nachzahlung für die 1. Novemberwoche geleistet an Ruhestandsbeamte M mit Z am Mittwoch, 7. November, A mit L am Donnerstag, 8. November, an Beamtenhinterbliebene M mit Z am Freitag, 9. November, A mit L am Samstag, 10. November. Wegen Arbeitsüberlastung muß auf strenge Einhaltung der Buchstabenordnung gesehen werden; bei Nichtbeachtung erfolgt grundsätzlich Zurückweisung.

Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung. Für weibliche Arbeitnehmer, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, gilt folgendes: 1. In der Invalidenversicherung sind ab 29. Oktober (1. Entwertungstag 4. Nov.) zu entrichten: a) bis zu einem Barlohn von 25 Milliarden monatlich Beiträge der Kl. 46 mit 360 Millionen Mark wöchentlich; b) bei einem Barlohn von 25—75 Milliarden monatlich Beiträge der Kl. 47 mit 520 Millionen Mark wöchentlich; c) bei einem Barlohn von 75—125 Milliarden monatlich Beiträge der Kl. 48 mit 740 Millionen Mark wöchentlich; d) bei einem Barlohn von 125—175 Milliarden monatlich Beiträge der Kl. 49 mit 940 Millionen Mark wöchentlich; e) bei einem Barlohn von mehr als 175 Milliarden Mark monatlich Beiträge der Kl. 50 mit 1160 Millionen Mark wöchentlich. 2. In der Angestelltenversicherung bleibt es für Oktober bei den bereits bekanntgegebenen Sätzen, da durch die Erhöhung der Sachwertbezüge für die letzten drei Tage des Monats eine Änderung in den Lohnstufen nicht eintritt.

Beiträge zur Krankenkasse und Erwerbslosenfürsorge. Vergleiche Bekanntmachung der Allg. Ortskrankenkasse im Anzeigenteil dieser Nummer!

Über die Erhöhung der Steuerermäßigungen veröffentlichen die Finanzämter München II und III im Anzeigenteil eine Bekanntmachung.

Die Umsatzsteuer. Die aus den im Monat Oktober getätigten Umsätzen angefallene Umsatzsteuer ist spätestens bis zum **7. November** an das zuständige Finanzamt einzuzahlen oder zu überweisen. Bei Nichteinhaltung dieser Frist erfolgt die Aufwertung der Steuer in Gold.

Stundung öffentlicher Abgaben? Ein Dringlichkeitsantrag der demokratischen Stadtratsfraktion verweist auf die Tatsache, daß Produktion und Handel nahezu allgemein zur Gold- bzw. Festmarkrechnung übergegangen sind, während der überwiegende Teil der Bevölkerung sein Einkommen immer noch in Papiermark bezieht. Der Antrag geht dahin, daß die Übergangszeit zur Goldrechnung erleichtert wird durch weitestgehendes Entgegenkommen in bezug auf Stundung unerschwinglicher öffentlicher Abgaben und Gebühren, und daß ferner zur endgültigen Überwindung der Schwierigkeiten alle Hindernisse beseitigt werden, welche der Angleichung auch der Einkommen an die Festmarkrechnung und deren Auszahlung in wertbeständiger Währung entgegenstehen. — Der Antrag ist vermutlich für die Katz'. Weder Staat noch Stadt werden für die Stundung zu haben sein, da beide ja auf den Eingang jeder Milliarde sehnsüchtig warten.

Gebührenerhöhung bei der städt. Gasanstalt. Die Gebühren für Aufstellen und Abnahme von Gasmessern und Gasverbrauchsapparaten wurden ab 30. Oktober erhöht. Es kostet nunmehr das Aufstellen bzw. Abnehmen eines 3flammigen Gasmessers 3890 Millionen, eines 5flammigen 4538

Opfer des Wahnsinns

23 **von J. A. Rodionoff.**

In der Dunkelheit zogen die Freiwilligen dem geschlagenen Feind auf den Hacken durch die Staniza Ust Labinskaja, überschritten auf der Brücke den Kuban und bezogen Nachtquartier in dem sich lang hinstreckenden Kosakendorf Nekrasowskaja.

Doch auch hier fanden sie keinen Augenblick Ruhe. Nachts Schießerei an den Flanken und vom frühen Morgen an, den ganzen folgenden Tag und die Nacht hindurch bis zum nächsten Morgen heftiges Artillerie- und Gewehrfeuer.

Der Übergang durch die Furt über den Fluß Laba geschah unter feindlichem Feuer.

Man hoffte, daß auf der anderen Seite der Laba die Lage der Armee sich bessern würde, weil die Bolschewisten sich fürchten würden, um sich so weit von den Bahnlinien weg zu wagen.

Doch diese Berechnung erwies sich als vollständig falsch.

Hinter der Laba wurde die Lage der Armee nicht etwa besser, sondern noch unvergleichlich viel schlechter.

Die Bolschewisten umringten fortwährend in erdrückender Überzahl die kleine Handvoll Leute.

Außerdem kamen nach Übergang über die Laba die Freiwilligen aus einer Gegend von Kosaken Ansiedlungen und Ortschaften, deren Bewohner sie nicht nur geduldet, sondern sich sogar wohlwollend ihnen gegenüber gezeigt hatten, plötzlich in einen Distrikt, der bolschewistisch gestimmt und in dem die Bauernbevölkerung unversöhnlich wütend zu den Waffen gegriffen hatte, und sie in jedem Augenblick, hinter jedem Zaun, jeder Mauer, jedem Busch und jeder Schlucht heraus anfiel.

Zum Frontkrieg kam jetzt noch der Kleinkrieg. Die Freiwilligen waren in ein böses Wespennest getreten.

Der Kampf hörte Tag und Nacht nicht auf. Es war eine fortwährende Unruhe, ewiger Krieg, unausgesetztes Blutvergießen.

Und die erschöpfte Armee, die unabgelöst kämpfen mußte, ließ auf ihrem alles zermalmenden Vormarsch eine blutige, flammende Fährte hinter sich und fegte die sich immer wieder ablösenden riesigen feindlichen Truppen vor sich weg.

Es war keine Zeit zum Essen, keine Zeit zum Schlafen.

Die Krieger fielen vor Ermüdung und Hunger um, aber ihr Kampfmut erschlaffte keinen Augenblick.

Die Lage der Armee war in jedem Moment so beispiellos verzweifelt, stets in dem Maße schwer, daß jeder aus dieser kleinen Zahl Helden sich bewußt war, daß eine minutenlange Fahrlässigkeit eines von ihnen, eine Unentschlossenheit, ein Zögern, eine feige Handlung, die ganze Armee ins Verderben bringen würde, und jeder nahm seine Kräfte zusammen, um aufs allerbeste und allertreueste seine Pflicht zu erfüllen.

Und je weiter die kleine Truppe in die Kubansche Steppe hineinzog, um so heftiger und unversöhnlicher gestaltete sich die Verbitterung der sich bekämpfenden Parteien.

Der Abgrund zwischen heranziehenden Bolschewisten und Ortseingesessenen einerseits und den Freiwilligen anderseits wurde immer tiefer und breiter.

An das Zustandekommen irgendeines Waffenstillstandes war gar nicht zu denken.

Solch eine Idee wäre jedem wahnsinnig und verbrecherisch erschienen.

Und es kam auch überhaupt keinem in den Sinn.

Hier ging der Kampf um vollständige Ausrottung. Einer wollte den anderen nicht nur unterkriegen, sondern totschlagen.

Auf einer Seite das Volk, das wie ein Bär, der Blut geleckt, nun einmal ausprobiert hatte, daß es unbestraft morden und rauben konnte. Es stützte sich auf seine kolossale Überzahl, war stolz darauf, daß ihm alles erlaubt war, fand, daß es alles machen konnte, daß es über allen anderen stehe, allen befehlen konnte, und so gelüstete es ihm jetzt nur noch danach, sich an den Qualen der Herren und Junker zu ergötzen, sich auch noch an dem Blute derjenigen sattzutrinken, die es schon zu Bettlern gemacht und bis zur Verzweiflung getrieben hatte, wollte jetzt noch die letzte Schutzwehr — die kleine Armee — zertrümmern. Ihm kam es so vor, war ihm eingeredet worden, daß nur die Armeen allein es daran verhinderte, die Früchte seines Sieges — die erkämpfte „Freiheit" — zu kosten. Das Volk ärgerte sich, geriet in Raserei darüber, daß ihm, „dem Unschuldigen, Gerechten", wie es von den schwarzen Dämonen der Zerstörung genannt wurde und woran es in seinem naiven Unverstande glaubte, ein Häuschen Leute sich gegenüberzustellen wagte, während doch alle anderen ihm schmeichelten, sich vor ihm neigten, zu seinen Füßen krochen. Daß es grausam belogen und fürchterlich verraten wurde, ahnte das dumme, sittlich gesunkene Volk damals noch nicht. Mit seinen vom unschuldigen Blut getrübten, schamlosen, getrübten Augen sah es nicht das unbeschreibliche Unheil, das schon auf es lauerte und etwas später über sein verbrecherisches Haupt hereinbrach.

Auf der andern Seite — eine Gruppe Gebildeter, hauptsächlich aus militärischer und anderer studierender und lernender Jugend bestehend, die ohne jede persönliche Schuld hier für die Sünden und den Leichtsinn der Väter büßen mußte. Sie alle waren durch die Lynchgerichte des verderbten Pöbels ihrer Angehörigen und Verwandten beraubt, hatten durch Diebstahl und Raub ihr ganzes Hab und Gut eingebüßt. Sie waren über die Maßen unglücklich, übervorteilt, jeglicher Rechte, sich ihr Leben aufzubauen, beraubt. Von überall wurden sie verjagt. Das „unschuldige" von Gott erwählte Volk hatte beschlossen, sie erbarmungslos auszurotten. Ihnen blieb keine andere Wahl: entweder sie mußten sich demütig wie die Lämmer zur Verhöhnung und Zerreißung der wütenden Bestie überlassen, oder mit der Waffe in der Hand ihr Recht zu leben verteidigen. Sie zogen das letztere vor, und in ihren erbitterten Herzen wuchs ein unausrottbares Rachegefühl gegen dieses losgelassene Gesindel, das alle Grenzen von Gesetz und Recht überschritten hatte, in ihren beleidigten Gemütern aber bewahrten sie sorgfältig den zertretenen und beschimpften Gedanken an das russische Kaiserreich. Und wie ein verwundeter Löwe zogen sie dahin, ihren Feinden fürchterliche Schläge versetzend, einen Stützpunkt suchend, wo sie ihren Troß lagern, sich erholen, neue Kräfte sammeln konnten, um von dort aus den entscheidenden Vormarsch zu unternehmen.

Da sie sich in Nowotscherkaßk und Rostow nicht hatten halten können, hielten sie Jekaterinodar — das Herz des Kuban, für den geeigneten Stützpunkt.

In den Herzen der Freiwilligen lebte und brannte der heiße Glaube daran, daß sie die Heimat vor dem endgültigen Untergang würde retten können, oder ihn wenigstens solange aufhalten, bis die „heldenmütigen" Verbündeten zur Hilfe herbeigeeilt sein würden.

Sie zweifelten nicht an dem endgültigen Ausgang des Weltkrieges, sie glaubten daß der gemeinsame Feind, den zu überwinden das zaristische Rußland so zahllose Opfer gebracht hatte, zu guter Letzt doch unterdrückt werden würde, wie sie auch nicht zweifelten, daß die Verbündeten ihnen helfen würden, das Joch der internationalen Räuber- und Mörderbande abzuschütteln.

Es gehörte ja so wenig dazu, im Vergleich zu dem was Rußland zum Sieg und Triumph der Verbündeten beigetragen hatte.

An dem Edelmut und der Dankbarkeit der „heldenmütigen und „treuen" Verbündeten zu zweifeln, zuzugeben, daß sie ihrerseits aus Hinterlist und niedriger Gewinnsucht bewogen sein könnten, das ins Unglück geratene Rußland zu verraten, das auch nur zu vermuten, galt in den Reihen der Freiwilligen als große Sünde, unabwaschbare Schande, unverzeihliches Vorgehen . . .

Und alle lebten in der Hoffnung, alle glaubten begeistert, glaubten unbesehen, daß ihre unausdenklichen Leiden und riesigen Opfer nicht umsonst gebracht würden, daß die „heldenmütigen", „vornehm handelnden" „treuen" Verbündeten, sowie sie den gemeinsamen Feind besiegt, aus dem Gefühl der Dankbarkeit zum wahren, echten Rußland heraus, sie nicht ohne Hilfe lassen würden, sie heraushauen würden. Daß sie etwa von ihnen verraten werden könnten, kam ihnen zu unwahrscheinlich, zu unmenschlich vor. Diesen Gedanken ließen sie nicht einmal an sich herankommen, wollten ihr Gewissen nicht damit beschmutzen . . .

Die in ihrer Bestialität und Grausamkeit ganz unübertreffbaren Folterqualen, welche die Bolschewisten an den verwundeten oder gefangenen „Kadetten" ausübten, vergalten die letzteren auf gleiche Weise.

Die Bolschewisten zogen den Freiwilligen die Haut ab, schnitten ihnen wie Bisen die ganzen Beine entlang Hautstreifen aus, von der Sohle bis zu den Hüften, rissen ihnen die Gedärme heraus, brachen ihnen die Knochen, schabten ihnen mit Messern das Zahnfleisch herunter, stachen ihnen die Augen aus, rissen Nägel und Zähne aus, verbrannten und begruben sie lebendig.

Die Freiwilligen schlugen dafür jeden Bolschewisten, der in ihre Hände geriet, tot oder erschossen ihn.

Originelle Girlanden erhängter Kommissare auf den Marktplätzen der Städte, Ortschaften und Ansiedlungen, welche die freiwillige Armee auf ihrem siegreichen Zuge durchquert hatte, war ein gewöhnlicher Anblick.

Und so ein Anblick setzte niemanden mehr in Erstaunen, empörte keinen.

Im Gegenteil, solch durchgreifende Maßregeln befriedigte die sich in den Herzen der Freiwilligen ansammelnde Rachgier, Bitterkeit, Wut und Empörung gegen diese Diebe, Peiniger, Mörder.

Alle fanden, daß mit solch grausamen, tollgewordenen Bestien, als welche die roten Träger der „herrlichen Freiheit" sich in Wirklichkeit entpuppten, nicht anders als ebenso verfahren werden mußte.

Sie hatten ein schweres Los die Freiwilligen, unsäglich schwer, sowohl körperlich wie seelisch.

Es war kein Leben, kein Dasein mehr unter der Sonne, sondern ein blutiger Traum, ein Zähneknirschen, eine fürchterliche Hölle.

Und diese Hölle wurde noch unerträglicher durch die vollständige Abgeschlossenheit von der Welt, in der die Armee lebte, seit sie Rostow verlassen hatte. Wie von einer undurchdringlichen Wasserflut waren sie umgeben. Als ob man einen fest schließenden Deckel über ihnen zugeschlagen hätte, so abgeschnitten lebten sie. Die Welt für sich und sie für sich. Von nirgends bekamen sie auch nur die geringste Nachricht.

XXIII.

Doch in diesem Tal des Leidens, Entbehrens, der Heimsuchungen und Heldentaten, des Blutes und Todes gab es auch einige seltene Momente, wo Freude, ja sogar Glück aufblitzte.

Jurik und all seine Leidensgefährten entsinnen sich, wie auf dem Marsche, schon hinter der Laba, wo sie an einigen in hellen Flammen stehenden Dörfern und dem Vorwerk Kisselewski vorbeikamen, zwei Tage hintereinander, in den Stunden, wenn das erbitterte Gefecht aussetzte, besonders abends, von irgendwo aus unendlich weiter Ferne, wie von einer anderen unterirdischen Welt ganz schwache Töne zu hören waren, wenn man mit gespanntem Ohr ganz aufmerksam lauschte. Sie klangen wie schweres, angestrengtes, leidendes Atmen eines riesigen, noch nie gesehenen Untiers, und in der Dämmerung zuckte ganz, ganz weit in dem unübersehbaren Steppenhorizont kurzes helles Wetterleuchten auf, so als ob unsichtbare, riesige Augen sich einen Moment lang öffneten und gleich wieder schlossen.

Es unterlag keinem Zweifel, daß irgendwo in weiter Ferne ein schweres Artillerie-Gefecht im Gange war.

Alle erfahrenen Offiziere berechneten nach der Uhr, daß die Schlacht in einer Entfernung von 45—50 Kilometer sein müsse.

Alle waren im höchsten Grade interessiert, alle zerbrachen sich die Köpfe über die Frage, was das bedeuten möge?

Bald verbreitete sich unter den Freiwilligen das von irgend jemand in Umlauf gesetzte Gerücht, daß das Erdelis Kubanische Armee sei, die sich zu ihnen hindurchschlüge.

In den Reihen der erschöpften, verblutenden Freiwilligen, die schon seit einem Monat von einem undurchdringlichen Ring umschlossen waren, erwachte die Hoffnung auf baldige Hilfe.

Immerhin wagten sie kaum, den Glauben an etwas Gutes in sich aufkommen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Millionen, eines 10flammigen 5187 Millionen, eines 20flammigen 6483 Millionen usw. Das Zustellen für jeden Kocher, jede Herdplatte oder Brathaube sowie für eine oder mehrere Bügeleisen mit Zubehörapparaten kostet jetzt 1444 Millionen, das Abholen 1181 Millionen, Umtausch, Abholung und Anlieferung mit demselben Gang 2 Milliarden. Für das Zustellen, Anbringen bzw. Abholen einer Gaslampe werden folgende Gebühren in Anrechnung gebracht: Zustellen 2 Milliarden, Abholen 1444 Millionen, Umtausch, Abholung und Anlieferung mit demselben Gang 2363 Millionen Mark. Für Umtausch, welcher in zwei getrennten Gängen erledigt werden muß, ist Abholungs- und Anlieferungsgebühr zu entrichten. Werden Bügeleisen oder Zubehörapparate bei demselben Benützer zugleich mit Herden oder Lampen abgeholt, so wird keine eigene Abholungsgebühr verrechnet.

Baubeginne wurden vom 22.—28. Oktober gemeldet: 6. Bez.: Bayerstr. 92, E. Weil, Hofunterkellerung; Auguštenstr. 65, J. Schuster, Blockhaus; 7. Bez.: Ziehlandstr. 22, J. Maer, Dachgeschoßausbau; Schellingstr. 88 Bayer. Krankenkassenverband, Dachgeschoßausbau; 8. Bez.: Lämmerstr. 3, Eisenbahnerverband, Stockwerksaufbau; 9. Bez.: Landwehrstr. 34, Wildberg, Garage; 10. Bez.: Lindwurmstr. 76, Trikotfabrik, baul. Änderungen; 14. Bez.: Breisacher Str. 3, Sieber, Umbau; 15. Bez.: Rosenheimer Str. 30, Cenovis, Schuppen; Metzstr. 15, Paulanerbräu, Wohnungseinbau; 17. Bez.: Welfenstr. 17, Eigenhaus und Garten, Kohlenschuppen; 18. Bez.: Hans-Mielich-Str. 25, H. Bauernfeind, Wohnhausneubau; 23. Bez.: Romanstr. 16, Pflüger, Garagengebäude; 25. Bez.: Ridlerstr. 35, Rank, Schuppen; Agnes-Bernauer-Straße, Zenker, Wohnhausneubau; Halmeyerstr., Strobl, Wohnhausneubau; Halmeyerstr., Fehrer, Werkschuppen und Abort; Gotthardstr., Aßel, Stallgebäude; Geyerspergerstr., Renisch, Stallgebäude; 26. Bez.: Clemensstraße, K. Schüssel, Wohnhausneubau; 27. Bez.: Knorrstr. 130, Dr. Ostermeier Kesselhaus; 28. Bez.: Knorrstr. 104, Kreger, Lagerhalle.

Münchner Wohnungsangebote in der Auslandspresse. Ein Leser in Mailand schreibt uns: Im „Corriere della Sera“ vom 30. Oktober lese ich folgendes Inserat:

MONACO-Baviera. Appartamento posizione centrale affittasi event. mobiliato. Eysler, Sophienstraße 4, München.

Bei der dortigen Wohnungsnot werden also noch komplette Wohnungen an Ausländer vermietet! Es gibt wirklich edle Deutsche! Hängen Sie das bitte höher und machen Sie dem Wohnungsamt Mitteilung.“

Wie das Münchener Adreßbuch ausweist, wohnt tatsächlich in der Sophienstraße 4 ein Robert Eysler, der hier mit seiner Wohnung ein gutes Valutageschäft zu machen gedenkt. Daß ihm da zugunsten eines Münchener Wohnungslosen ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, muß vom Münchener Wohnungsamt verlangt werden.

Die Willkür der Banken. Ein hiesiger Geschäftsmann teilt uns mit, daß er einen Scheck an eine Großbank in Zahlung erhielt und diesen durch einen seiner Angestellten zur Einlösung vorzeigen ließ. Die Bank bedauerte, den Scheck jetzt wegen Zahlungsmittelknappheit nicht einlösen zu können. Da der Geschäftsmann aber unbedingt Geld zur Auszahlung benötigte, ließ er 50 tschechische Kronen bei der gleichen Bank umwechseln, und siehe da, zum Umwechseln von ausländischen Zahlungsmitteln hatte die Bank Geld, zur Einlösung ihrer eigenen Schecks aber nicht.

Handelsbund. Die Geschäftsstelle dieser neugegründeten Beratungsstelle für Gewerbe, Handel und Industrie befindet sich Thierschstraße 8, Telephon 20495.

Die Auer Dult ist neuerdings bis einschließlich Sonntag, den 11 November, verlängert worden.

Sanitätsverband und Ärzteschaft. Der Münchener Ärzteverein für freie Arztwahl teilt mit: Nachdem der Sanitätsverband mit seinen Zahlungen an die Münchener Ärzteschaft neuerdings im Rückstande geblieben ist, hat die Ärzteschaft beschlossen, dem Sanitätsverband auf 5. November fristlos zu kündigen und die Mitglieder des Sanitätsverbandes **nur mehr als Privatpatienten** zu behandeln.

Gedächtnisfeier. Zu Ehren der 110 gefallenen Beamten und Beamtenanwärter des Landesvermessungsamts, der Regierungsvermessungsabteilungen und der Messungsämter Bayerns wurden im Dienstgebäude des Landesvermessungsamtes zwei Gedächtnistafeln in feierlicher Weise enthüllt. Viele Gäste, zahlreiche Hinterbliebene und eine große Zahl von Beamten aller Dienstzweige des bayer. Vermessungswesens hatten sich zu der Feier im Saale des Landesvermessungsamtes eingefunden. Mit dem Andante aus dem Oktett in C-Moll von Mozart, mit bewährter Meisterschaft vorgetragen von Mitgliedern der Bläservereinigung des Staatsorchesters, wurde die Trauerfeier eingeleitet. Hierauf hielt der Präsident des Landesvermessungsamts, Geh. Rat von Bigler, die Weiherede. Worte der Erbauung und des Trostes waren es, welche der Präsident an die Versammlung richtete. Der Redner betonte: „Die Tafeln, die wir gestiftet haben, sind nicht bloß Gedächtnistafeln für die Toten, sondern auch Mahntafeln für die Lebenden. Der Dichter der Verse (Oberreg.-Rat a. D. J. Amann), welche die Gedenktafeln zieren, ruft uns zu:

„Beklagst du leidbewegt der Toten Reih',
Sorg', daß ihr Opfer nicht vergeblich sei!
War es ihr Los, fürs Vaterland zu sterben,
So sei dir's Pflicht, fürs Vaterland zu werben!
Ihr Herzblut floß für Deutschlands Not und Ehr',
Dein Herzschlag gelte Deutschlands Recht und Wehr.
Entfallen, nicht zerbrochen ist ihr Schwert,
Nimm's auf, bewahr's und halt' dich seiner wert!“

Der vom tiefsten vaterländischen Empfinden getragenen Rede folgten das herrliche Harfensolo „Stille Feier“ von Tedeschi, mit vollendeter Kunst vorgetragen durch Frau Pauline Schmid-Beeke, und „Selig sind die Toten“ — Männerchor von Rundnagel —, vortrefflich gesungen von Mitgliedern des Liederhorts München unter Leitung des Musikdirektors J. Schmid.

Nach Beendigung der Vorträge begaben sich die Teilnehmer in die Vorhalle des Haupteingangs zu den mit Lorbeerbäumen geschmückten Gedächtnistafeln. Mit einer kurzen Ansprache übernahm der Präsident des Landesvermessungsamts für sich und seine Nachfolger die Gedenktafeln in treue Hut. Unter Trommelwirbel fielen die Hüllen. Das einfache, alte Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“ fand den Weg zu allen Herzen und manches Auge wurde naß. Nachdem das Lied verklungen, legte Finanzminister Dr. Krausneck im Namen des Finanzministeriums einen Kranz nieder. Dann widmeten Kränze Oberreg.-Rat Dr. ing. Clauß im Namen der Beamtenschaft des Landesvermessungsamtes, Oberreg.-Rat Salzmann im Auftrag der Regierungsvermessungsabteilungen, und Vermessungsoberamtmann Strobel, Vorstand des Messungsamtes Miesbach, für die Messungsämter Bayerns.

Die Gedenktafeln aus Solnhofener Stein sind ein vortreffliches Kunstwerk. Entwurf und Leitung lagen in den bewährten Meisterhänden des Architekten Prof. Oswald Bieber. Jede Tafel ist gekrönt von einer Stein-Plastik (St. Georg und St. Martin), die Bildhauer Johann Panzer modelliert hat. Die Plastiken wurden in der Werkstätte des Steinmetzmeisters O. Herrmann gefertigt. Die Inschrift auf den Tafeln wurde von Beamten des Landesvermessungsamtes in künstlerischer Anordnung mittels des Hochätzverfahrens ausgeführt.

Freie Burschenschaft „Nicaria“. In dem in den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot prächtig gezierten Aenanensaal fand das dritte Stiftungsfest der Freien Burschenschaft Nicaria statt. An den langen Tafeln hatten die Ehrengäste und die geladenen freien Burschenschaften Platz genommen. Hauptsächlich der lose Verband freier Burschenschaften Deutschlands war sehr stark vertreten. Die verschiedenen Vorträge von Frl. Else Herzog und den Herren Dirks, Hofschauspieler Bayerhammer, Hermann Schwindl brachten eine weihevolle Stimmung in den Saal. Hehres vaterländisches Empfinden ging durch die Anwesenden. Auch die Festrede von Herrn Th. Renn war getragen von begeisterter Liebe zu unserem Vaterland.

Der Doppelgänger. Am Montag nachmittag wurde beim Soller im Tal ein junger Mann auf Veranlassung eines Friseurs festgenommen, den dieser als den Gärtner Alfred Mönchgesang bezeichnete, der vor 8 Tagen in der Landsberger Straße seine Großmutter, die Gastwirtin Marie Süßmeier, erschlug und beraubte. Man brachte den Mann zur Polizei; die Verwandten der Ermordeten wurden gerufen. Diese erklärten, daß der Festgenommene wohl genau dem Mörder ähnle, er es aber nicht sei. Der Festgenommene entpuppte sich als 22 Jahre alter Hausdiener von Kolbermoor, der zuletzt in Frankfurt war.

Diebstähle. In der Westermühlstraße wurde einem Herrn, der sich mit einer Dame unterhielt, die Aktenmappe, die er auf ein Auto legte, gestohlen. Sie enthielt u. a. zwei Gutscheine über je 50 Stück Anteile der Chiemgau-Kohlenbergbau-A.G. — Aus einem Zigarrenladen an der Beyerstraße wurden für 40 Billionen Rauchwaren gestohlen. — Aus einer Wohnung an der Sendlinger Straße wurden mehrere Flaschen Weine, Sekte und Schnäpse, Wert 1 Billion, gestohlen. — Aus einer Wohnung an der Ligsalzstraße wurde eine Stahlkafette enthaltend 10 holländische Gulden, 5 Dollar, 50 000 österreich. Kronen, 2 Billionen Mark und Schmucksachen gestohlen. — Im Hauptbahnhof wurde einer Dame eine Geldbörse, enthaltend ein goldenes Kettenarmband, Halsketten und 10 Schweizerfranken, gestohlen.

Kleine Chronik. In der Maistraße wurden am Montag nachmittag ein Sänger namens Peter Lang, in der Paul-Heyse-Straße ein Postbeamter von Autos überfahren. Ersterer erlitt einen Schädelbruch, letzterer Quetschungen am rechten Unterschenkel und Rücken. — In selbstmörderischer Absicht brachten sich am Montag in seiner Wohnung an der Rhidlerstraße ein Hausbesitzer und Maler Stichverletzungen in der Herzgegend bei. — Festgenommen wurde ein 36 Jahre alter Monteur, der im Besitze von 9, vermutlich erst Samstag nachts gestohlenen Hühnern war. — Bei einer Kontrolle bei Altmetallhändlern fand man eine Menge Kleinstücke kupfernen Starkstromleitungskabels, von Wasser- oder Tiefbau stammend, Isolierleitungsdraht, sog. Kalzikumsdraht u. a.; der Draht liegt bei der Polizeidirektion München, Zimmer 239/2. — In Leipzig wurde der Diener Johann Trautmann verhaftet, der vor 14 Tagen in der Wohnung eines Deutschamerikaners in der Wilhelm-Düll-Straße in München, wo er in Stellung war, Schmucksachen im Werte von vielen hundert Milliarden stahl. Ein Teil der Beute ist beigebracht. — Durch ausströmende Gase aus einem defekten Gasherd wurde in der Westermühlstraße ein 64 Jahre alter Schuhmacher getötet. — Den Verletzungen erlag ein 79 Jahre alter Hilfsarbeiter, der im Holzhof an der Zamdorfer Straße von einem Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt wurde.

Für das Deutschtum im Ausland. Wie alljährlich, wird der Verein für das Deutschtum im Ausland auch heuer in die Öffentlichkeit treten; allerdings in einer den heutigen Verhältnissen angemessenen Weise. Wenn seinerzeit eine großzügige Werbewoche durch festliche Veranstaltungen reichliche Geldmittel für Unterstützung des Auslandes aufbringen sollte, so ist in dieser Zeit reichsdeutscher Bedrängnis eine wirksame Hilfe dieser Art von vornherein undenkbar. Was zu tun bleibt, ist, das Interesse für das Deutschtum im Ausland wach zu halten, über die bösen Zeiten hinweg für eine bessere Zukunft. Da eine Werbewoche heute nicht ausfüllbar wäre, hat sich der V.A.D. (Verein für das Deutschtum im Ausland) mit der Vereinigung Auslandsdeutscher Studierender und dem Hochschulring deutscher Art in Verbindung gesetzt. Am Freitag, den 8. November, will der Verein im Großen Wagnersaal seine Vorträge abhalten, während am Samstag, den 9. November, die Vereinigung Auslandsdeutscher Studierender gemeinsam mit dem Hochschulring eine Veranstaltung im Auditorium Maximum der Universität für 8 Uhr abends vorgesehen hat.

Es werden an diesem Tage zunächst vier Redner der verschiedenen landsmannschaftlichen Gruppen der V.A.D.St., Balten, Siebenbürger, Sachsen, Sudetendeutschen und Südtiroler, sprechen. Weiter hat sich Geheimrat Professor Dr. Döberl zur Mitwirkung bereiterklärt; den Schluß bildet der Vortrag eines Vertreters des Hochschulrings deutscher Art. Dieser Abend, der eine Kundgebung des großdeutschen Gedankens zu werden verspricht, verdient jedenfalls das größte Interesse weitester Kreise, und sei hiermit der Besuch dieser Veranstaltung wärmstens empfohlen.

Wissenschaftliche Unterrichtskurse für Frauen und Mädchen. Die von Herrn Dr. Dingler und Herrn Dr. Dombart angekündigten Vorlesungen werden eingetretener Verhältnisse halber nicht gehalten.

Dienstmänner- und Kraftdroschkentarif. Die Teuerungsziffer für die Leistungen der Dienstmänner wurde ab 5. November auf das 40milliardenfache — Rückweg 20milliardenfach — des Friedenssatzes erhöht. — Ab 5. November wurde die Teuerungsziffer für Kraftdroschken auf das 60milliardenfache und Pferdedroschken auf das 50milliardenfache des Friedensfahrpreises erhöht.

Bestattungen

am 7. November.

Südfriedhof: Johann Merkl, Ökonom, 57 J., k. n. Pähl. **Ostfriedhof:** Elisabeth Ziegler, Näherin, 21 J., 2 Uhr; Franziska Hacker, Kapellmeistersgattin, 31 J., 3½ Uhr; Herta Liebhard, Monteurskind, 9 Mon., 2 Uhr; Wilhelm Schultze, Bankdirektor, 69 J., 10 Uhr, Feuerbest.; Joseph Held, Hilfsarbeiter 57 J., 10½ Uhr, Feuerbest.; Hedwig Frank, Rechnungsratsgattin, 44 J., 11 Uhr, Feuerbest.; Anton Hartl, Mühlenbauscheuer, 84 J., k. n. Freising. **Nordfriedhof (Schwabing):** Therese Wanderer, Taglöhnerin, 69 J., 2 Uhr. **Westfriedhof (Moosach):** Else Lauterbach, Buchdruckereibesitzersgattin, 33 J., 2½ Uhr; Maria von Spitzl, Rentiere, 69 J., 3 Uhr; Babette Eckert, Zugführersgattin, 59 J., 2¾ Uhr; Karoline Siegel, Schreinermeisterswitwe, 75 J., 2 Uhr; Josephine Spießl, Gerichtsvollzieherswitwe, 73½ J., 3½ Uhr; Franziska Schork, Weißnäherin, 19 J., 3¾ U. **Waldfriedhof (Holzapfelkreuth):** Therese Sonntag, Privatsekretärsgattin, 23 J., 4 Uhr; Emilie Siegler, Lithographensgattin, 58 J., 3½ Uhr.

Alwin Saenger als Liebhaber

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wie mir von gut unterrichteter, bei Gericht beschäftigter Seite, gestern spät abends mitgeteilt wurde, ist im Laufe der vergangenen Woche in Geiselgasteig eine Französin morgens um 5 Uhr von der Polizei — soviel mir bekannt, war es die Grünwalder Polizei — wegen Spionageverdachtes ausgehoben worden. Das Interessante an der ganzen Angelegenheit ist, daß bei dieser Gelegenheit Herr Rechtsanwalt Dr. Alwin Saenger (der glorreiche Vorkämpfer der Räterepublik 1918) unter dem Bette dieser Dame hervorgezogen wurde.

Wie mir weiterhin mitgeteilt wird, weiß der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling von der Angelegenheit bereits Bescheid. Es soll jedoch, um die Öffentlichkeit nicht neuerdings „aufzureizen“, fragliche Angelegenheit einfach totgeschwiegen werden. Meinem Dafürhalten nach wäre es unbedingt am Platze, die Frage im „Völkischen Beobachter“ anzuschneiden und an die Regierung die Frage zu richten, was sie in diesem Falle zu tun gedenkt.

Ich bin leider gegenwärtig nicht in der Lage, den Namen jener Amtsperson, die mich von dem Fall in Kenntnis gesetzt hat, mitzuteilen, verbürge mich aber dafür, daß vorstehende Angaben auf Wahrheit beruhen und nach bestem Wissen und Gewissen von mir gemacht worden sind.“

Daß vorstehende Angaben auf Wahrheit beruhen, dafür bürgen uns auch Mitteilungen von Leuten, die bei der Aushebung dabei waren und die wir allenfalls aufmarschieren lassen werden. Es ist übrigens interessant, bei welchen Nummern der „schöne Alwin“ seine Liebesnächte verbringt. Es handelt sich um eine gewisse Frau Rueff, die mit 16 Jahren zum erstenmal geheiratet hatte und dann nach ihrer Scheidung sich zu dem Franzosenjuden Rueff gesellte, der am 5. Juni 1923 in München verhaftet wurde, am 7. Juni Konkurs machte, am 11. Juni aus der Haft entlassen wurde und am 12. Juni, mit dem Ausweisungsbefehl in der Tasche, nach Luxemburg abdampfte. Im Konkursakt, den ja Alwin Saenger sehr gut kennt, figuriert die Frau Rueff als „aus einer alten deutschen rheinischen katholischen Familie stammend“. In Wirklichkeit war sie Weinkellnerin in Wiesbaden. Doch das macht nix, denkt sich der Herr Alwin Saenger, d' Hauptsach' ist, daß ...

Aus dem Gerichtssaal

Bayerische Rechtspflege

Wer die Urteile, wie sie von den bayerischen Gerichten mitunter gefällt werden, aufmerksamer verfolgt, der wird aus dem Schütteln des Kopfes nicht herauskommen. Ganz abgesehen davon, daß bisher noch in keinem einzigen Falle ein notorischer Großschieber oder Großwucherer wirklich exemplarisch bestraft worden wäre, daß man überhaupt nur von Verurteilungen von kleinen, schwer um ihr nacktes Dasein ringenden Geschäftsleuten und Kleinbauern hört, reagieren unsere Gerichte auffallend empfindlich auf jüdische Beleidigungsklagen.

So stand unlängst vor dem **Amtsgericht zu Starnberg** der Münchener Geschäftsmann W. unter der Anklage wegen **Beleidigung eines jüdischen Amtsrichters.** W. hatte auf der Seepromenade, als der Amtsrichter schon etwa sechs Meter von ihm entfernt war, gerufen Hepp, Hepp, Hepp! Dies bezog der Amtsrichter auf sich und stellte Klage wegen Beleidigung. Dabei kam es zu folgendem charakteristischen Zwischenfall. Der Verklagte gebrauchte mit Bezug auf die Novemberverbrecher den Ausdruck kommunistische Banden, worauf ihn der Amtsrichter Brust anfuhr: Nehmen Sie diesen Ausdruck sofort zurück! Die Frage wirft sich dabei von selbst auf, zu welcher politischen Gesinnung dieser Amtsrichter sich wohl bekennen möge.

Schließlich beantragte der Amtsanwalt Dr. Pfeifer vier Wochen Gefängnis, die im Urteil auf eine Woche herabgesetzt wurden, wogegen jedoch der Amtsanwalt als zu niedrig Berufung zur Strafkammer des Landgerichts München II einlegte.

Unglaublich! Bismarck sagte als Landtagsabg. einmal, daß er den Juden kein obrigkeitliches Amt zuerkennen könne. Wäre es nicht hoch an der Zeit, die staatlichen Behörden gründlich von Juden zu säubern?

Gleich darauf kam vor demselben Gerichte folgender Fall zur Verhandlung. Der wegen Wucher und Getreidezurückhaltung angeklagte Ökonom Klemens Obermeier von Hanfeld, natürlich Mitglied der allerchristlichsten Bayerischen Volkspartei, war von der **Landeswucherabwehrstelle angezeigt** worden, weil er **seit zwei Jahren sein Getreide nicht mehr verkaufte.** Er redete sich damit aus, daß es ihm unmöglich gewesen sei, sein Getreide losschlagen zu können. Er hätte sich alle Mühe gegeben, seinen Weizen anzubringen, sogar wenn er ihn halb verschenkt hätte, würde ihm niemand den billigen, guten alten 22er Weizen abgenommen haben. Das Gericht hielt den Beweis dafür erbracht, daß er keinen Wucher getrieben und **sprach ihn frei.** Eine Berufung gegen den Freispruch legte der Amtsanwalt in diesem Falle nicht ein. Der Bruder des freigesprochenen Landwirtes ist der Oberregierungsrat Obermeier in Starnberg ...

*

Amtsvergehen. Der Eisenbahnassistent Johann Ruttmann, der früher Stationsleiter in Perlach war, entnahm in den Jahren 1921 und 1922 aus den Fahrkartenbeständen der Station öfters Blankofahrkarten, füllte den Namen auf Stationen bei München mit billigen Fahrpreisen aus und legte diesen Betrag in die Stationskasse. Diese Fahrkarten benützte er aber zu Vergnügungsfahrten nach weiter entlegenen Stationen, so Traunstein, Berchtesgaden, setzte in die wirklich benützten Fahrkarten diese Stationen und den hohen Fahrpreis ein. Um den Differenzbetrag von mehreren tausend Mark ist der Reichsbahnfiskus geschädigt. Auch benützte er zweimal Fahrkarten, die bereits abgefahren waren, und die er, anstatt abzuliefern, zurückbehalten hatte. — Der Angeklagte wurde vom Schwurgericht München zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Fahnenflucht. Am 3. Januar 1921 wurde der ledige Müller Peter Günzkofer von Kratzenschwarz, B.A. Landau, in die Reichswehr aufgenommen und vereidigt, wo er alsbald als Oberfahrer der Brückenkolonne des 7. bayer. Pionierbataillons zugeteilt wurde. Am 14. Juni 1923 hatte nun plötzlich „der Peter“ die Freude am Soldatenleben verloren, weshalb er sich von seinem Truppenteil entfernte in der Absicht, nicht mehr zurückzukehren. Günzkofer hatte sich nun wegen Fahnenflucht vor dem Schöffengerichte München zu verantworten. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er Plattfüße habe, weshalb er die großen Marschrouten nicht habe machen können, der Dienst sei ihm deshalb zu streng gewesen. Ebenso sei die schlechte Bezahlung und die schlechte Aussicht auf Beförderung Ursache gewesen, daß er seinen Truppenteil verlassen habe. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen eines Vergehens der Fahnenflucht zu drei Monaten Gefängnis.

Eine Erpressungsgeschichte. Eine hier wohnhafte Kassiererin hatte mit einem Pferdemetzger und Spezereihändler daher seit mehreren Jahund Spezereihändler dahier seit mehreren Jahren ein Liebesverhältnis unterhalten. Im Januar 1923 wurde die Kassiererin plötzlich wegen genommen, jedoch alsbald wieder entlassen. Von der Verhaftung erhielt nun der verheiratete Schlosser Alfons Kaiser von hier Kenntnis. Um sich Geld zu verschaffen, schrieb er an den Geliebten der Kassiererin einen Brief mit der Unterschrift „ein bekannter Wissender“, den er in dem Spezereigeschäfte des Geliebten durch einen jungen Burschen abgeben ließ. In dem Brief stellte er dem Liebhaber gegen sofortige Bezahlung von 25 000—30 000 M. in Aussicht, daß er die Freilassung seiner Geliebten aus der Haft herbeiführen könne und bemerkte zugleich, er werde im Falle der Nichtzahlung ihn auch wegen Anstiftung noch hereinlegen. Der Geliebte der Kassiererin bezahlte dem Überbringer des Briefes nichts, sondern verlangte, der Schreiber desselben möge selbst kommen und das Geld abholen. Auf erfolgte Anzeige hin verurteilte das Schöffengericht München den Angeklagten wegen Erpressungsversuchs zur Gefängnisstrafe von einem Monat.

Körperverletzung mit Todesfolge. Vor dem Schwurgericht sollten sich heute der ledige 24jährige Installateur Korbinian Bäcker von Tölz wegen Körperverletzung mit Todesfolge und weitere sechs bei den Elektrizitätsbauten in Altjoch am Kochelsee beschäftigte Arbeiter wegen Beteiligung an einem Raufhandel verantworten. Zur Verhandlung ist aber außer Bäcker, der verhaftet ist, nur der Zimmermann Johann Siegert von Tölz erschienen. Gegen die übrigen fünf Angeklagten wurde die Verhandlung abgetrennt. — Am 2. März nachts kam es zwischen angetrunkenen Arbeitern in und vor dem Barackenlager am Altjoch zu Raufereien, an denen sich auch Bäcker und Siegert beteiligten. Als einigermaßen Ruhe eingetreten war, ging Bäcker in seine Baracke und legte sich zu Bett. Draußen ging die Rauferei von neuem los. Als Bäcker den Lärm hörte, griff er nach seinem griffesten Messer und stürzte im Hemde hinaus, sprang in den Knäuel der Raufenden hinein und hieb mit seinem Messer blindlings um sich. Dabei traf er den Schachtmeister Hirn, der, ohne sich an der Schlägerei zu beteiligen, vor der Baracke stand. Der Stich verletzte die Schlüsselbeinschlagader und führte nach kurzer Zeit den Tod des Hirn herbei. In der Verhandlung berief sich Bäcker auf Notwehr. Das Urteil lautete für Bäcker auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, für Siegert auf 6 Monate Gefängnis.

Treibriemendiebstahl. Der 24jährige Schreiner Ernst Hoßbach von Eschwege, ein trotz seiner Jugend schon wiederholt vorbestrafter Bursche, der sich arbeitslos im Lande herumtreibt, „beglückte“ auch Bayern mit seiner Gegenwart, nachdem er mehrere Strafen in norddeutschen Gefängnissen verbüßt hatte. Auf einem Gute in Neuried wurde er vorübergehend einen Tag beschäftigt; diese Gelegenheit benützte er dazu, im August l. J. Treibriemen im damaligen Wert von 100 Mill. Mark zu stehlen, die er dann in Stücke zerschnitt und verkaufte. Bei seiner Festnahme, bei der er einen falschen Namen angab, konnte ihm noch ein Teil der Beute abgenommen werden, einen Teil übergab er dem 22 Jahre alten Hilfsarbeiter Karl Brand von Aschaffenburg zum Aufheben. Das Landgericht München II verurteilte den Hoßbach wegen Diebstahls im Rückfall zu 1 Jahr und 3 Monaten Zuchthaus, den Brand wegen Begünstigung zu 3 Monaten Gefängnis.

Bayern

Drohender Einfall aus Thüringen

Von der bayerischen Nordgrenze wird uns berichtet, daß besonders bei der ländlichen Bevölkerung starke Besorgnis wegen der Übertritte gewalttätiger Haufen aus Sachsen und Thüringen besteht. Es sind dort bereits mehrfach bayerische Staatsbürger überfallen und ausgeplündert, Haufen von 25, 40 und mehr Mann beobachtet worden. Aus Thüringen selbst sind viele Flüchtlinge, besonders im Koburger Gebiet, eingetroffen, weil in Thüringen bereits ein außerordentlich scharfer Terror gegen alle einer nationalen Gesinnung verdächtigen Elemente ausgeübt wird. Es finden Haussuchungen und Vernehmungen statt und es wird auch mit Handgranaten nach Personen geworfen, die als politische Gegner der Kommunisten und Sozialisten bekannt sind. Ein bayerischer Fabrikant aus dem Bezirksamt Teuschnitz, der durch den thüringischen Zipfel fahren mußte, um sich in Koburg Geld für seinen Betrieb zu holen, ist im Thüringischen bei Sonneberg festgenommen worden, und zwar wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er einem bayerischen nationalen Verband angehöre, was die thüringische Regierung anscheinend für ein besonders schweres Vergehen hält. Er ist nach Weimar verbracht worden und war bis zum Montag noch nicht freigelassen. Der Ruf der Grenzbevölkerung nach Sicherung durch die bayerischen Behörden ist hiernach als sehr begreiflich und berechtigt zu betrachten.

Nach diesen Mitteilungen, die man uns durchaus bestätigt, erwarten wir, daß die Grenzen gegen Sowjet-Thüringen nicht nur genügend geschützt, sondern auch der Vormarsch möglichst rasch angetreten werde.

Verbot norddeutscher Judenblätter

Der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr hat eine Verordnung erlassen, wonach der „Berliner Börsencourier“, das „Berliner Tageblatt“, die „B. Z. am Mittag“, die „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“ und die „Vossische Zeitung“ in Bayern verboten werden mit Wirkung vom 7. November an, und zwar für das ganze rechtsrheinische Gebiet. Diese Zeitungen dürfen weder feilgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angeschlagen oder sonst verbreitet, noch zum Zwecke der Verbreitung vorrätig gehalten, angekündigt oder angepriesen werden.

Die offiziöse „Bayerische Staatszeitung“ knüpft heute an dieses Verbot die Bemerkung an, daß in gewissen norddeutschen Blättern durch die unglaublichsten Lügennachrichten gegen Bayern gehetzt werde. Diese Hetze habe in der letzten Zeit Formen angenommen, die geeignet sind, die allgemeine Ruhe und Ordnung zu gefährden. Es sei daher lediglich ein Akt der Notwehr gegenüber einer verlogenen Berichterstattung, der mit dem Verbot der betreffenden Zeitungen geübt werde. Dieser Notwehrakt müsse von allen als berechtigt anerkannt werden, die der Meinung sind, daß eine Kampfesweise, wie sie in einzelnen norddeutschen Blättern gegen Bayern geübt wird, vergiftend und aufhetzend wirken und die Autorität der Staatsgewalt gefährden muß.

Und die Münchener Vertreter der verbotenen Blätter? Was geschieht mit diesen jüdischen Preßbanditen?

Ferner hat der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr das Erscheinen der Nürnberger „Morgenpresse“ auf drei Wochen, und auf die Dauer von 14 Tagen das „Volksblatt“ für Coburg und Lichtenfels verboten.

Daß die hochverräterische Marxistenpresse nicht überhaupt unterdrückt wird, ist eine der von uns immer wieder gerügten Halbheiten, in die es sich ausgezeichnet einfügt, daß nach einer „Vorwärts“-Meldung die „Münchener Post“ ab 7. November wieder erscheinen darf in der Voraussetzung, daß die Redaktion ein Entschuldigungsschreiben an Herrn von Kahr richtet, der sich durch die Atrikel, die zu dem Verbote führten, persönlich gekränkt fühlte. Die „Münchener Post“ ist diesem Wunsche nachgekommen und betont in ihrem Schreiben, daß sie ihren Kampf auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete stets nur sachlich zu führen bestrebt war im Interesse des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. Wenn sie in diesem Kampfe einen Schritt zu weit gegangen sein sollte, so sei das unter den heutigen Umständen wohl entschuldbar.

Billionen für bayerische Meuterer

Unter dieser Überschrift erfrecht sich das marxistische Hauptlügenorgan „Vorwärts“ folgendes zu schreiben:

Noch immer finden die bayerischen Meuterer Unterstützung durch die Reichsregierung! Was man nicht für möglich halten sollte ist doch Tatsache: der Meutergeneral Lossow und die auf Bayern „verpflichteten“ Reichswehrtruppen beziehen ihren Sold immer noch aus der leeren Reichskasse. Billiarden werden gewissermaßen zur Belohnung für einen bereits vor 14 Tagen vollzogenen Verfassungsbruch geschickt. Erst Mitte der abgeschlossenen Woche hat der Reichsfinanzminister eine Milliarde Mark Reichsgelder für die meuternde Reichswehr nach München transportieren lassen. Als der Reichsminister des Innern Sollmann bereits vor 10 Tagen die Reichszuschüsse für die bayerische Landespolizei sperrte, erhob der Reichsfinanzminister Einspruch, und nachdem Sollmann dem Wunsche des Dr. Luther, die Zuschüsse weiter nach Bayern zu schicken, nicht nachkam, stellte der augenblickliche Chef der Finanzverwaltung sogar einen entsprechenden Antrag im Kabinett. Im gleichen Zeitraum ließ Herr Dr. Luther die Gesetzentwürfe über den Beamtenabbau ausarbeiten! Wenn man auf der einen Seite der Beamtenschaft das Sparen als unbedingte Notwendigkeit hinstellt, auf der anderen Seite aber den Verfassungsbruch der bayerischen Regierung noch mit Billiarden bezahlt, so haben wir dafür kein Verständnis und glauben, mit uns die Mehrheit des Volkes auch nicht!

Meuterer! Just aus dem Munde eines solchen Blattes! Wir halten es für selbstverständlich, daß die bayerische Reichswehr diesen ihr vom „Vorwärts“ verliehenen Titel als Ehrennamen tragen wird. Mit welchem Titel gedenkt der „Vorwärts“ fürderhin die roten Etappen- und Hinterlandsstrolche in Uniform zu bezeichnen, die als ausführende Organe des Judentums unserer unbesiegten Front den Dolchstoß von rückwärts versetzten? Wahrscheinlich als Ehrenmänner. Meuterer sind nur die, die sich jetzt anschicken, den jüdisch-sozialistischen Saustall, genannt Novemberrepublik, auszuräuchern — nach dem Wörterbuch des „Vorwärts“. Wir können es ertragen. Die bedruckten Papierfetzen hätte übrigens der Reichsfinanzminister ruhig in Berlin zurückhalten können. Wertloses Papiergeld können wir uns zur Not in Bayern selber drucken. Unsere brave Reichswehr diesseits und jenseits der weiß-blauen Grenzpfähle hat übrigens schon längst den marxistischen Währungsbetrug erkannt und wird für die Novemberverbrecher keinen Finger rühren.

Die dritte Episode Stresemanns

Zur innerpolitischen Lage schreibt die Bayer. Volksparteikorrespondenz u. a.: Die Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Stresemann gehen anscheinend dahin, aus dem jetzigen Rumpfkabinett ein drittes Kabinett Stresemann zu schaffen. Aber selbst wenn es Stresemann gelingen sollte, sich noch einmal zu behaupten, so trüge dieses Notkabinett noch mehr als das erste und zweite Kabinett episodenhaften Charakter. Auf jeden Fall aber besteht für die Parteien, die dem Reichskanzler Stresemann bisher in scharfer Opposition gegenübergestanden sind, kein Anlaß, in irgendeiner Form mitzuwirken, daß der dritte und wohl der letzte Akt der Stresemannschaften Kanzlerschaft zur Ausführung kommt.

Und wie denkt sich die genannte Korrespondenz das, was nach der dritten Episode des Kabinetts Stresemann kommt?

Judenaustreibung aus Bayern

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Jüdische Rundschau“ u. a. folgendes:

Am 17. Oktober erschienen frühmorgens gleichzeitig je vier Kriminalbeamte bei fast allen in München lebenden Ostjuden und nahmen in den Wohnungen Hausdurchsuchungen vor. Es wurde dabei eine regelrechte Bestandaufnahme über das Vermögen des Betroffenen und ein Protokoll über seine ganze bisherige Lebenshaltung aufgenommen. Das Verhalten der Beamten bei diesen Amtshandlungen war nach den vorliegenden Meldungen im allgemeinen einwandfrei.

Am 20. Oktober wurden vierzig Ausweisungsbefehle erlassen, welche auf eine Frist von 14 Tagen lauten. Die Befehle haben alle den folgenden Wortlaut:

Beschluß: X. Y. wird hiermit mit seiner Frau: geb. . . . und seinen Kindern . . . aus München und dem Freistaat Bayern ausgewiesen. Gebühren bleiben außer Ansatz, die Kosten des Verfahrens und der Ausweisung fallen den Ausgewiesenen zur Last. Gründe: . . . es folgen dann irgendwelche beliebige Scheingründe, z. B. irgendeine Polizeistrafe vor langer Zeit. Ein besonders krasser Fall: Der Betroffene war auf Grund der Denunziation eines Nationalsozialisten eines Raubmordes verdächtigt worden; der wirkliche Mörder wurde aber inzwischen abgeurteilt, so daß die Anklage gegen den Ostjuden wegen völliger Haltlosigkeit der Beschuldigung niedergeschlagen wurde. Vielfach war die einzige Begründung die, daß die Betroffenen vor Jahrzehnten in ärmlichen Verhältnissen eingewandert seien, nun aber reich seien, „daß sie also verstanden haben, sich während der tiefsten Not des deutschen Volkes zu bereichern“. Nirgendwo fehlt der Schluß: X. Y. sei also ein gefährlicher Schädling des deutschen Volkes, der eine Wiedergesundung des deutschen Volkes behindere und demgemäß auszuweisen sei. Es folgen dann noch die Angaben der rechtlichen Bestimmungen, auf die sich die Ausweisungen stützen: die Verordnungen des Gesamtstaatsministeriums über den Ausnahmezustand; die verschiedenen Erlässe des Generalstaatskommissars v. Kahr; dann wird gleichzeitig auf Grund des Erlasses vom 17. Oktober des Generalstaatskommissars die Beschlagnahme der Wohnung des Ausgewiesenen ausgesprochen. Als Rechtsmittel wird angegeben, eine bei der Polizeidirektion einzureichende Beschwerde an den Generalstaatskommissar innerhalb dreier Tage, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Falls eine Beschwerde eingereicht wird, tritt die Wohnungsbeschlagnahme am Tage des die Beschwerde verwerfenden Bescheides des Generalstaatskommissars in Kraft. Gezeichnet sind die Ausweisungsbefehle vom Polizeipräsidenten Mantel und für die beglaubigte Unterschrift vom Kriminaloberkommissar Prohaska.

Außer in München sind derartige Ausweisungsbefehle auch in anderen bayerischen Städten ergangen.

Infolge der Ausweisungen hat sich der in München lebenden Juden große Erregung bemächtigt. Eine Intervention beim Leiter des Fremdenamtes der Münchener Polizeidirektion hatte kein Resultat. Dieser bezeichnete im Gegenteil es als Vergünstigung, daß die zunächst für drei Tage vorgesehene Ausweisungsfrist auf vierzehn Tage verlängert worden ist. Interventionen beim Minister für Soziale Fürsorge und beim Handelsminister waren resultatlos. Ein Protest des Industriellen-Verbandes blieb wirkungslos. Die Ausweisungen wurden fortgesetzt. **Die Betroffenen sind zumeist polnische Staatsangehörige.** Der polnische Generalkonsul hat seiner Empörung über die Vorgänge Ausdruck gegeben und erklärt, daß er nicht glaube, daß seine Regierung gegen dieses Vorgehen keinen Widerspruch geltend machen werde. Die Warschauer Regierung wurde vom Konsulat sogleich eingehend informiert. (Diese Drohung mit Polen beweist wieder einmal, wie wenig sich die Juden, trotz gewissener Versicherungen, aus Zweckmäßigkeitsgründen als Deutsche fühlen. Die Schriftl.)

Ausgewiesen wurden ferner in zwei Fällen auch reichsdeutsche Juden nichtbayerischer Landeszugehörigkeit. Die Münchener Behörden scheinen also der Ansicht zu sein, daß auch die reichsdeutschen nichtbayerischen Juden ausgewiesen werden dürfen.

In politischen Kreisen wird behauptet, daß diese Austreibung der Preis sei, um den der augenblickliche Friede zwisch enHitler und Kahr erkauft worden sei. Hitler hätte sich nur durch die Darlegung der wirtschaftlichen Folgen des von ihm verlangten Vorgehens davon abbringen lassen, daß die Ausweisungsaktion sich gleichzeitig auf alle Juden erstrecke und sich damit zufriedengestellt, daß diese Ausweisung etappenweise erfolge. Ausgewiesen sind bisher 70 Familien. Die Ausweisung weiterer 200 Familien ist zu erwarten.

Die Ausgewiesenen sind wirtschaftlich zugrundegerichtet, da bei den großen und weitverzweigten Betrieben, die manche besitzen, eine Liquidation innerhalb von vierzehn Tagen undurchführbar ist. Es kommt hinzu, daß das Finanzamt die Ausgewiesenen als Auswanderer ansieht und zur Sicherung der Steuern für mehrere Jahre hinaus Vermögensbeschlagnahme vorsieht. Ein Teil der Ausgewiesenen ist mittellos und besitzt nicht einmal die Übersiedlungskosten.

Heil Euch, Ihr bayerischen Brüder!

Es treibt uns aus heißem Herzen, wir wir müssen zu Euch sprechen. Die Not unseres geliebten Vaterlandes kennt keine Grenzen mehr. Das Elend schreit zum Himmel. Täglich brechen auf der Straße Volksgenossen vor Hunger zusammen, und das alles trotz der Billionenscheine. Man hat uns die Sklavenketten des Dollars umgewunden, so daß wir verzweifelt fragen, gibt es überhaupt noch einen Ausweg? Wir haben Ruhe und Ordnung gehalten, als Belohnung dafür verhungern unsere alten Mütter und Väter. An unseren Bräuten frönt das schwarze Viehzeug am Rhein und Ruhr seiner Wollust. Wie lange wollen wir noch die Faust in der Tasche ballen? In diesen düsteren Tagen blicken wir voll Stolz und Hoffnung auf Euch. Ein trotziges Nein dem Lumpen an der Ruhr entgegengesetzt, das kann vielleicht noch zum Lichtblick für uns werden. Lieber aber im letzten Heldenkampfe zugrunde gehen, als Schuhlecker der Franzosen werden. Brüder, bei Euch ist der Hort des völkischen Deutschtums. Hütet ihn wohl, Ihr Nibelungen! Wir werden stets an Eurer Seite stehen. Es lebe unser deutsches Volk. Es lebe unser heißgeliebtes deutsches Vaterland.

Aschersleben, 1. November.

Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Verbände. Landesverband Alt-Sachsen.

Hungerlöhne in München

Die Hungerlöhne der Aufsichtsbeamten bei den Münchener Banknotendruckereien Mühlthaler, Oldenburg, Parkus, Meisenbach, Riffarth & Co. und Gebr. Obpacher werden trotz unserer Besprechungen nicht nur weiter gezahlt, sondern sie werden von Tag zu Tag noch schlechter.

Die Aufsichtsbeamten, welche die Reichsbank stellt und die, welche die Firmen stellen, machen gemeinsam zusammen denselben Dienst und haben die gleichen Vorschriften zu erfüllen, das Vertragsverhältnis ist auch das gleiche, sie können täglich entlassen werden. Die Aufsichten der Reichsbank werden nach Tarif von der Reichsbank wöchentlich bezahlt. Die letzte Woche erhielt ein Aufsichtsbeamter der Reichsbank nach Abzug aller Unkosten zirka 20 Milliarden bar ausbezahlt, ein Aufsichtsbeamter der betreffenden Firmen dagegen nur zirka 4½ Milliarden Mark.

Wenn sich in der Druckerei einmal ein Bogen Banknoten (zur Zeit hohe Noten) verläuft, so heißt es gleich: wozu ist die Aufsicht da. Der Verdacht, daß dann diese Aufsicht diese Noten verschwinden ließ, läge sehr nahe, denn wenn sich diese Beamten für ihre „Bezahlung“ nicht einmal ein Brot, das Allernotwendigste, mehr leisten können, so wäre es begreiflich, wenn sie sich auf die andere Art zu ihrem Lohn verhelfen würden, bevor sie vollständig verhungern, wenn diese Beamten nicht **moralisch weit** über diesen „Brotherren“ stehen würden.

Da diese Firmen auf die Notrufe der zirka 60 Aufsichtsbeamten einfach pfeifen, so wäre der Betriebsrat der Banknotenabteilung und die Direktion der Reichsbankstellen geradezu verpflichtet, hier unbedingt Ordnung zu schaffen, denn die Reichsbank ist die Auftraggeberin und hat über die Betriebe die Oberaufsicht.

Nachdem wir schon zum drittenmal an dieser Stelle diese unglaublichen Zustände vergeblich beleuchten, so muß man sich fragen, wo bleibt hier die Oberaufsicht, das Reichsbankdirektorium? Wenn die Direktion die unhaltbaren Zustände kennt, so hat sie pflichtgemäß diesen Skandal abzuschaffen, denn es werden für sie Banknoten und keine Prospekte gedruckt, sie darf die Regelung der Angelegenheit nicht mehr den Firmen überlassen, weil diese die Verantwortung tragen. So zahlen sie die Hungerlöhne weiter und bringen die Leute um ihren verdienten Lohn.

Das organisierte Druckerpersonal erhält am Freitag seinen Lohn, am Montag die Nachzahlung und am Dienstag einen Vorschuß, die Aufsichtsbeamten dagegen erhalten nur Samstag nachmittags ihren Lohn, so daß dieselben an diesem Tag meistens nichts mehr kaufen können, weil die Schicht bis 3 Uhr und 11 Uhr nachts dauert, und am Montag die Ware im Preise bekanntlich gewaltig wieder gestiegen ist, so daß sie, wie am letzten Samstag, für ihren Wochenlohn von sechs Arbeitstagen im Gesamtbetrage von 3,72 Milliarden gerade noch für die ganze Woche drei Pfund Brot kaufen konnten; das nannten diese „Brotgeber“ — soziales Verständnis und wundern sich, daß der „Völkische Beobachter“ in diese unerhörte Ausgaunerung von Arbeitern hineinleuchtet und sie an den Pranger stellt! Dabei erhält ein erwerbsloser Mann mit Frau für dieselbe Woche an Unterstützungsgebühr von der Erwerbslosenfürsorge 13 Milliarden Mark bar ausbezahlt; außerdem noch Verbilligung der Milch (die Hälfte), dann Zuschüsse für Gas, Brot, Fett und Brennmaterialien.

Eigentlich wäre angesichts dieser **einzig dastehenden Ausbeutung** von verschämten Armen aus dem Stande der geistigen Berufe eine Einmischung des Sozial-Ministeriums am Platze, denn hier handelt es sich jetzt nicht mehr um Hungerlöhne, sondern um etwas ganz anderes. Der Direktor Eilhauer von der Mühlthalerschen Druckerei hat für viele notleidende Familienväter einen Gehalts-Inder aufgestellt, welcher unter polizeiliche Kontrolle gestellt gehört, besonders wo sich die Firmeninhaber und dessen Scharfrichter am Wohlleben rein gar nichts abgehen lassen und sich allerhand Seitensprünge in Bars usw. erlauben können. Alles auf Kosten dieser „Angestellten“. Denn diese Herren sehen alle wohlgenährt aus, während man den Aufsichtsbeamten den Hunger schon von weitem ansieht, da Brot und frisches Wasser die einzige Nahrung sind, welche sie sich leisten können!

Wie Ostjuden Wohnungen erhalten

Der galizische Jude Gezel Günzig, verh. Kaufmann aus Brzesko in Galizien, verschaffte sich 1919 ein ärztliches Zeugnis, auf Grund dessen er eine Einreise für die Dauer von 6 Wochen zum Kuraufenthalt in Kissingen in Bayern erhielt. Ihm war es aber nicht um eine Kur, sondern um einen vorerstigen Zuzug nach Bayern zu tun, denn nicht nach Bad Kissingen, sondern nach Fürth i. B. verlegte er seinen Wohnsitz von Berlin aus, wo er bereits vorher nach eigenen Angaben ein möbliertes Zimmer innehatte. Von Fürth aus begann seine Kur. Er bereiste nordbayrische Städte und das ganze Deutschland und kaufte zusammen, was er an Edelmetallen nur erwischen konnte, im besonderen war er aber auf Gold- und Silbermünzen scharf. In Hof i. B. konnte er kurz nacheinander zweimal gefaßt und dem Richter zugeführt werden. Bei seinem dreckigen Geschäfte hatte er eine vom Stadtrat Fürth i. B. ausgestellte Legitimationskarte bei sich, ausweislich derselben er zum Aufkauf von Rohprodukten für die Firma Markus Mandel in Fürth i. B. berechtigt war.

Günzig blieb aber nicht nur sechs Wochen in Bayern, nein, er wohnt heute noch in Fürth und hatte vor einiger Zeit dort in der Schwabacherstraße 8 eine glänzende Wohnung inne, er sitzt also heute fest im Lande, er hat bald eine Wohnung gehabt, während andere deutsche Staatsbürger mitunter jahrelang auf eine solche warten können.

Kauft nur bei Deutschen!

Bayern und die Grenzlande

Dillingen. (Die wahnsinnigen Bahntarife.) Die unerträgliche Wirkung der neuen Bahntarife wird von der „Donauzeitung“ durch die Mitteilung illustriert, daß Arbeiter aus dem Württembergischen, die in Dillingen beschäftigt sind, am Samstag zur Rückfahrt auf der Härtsfeldbahn ihre Wochenkarte lösen wollten, zu ihrem Erstaunen erfahren mußten, daß die ganzer Wochenlohn nicht ausreichte, sich diese Karte zu beschaffen. — Alles Auswirkung des Novemberverbrechens!

Dillingen. (Schweineseuche.) In Bergheim ist unter den Schweinebeständen die Rotlaufseuche ausgebrochen, die unheimlich um sich greift und in wenigen Tagen einen Billionenschaden verursacht hat.

Mühldorf. (Aushebung einer Kommunistenversammlung.) In Tüßling wurde eine Kommunistenversammlung von der Gendarmerie ausgehoben. Die meisten Versammlungsteilnehmer ergriffen die Flucht, ein Münchner Führer und seine Begleiterin wurden festgenommen.

Rosenheim. (Edle Tat.) Gestern hat hier der Bäckermeister M. Ranft für zwei Billionen Mark Schwarzbrot gebacken und dies an die Armen der Stadt verteilt.

Würzburg. (Frontkriegerbund „Franken“.) Soeben ist in Würzburg durch einige tatkräftige Frauen und Männer der Frontkriegerbund „Franken“ gegründet worden, der in der alten, ruhmreichen Mainstadt seinen Sitz haben soll. Auf deutschvölkischer und christlicher Grundlage erstrebt er die Vereinigung der alten Frontkämpfer, die sonst so manchen grimmigen Strauß mit dem Feinde bestanden haben, heute aber noch keinem Verbande aktiv angehören. Ehemalige Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere, Ärzte, Sanitäter und Musiker, Landwirte, Arbeiter, Geschäftsleute, Bürger und Beamte stehen Seite an Seite in seinen Reihen, soweit sie noch gewillt sind, von neuem in Treue den altbewährten Frontkämpfergeist im Sinne völkischer Wehrgemeinschaft zu pflegen. Schon ist der erste Aufruf ergangen und hat sich eine erfreuliche Schar in Würzburg um die Gründer des Bundes gesammelt. Darum auf, Kameraden, die ihr noch den Geist der Helden von 1914 in die Tat umzusetzen gedenkt! Schließt euch deshalb ringsum zusammen und gründet Ortsgruppen des Frontkriegerbundes „Franken“ in allen Städten und Ortschaften unseres herrlichen Frankenlandes! Lokal: Platzscher Garten, Würzburg.

Kufstein. (Absturz im Wilden Kaiser.) Am Sonntagvormittag ist der 15 Jahre alte Oberrealschüler Ernst Wolfgang Lauber aus München bei einer Tour am Totenkirchl, die er allein unternommen hatte, abgestürzt. Die Bergung der Leiche wurde durch Mitglieder der alpinen Rettungsabteilung der Sektion Kufstein bewerkstelligt.

Isny. (Verhaftung.) Hier wurden die drei Vorstandsmitglieder der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank verhaftet. Der Grund dürfte vorläufig der Besitz von Devisen sein, die nicht angemeldet waren.

Weiblingen (Württbg.). (Ein neuer Bezugspreis.) Das „Volks- und Anzeigenblatt“ in Winnenden hat mit den Weingärtnern eine neue Art von Bezugspreis durch Naturalzahlung vereinbart, indem es für die beiden Monate November und Dezember für je einen halben Liter Wein zu haben ist.

Ulm. (Butterbeschlagnahme.) Schutzpolizei beschlagnahmte am hiesigen Bahnhof am Freitag 20 Zentner Butter, die in der Nähe zu gewinnsüchtigem Zwecke zurückgehalten wurde. Die Butter war teilweise schon verdorben.

Dienstesnachrichten

Ministerium des Innern.

Vom 1. November 1923 an werden: a) bei der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth in etatmäß. Eigenschaft ernannt zu Polizeioberinspektoren städt. Verwaltungsamtmann Karl Steuringer in Nürnberg, die städtischen Polizeioberinspektoren Hans Reck in Nürnberg, Hans Dirscherl in Nürnberg, Georg Steigleder in Nürnberg, Heinrich Hofmann in Nürnberg, Ernst Daumenlang in Nürnberg, Hans Löw in Nürnberg;

zu Polizeioberkommissären: die städtischen Verwaltungsinspektoren Ludwig Gumann in Nürnberg, Mathias Eberhardt in Nürnberg, Georg Quenzler in Nürnberg, August Röck in Nürnberg, Joseph Schork in Nürnberg, August Bieberich in Nürnberg, Heinrich Bäselsöder in Nürnberg, Christian Vogel in Nürnberg, Wilhelm Großberger in Nürnberg, Georg Mittemeyer in Nürnberg, Karl Rausch in Nürnberg, Johann Hirschmann in Nürnberg; die städt. Polizeiinspektoren Theodor Stiegler in Nürnberg, Reinhold Wagner in Nürnberg, Hans Arneth in Nürnberg; die städt. Verwaltungsinspektoren Ludwig Schnös in Nürnberg und Christian Kandel in Fürth;

zu Kriminaloberkommissären: die städt. Polizeiinspektoren Hans Hofmann in Nürnberg, Adolf Semmer in Nürnberg, Florian Lößlein in Nürnberg, Sigmund Stegmaier in Nürnberg, Valentin Roderer in Fürth;

zu Polizeikommissären städt. Polizeikommissär Friedrich Fuchs in Nürnberg; die städt. Obersekretäre: Markus Krauß in Nürnberg, Karl Schubert in Nürnberg, Christian Wösch in Nürnberg, Hans Lacher in Nürnberg, Christoph Voigt in Nürnberg, Karl Widerspick in Nürnberg, Karl Enßner in Nürnberg, Joseph Schlicht in Nürnberg, Friedrich Bauer in Nürnberg, Georg Barth in Nürnberg, August Müller in Nürnberg, Karl Wurster in Nürnberg, Hans Stieglitz in Nürnberg, Andreas Heid in Nürnberg, Paul Walz in Nürnberg, Konrad Herbelsheimer in Nürnberg, Friedrich Stiel in Nürnberg, Georg Strobel in Nürnberg, Ludwig Kuhse in Nürnberg, Georg Herl in Nürnberg, Friedrich Baier in Nürnberg, Ferdinand Hommel in Nürnberg, Richard Müller in Fürth, Hans Reusinger in Fürth, Ernst Unger in Fürth;

zu Kriminalkommissären: die städt. Kriminalkommissäre in Nürnberg Gottlieb Krapf, Jakob Vetter, Georg Reck, Joseph Stich, Valentin Fickenscher, Reinhard Schlick, Konrad Riehlein, Christian Schweizer, Joseph Maier, Johann Holzmüller, Friedrich Hain, Lorenz Groß, Friedrich Kaufmann, Joseph Mayr, Wolfgang Ruckdäschel, Joseph Lambert, Peter Handschuh, Johann Künzel, Mathias Lipperer, Klement Wächter, Georg Schmitt; die städt. Kriminalkommissäre in Fürth: Georg Kohl, Friedrich Weber, Franz Hirsch, Joseph Leitl;

zum Polizeisekretär: den Stadtsekretär in Fürth Sixtus Gebert;

zu Kriminalsekretären: die städt. Kriminalsekretäre in Nürnberg Andreas Forster, Friedrich Dreßler, Emeran Scharnagl, Gustav Späth, Georg Rauh, Georg Kauper, Michael Schlenk, Karl Weisensel, Alexander Stühler, Johann Zeus, Johann Stahl, Martin Braun, Erich Fischer, Albert Ferch, Johann Klein, Paul Stöber, Peter Diemer, Johann Rieß, Friedrich Walther, Lorenz Arnold, Gottfried Sandl, Georg Ott, Pankraz Kröner, Friedrich Brunner, Wilhelm Krachhardt, Friedrich Sonke, Johann Rotter, Xaver Vogl, Ernst Köstner, Felix Häckner, Friedrich Mertelmeier, Johann Geißer, Georg Reitter, Joseph Zerle, Friedrich Binder, Adam Geißler, Johann Schmer, Friedrich Steinacker, Konrad Schübel, Martin Kunzmann, Adam Imhof; die städt. Kriminalkommissare in Fürth Joseph Schlund, Ernst Weigel, Hans Bartmann, Kaspar Pensel, Wolfgang Rießner, Paulus Rößler, Ulrich Bergler, Konrad Rupprecht, Julius Geis, Jobst Baier, Peter Stumpfner, Johann Christgau, Ernst Roschmann; die städt. Kriminalsekretäre in Fürth Johann Zorn, Paul Denk, Johann Scherzer, Ludwig Müller;

zu Kanzleiobersekretären: die städt. Kanzleiobersekretäre in Nürnberg Emanuel Deggendorfer, Johann Baptist Müller, Georg Loos, Julius Pranz, Johann Baptist Bauer;

zu Polizeiassistenten: die städt. Oberassistenten in Nürnberg Wilhelm Porzelt, Franz Kiener, August Wagner, Friedrich Denzler; der städt. Verwaltungsassistent in Fürth August Kropp; die städt. Verwaltungsassistenten in Fürth Konrad Scharf, Friedrich Keim; die Polizeisekretre beim Kommando der Landespolizei Nürnberg-Fürth Hans Pilhofer, Wilhelm Gundermann; der Polizeihauptwachmeister beim Kommando der Landespolizei Nürnberg-Fürth Louis Zellhöfer;

zu Kriminalassistenten: die städt. Kriminalassistenten in Nürnberg Julius Ziegler, Lorenz Weiß, Michael Plößner, Konrad Geiger, Andreas Stauber, Gottfried Treutlein, Joseph Englmann, Ludwig Würstl, Georg Veith, Wolfgang Semmelmann, Michael Schönleben, Hans Schug, August Rees, Paul Ohler, Paul Wolter, August Hamm, Friedrich Nießer, Georg Binninger, Peter Fasching, Johann Stumptner, Georg Geimann, Joseph Eder, Wolfgang Rößler, Georg Kuntermann, Paul Sandmann, Ludwig Koch, Alois Rupprecht, Hans Wagner, Georg Baierl, Karl Dehmer, Wilhelm Kraus, Heinrich Pörtner, Johann Hollmann, Fritz Kammerer, Johann Meßbacher, Johann Neupert, Otto Rauch, Johann Schuck, Baptist Weber, Johann Wunderlich, Joseph Zoglmeier; die städt. Kriminalassistenten in Fürth Georg Gugel, Johann Popp, Johann Metz, Johann Krauß; die städt. Oberwachtmeister in Nürnberg: Joseph Reger, Friedrich Frei, Joseph Haber, Pankraz Knaus, Ludwig Bald, Kurt Michaelis;

zu Kanzleisekretären: die städt. Kanzleisekretäre in Nürnberg: Johann Mayer, Anton Deinzer, Johann Schuberth, Wilhelm Oster, Michael Röckl, Karl Seidl, Johannes König, Friedrich Huppert, Johann Hofmann; der städt. Kanzleisekretär in Fürth: Heinrich Danner;

zu Kanzleiassistenten: die Stadtratsassistenten in Nürnberg: Philipp Alfa, Hans Fuchs, Hans Benkert, Max Gastpar, Ferdinand Kießling, Wilhelm Meinecke, Franz Zagskorn, Hans Mohr, Hans Auer, Rudolf Buxhorn, Erhard Topf, Hans Sperber, Rudolf Ott, Ernst Beck, Wilhelm Güttenberger; der städt. Kanzleiassistent in Fürth: Karl Schaller; der städt. Oberoffiziant in Nürnberg: August Unger; zu Kanzleiassistentinnen: die Stadtratsassistentinnen in Nürnberg: Margarete Treutlein, Babette Dotzauer, Elise Hirschmann, Kätchen Siebenwurst, Wanda Hertlein, Johanna Rauß.

Bezirksämter. Vom 1. Nov. an werden in etatmäßiger Weise der Bezirksamtmann Dr. Alfons Trunk in Naila auf Ansuchen an das BA. Nürnberg in gleicher Diensteseigenschaft versetzt; zum Bezirksamtmann in Naila der Regierungsassessor bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., Dr. Hans Wöhrl, ernannt.

Staatsbauverwaltung. Vom 1. Nov. an werden in etatmäßiger Weise befördert der Bauamtssekretär bei dem Landbauamte Würzburg, Franz Kunkel, zum Regierungsobersekretär bei dem Landbauamt München Simon Haslberger in gleicher Diensteseigenschaft an das Landbauamt Traunstein, der Kanzleiassistent bei dem Landbauamt Traunstein Karl Dengel in gleicher Diensteseigenschaft an das Landbauamt Würzburg; dem Bauamtssekretär außer dem Stande bei der Staatlichen Bauleitung für das Walchenseewerk in Kochel, Julius Eckart, der Titel und Rang eines Bauamtsobersekretärs verliehen. Vom 1. Nov. an in etatmäßiger Eigenschaft ernannt zum Kanzleiassistenten der Hilfsassistent bei dem Straßen- und Flußbauamt München, Klemens Bräu, bei diesem Amte; in etatmäßiger Weise berufen in gleicher Diensteseigenschaft der Sekretär bei dem Neubauamt Regensburg für den Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau, Matthäus Schumm, an das Straßen- und Flußbauamt Nürnberg; der Kanzleiassistent bei dem Straßen- und Flußbauamt Nürnberg, Jakob Arnold, an das Straßen- und Flußbauamt Schweinfurt.

Höheres Lehramt. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 1. Nov. l. J. an der im zeitlichen Ruhestand befindliche mit Titel und Rang eines Oberstudienrates ausgestattete Studienprofessor Dr. Gustav Heumann am Theresien-Gymnasium in München in etatmäßiger Eigenschaft wieder angestellt; vom 1. Nov. an der Oberstudiendirektor des humanistischen Gymnasiums Bayreuth Dr. Karl Reff auf Grund des Artikels 47 Ziffer 1 des Beamtengesetzes auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt, der Oberstudienrat des humanistischen Gymnasiums Bayreuth, Karl Hartmann, zum Oberstudiendirektor an dieser Anstalt in etatmäßiger Weise ernannt; der Studiendirektor mit dem Titel Oberstudienrat des Progymnasiums Neustadt a. A., Dr. Alfons Kalb, zum Oberstudienrat am humanistischen Gymnasium Bayreuth in etatmäßiger Weise ernannt; der Studienrat mit dem Titel Studienprofessor des Wilhelmsgymnasiums in München, Dr. Paul Kegler, zum Studiendirektor am Progymnasium Neustadt a. A. in etatmäßiger Weise ernannt; der Studienrat des humanistischen Gymnasiums Burghausen, Hermann Poschenrieder, auf sein Ansuchen an das Wilhelmsgymnasium in München in etatmäßiger Weise versetzt.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen

Mittwoch, den 7. November 1923:

Sekt. Westend: Sprechabend im Mathäserbräustüberl, Gollierstr. Beginn 8 Uhr abends.

Sektion Schwabing: Sprechabend im Gasthaus „Arcisgarten“, Ecke Arcis-Schellingstraße.

Donnerstag, den 8. November 1923:

Sektion Sendling: Sprechabend im Gasthaus „Khidlerburg“, Sendling, Ecke Khidler-Oberländerstraße. Beginn 8 Uhr abends.

*

Ortsgruppe Planegg (Krailling, Gräfelfing). Der Sprechabend am Mittwoch (bei Bolm) fällt aus, dafür findet am Samstag, den 10. November, eine öffentliche Versammlung in der Restauration „Gräfelfing“ mit einem Redner aus München statt.

Solln und Umgebung. Am Donnerstag, den 8. Nov., abends 8 Uhr im Gasthaus z. Hirschen außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Neuwahl. Zutritt nur Mitglieder gegen Ausweis. Erscheinen ist Pflicht.

Bund völkischer Lehrer Deutschlands

Lehrende aller Schulen,

wißt, daß ihr nicht um euer selbst willen in eurem Berufe steht, sondern um des Volkes und des Staates willen. Ihr habt das Heiligtum der Nation in Händen, die deutsche Jugend. Ihr seid die Gralsritter [illegible].

Besucht die Versammlung des Bundes völkischer Lehrer Deutschlands am Mittwoch, den 7. November, im Nebenzimmer des Restaurants Domhof, Kaufingerstraße.

Es spricht: Herr Dr. Leopold Weber über: Die Mythen unserer Ahnen.

Heil!

Der Geschäftsführer für den Gau Bayern: Lehrer Franz Kilger, Birlerstraße 37 2 r.

Fernsprecher — Funker!

Seid ihr schon bei der Nachrichtenabteilung der N.S.D.A.P.? Alle technisch vorgebildeten Leute werden im Nachrichtenwesen ausgebildet. Meldung schriftlich oder persönlich bei H. Weiß, Landsbergerstraße 5/I.

*

Ortsgruppe Freising. Am Donnerstag, den 8. November 1923, „Paradies“ Sprechabend, zu dem alle Mitglieder des Kampfbundes Reichsflagge eingeladen sind.

*

Warnung!

An alle Ortsgruppen und Parteifreunde zur Kenntnis, daß ein F. Ernst W. Dietrich, Elektrotechniker aus Münchberg, wegen Unzuverlässigkeit aus der hiesigen Ortsgruppe ausgeschlossen wurde. Genannter trägt verschiedene völkische Parteizeichen und auch den Sowjetstern, nur um persönlicher Vorteile willen.

Ortsgruppenleitung Freising.

Parteigenosse!

Bist du schon Mitglied des Deutschen Kampfbundes? Wenn nicht, melde dich sofort beim

Stoßtrupp Hitler

Anmeldungen täglich 9—12 und 3—6 Uhr im Zigarrengeschäft Berchtold, München, Tal 54.

Handel
Finanz- und Wirtschaftspolitik

Um die Erwerbslosenfürsorge

Die Arbeitnehmerschaft, soweit sie krankenversicherungspflichtig ist, ist mit einer neuen Belastung geglückt worden. War es schon übermäßig, die Krankenkassenbeiträge auf 10% des Lohnes heraufzusetzen, so muß man die neue Belastung als geradezu unerhört bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß alles um den Angestellten und Arbeiter herum nach Goldmark, zum Teil nach den doppelten Friedenspreisen, rechnet, während dieser froh sein würde, wenn sein Gehalt bzw. Lohn einigermaßen sich an den Tagespreis der Lebensmittel, im Durchschnitt genommen, angleichen würde.

Durch Verordnung vom 15. Oktober (RGBl. 1923 I, Nr. 946) sind für die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge von den versicherungspflichtigen Krankenkassenmitgliedern und deren Arbeitgebern je zur Hälfte bestimmte Hundertsätze des Kassenbeitrages als Beitrag für die Erwerbslosenunterstützung zu entrichten, deren Höhe von dem Verwaltungsausschuß des örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweises festgesetzt wird. Über je 10% des ganzen Kassenbeitrages (einschließlich Arbeitgeberdrittel) für Arbeitgeber und Arbeitnehmer darf dabei jedoch nicht gegangen werden, d. h. ein Arbeitnehmer verdient 300 Millionen, 10% Kassenbeitrag gleich 30 Millionen. Von diesem Beitrag sind 10% vom Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen gleich 3 Millionen, ebensoviel hat der Arbeitgeber zu zahlen, beide zusammen also 2% des Arbeitsverdienstes.

Warum zieht man nicht diejenigen zur Beitragsleistung heran, die durch ihre Machenschaften auf der Börse die Markentwertung herbeigeführt haben?! Die Banken haben noch die wenigsten Beiträge für soziale Fürsorge geleistet. An ihnen wäre jetzt die Reihe, die Opfer ihrer selbstischen Gewinnsucht zu entschädigen.

Durch die Heranziehung der Krankenversicherungspflichtigen zur Beitragsleistung hat man diejenigen Kreise der Bevölkerung treffen wollen, deren wirtschaftliche Stellung am schwächsten und unsichersten von allen Verdienenden ist, aus denen die Empfänger der Erwerbslosenfürsorge also meist stammen. Man hat auf diese Weise tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, eine Erwerbslosenversicherung eingerichtet, einen neuen Zweig der Sozialversicherung.

Die Arbeitnehmerschaft würde auch die neue Belastung ertragen. Sie hat sich schon an so viele Abzüge vom Arbeitsverdienst gewöhnen müssen, daß sie auch diesen neuen Abzug hinnehmen würde. Zwei Bedenken aber hat sie. Das eine liegt in der mit voller Berechtigung auf Grund der in den nachrevolutionären Zeiten gemachten Erfahrungen aufzustellenden Frage, ob die von ihr schwer erarbeiteten Beiträge auch tatsächlich den Erwerbslosen zugute kommen, oder ob sie nicht bloß zur Besoldung von Beamten verwandt werden, wie das bei der Wohnungsbauabgabe und zum großen Teil bei den Krankenkassen der Fall ist. Das zweite Bedenken liegt in den Personen der sattsam berüchtigten Erwerbslosen selber. Weiter kann man auch gelinde Zweifel daran hegen, daß diejenigen, die jetzt die Beiträge zu zahlen haben, im Falle der eigenen Erwerbslosigkeit auch wirklich etwas aus der Fürsorge erhalten.

Auch die Gemeinde, die den öffentlichen Arbeitsnachweis zu errichten hat, muß etwas zu den Kosten beitragen, aber nur bis zu einem Viertel der von Arbeitgebern und -nehmern gezahlten Beträge. Mehrere Gemeinden können sich zu „Gefahrengemeinschaften“ zusammenschließen, die auf dem Grundsatz Einer für Alle, Alle für Einen aufgebaut sind. Diese Gefahrengemeinschaften finden wir in allen Zweigen der Sozialversicherung, am ähnlichsten bei den Trägern der Unfallversicherung, den Berufsgenossenschaften.

Das Reich und die Länder haben die Pflicht zur Leistung von Beihilfen erst, wenn mindestens zwei Wochen hintereinander die höchstzulässigen Beiträge von Arbeitgebern und -nehmern (je 10% der Krankenkassenbeiträge), eingezogen worden sind und diese Mittel immer noch nicht ausreichen. Was während dieser zwei Wochen geschehen soll, wer die Mittel bis dahin aufbringen soll, oder ob die Bezüge der Arbeitslosen während dieser Zeit gekürzt werden sollen, ist nicht recht ersichtlich. Vermutlich wird man die Arbeitslosen dadurch befriedigen, daß man ihnen das Recht zur Abhaltung von Devisen- und Lebensmittelrazzien überläßt?!

Dr. v. Lewinski.

Der ungarische Außenhandelsverkehr im September 1923

Ein hervorragendes Moment des ungarischen Außenhandelswarenaustausches im Monat September laufenden Jahres war der starke Weizenexport, der auf Grund der durch die ungarische Regierung bewerkstelligten Verkäufe die Richtung nach der Schweiz eingeschlagen hat. Von der verkauften Weizenmenge wurden im Laufe des Monats September 1834 Waggon nach der Schweiz aufgegeben. Dieser kräftigen Ausfuhr ist es in erster Reihe zu danken, daß die ungarische Außenhandelsbilanz sich auch im Monat September günstig gestaltete. Nebst den Weizentransporten ist nämlich dem Monat August des laufenden Jahres gegenüber nur im Export von Maschinen und Apparaten, von Konsumzucker, Hafer und Bohnen eine Steigerung wahrzunehmen, während die Ausfuhr der übrigen wichtigsten Exportartikel fast ausnahmslos abgenommen hat. Nebst der allgemeinen Verringerung der ungarischen Ausfuhr sieht man nun wohl auch in der ungarischen Einfuhr eine mehr rückläufige Tendenz, doch ist die Steigerung beim Import von rohem und bearbeitetem Holz so groß, daß die Wertsumme der ungarischen Einfuhr, vornehmlich infolge der erheblichen Zunahme dieser Transporte, den Wert des Imports des vorangegangenen Monats um etwa 10 Prozent überstiegen hat. Der eine Million Meterzentner gewachsenen Holzeinfuhr vermochte nur die ungarische Weizenausfuhr die Wage zu halten, denn die erhöhte Ausfuhr einiger wichtiger Exportartikel genügte nur zur Ausgleichung der stark gestiegenen Einfuhr von Fett und geschältem Reis.

Die ungarische Außenhandelsbilanz hat sich in diesem Monat noch etwas günstiger gestaltet als im Monat August. Die ungarische Einfuhr belief sich nämlich im September 1923 auf 163,7 Milliarden Kronen, während Ungarn für nach dem Ausland ausgeführte Waren vom Ausland 149,9 Milliarden Kronen erhalten hat, also weit weniger als im August dieses Jahres. Wenn man diese Beträge auf Grund des Züricher Durchschnittskurses, der im September 0,0302 betrug, auf Goldkronen umrechnet, so belief sich die ungarische Einfuhr auf 47,1, die ungarische Ausfuhr aber auf 43,1 Millionen Goldkronen. Das Importplus beziffert sich demnach auf fast vier Millionen Goldkronen, es war also etwas kleiner als im Vormonat. Im übrigen ist in der ungarischen Ein- und Ausfuhr keine wesentliche Änderung eingetreten, und es standen ungefähr dieselben Artikel im Vordergrund, die in dem ungarischen ausländischen Warenaustausch in der Regel die ersten Plätze einzunehmen pflegen.

Mehr als 70 Prozent der ungarischen Einfuhr machten im Monat September jene Rohstoffe und Fertigfabrikate aus, hinsichtlich deren Ungarn behufs Fortsetzung seines Wirtschaftslebens und zur Erhaltung des Lebens auf das Ausland angewiesen ist. Diese waren: rohes und bearbeitetes Holz 2 612 765, Schafwollstoffe 1 908, Baumwollstoffe 3 107, Mineralöl 78 157, geschälter Reis 28 253, appretiertes Leder 1 143, Baumwollgarne und -zwirne 3 146, Papier und Papierwaren 22 995, Rohmetalle 5 270, Kohle 214 825, Schweinefett 7 874, Kaffee 2 560, Maschinen und Apparate 7 263, roher Tabak 3 402, Eisenwaren 9 056, Eisenfabrikate 13 417, Roh- und Alteisen 43 145 Doppelzentner.

In der Ausfuhr standen, wie in der Regel, auch im Monat September Weizen- und Roggenmehl und Schlachtvieh an erster Stelle. Die wichtigsten Artikel waren: Schlachtvieh 4 876 Stück, Mehl 166 555, Weizen 227 921, Maschinen und Apparate 12 969, elektrische Maschinen und Apparate 2 721, Konsumzucker 20 475, Fleisch 5 537, Wolle 8 144, Baumwollstoffe 712, Eisenhalbfabrikate 20 576, Eisenwaren 10 026, Hafer 44 614, Kunstseide 294, Rohtabak 6 079, Ölsaaten 16 618, Bohnen 19 573 Doppelzentner.

Saatenstand in Bayern Ende Okt. 1923

Über die Entwicklung der Herbstsaaten berichten die Saatenstandsberichterstatter, daß Winterroggen und Wintergerste unter meist günstigen Verhältnissen angebaut werden konnten und infolgedessen in der Hauptsache schön aufgelaufen und gut bestockt sind. Dünnes bzw. lückiges Wachstum ist nur vereinzelt bei ganz frühen Saaten festgestellt, die infolge Trockenheit nicht gleichmäßig ankeimen konnten.

Winterweizen hingegen ist in einer erheblichen Zahl von Berichtsbezirken noch nicht gesät. Schuld hieran tragen einesteils die in letzter Zeit zu reichlich gefallenen Niederschläge, andernteils das Überhandnehmen von Mäusen und Ackerschnecken. Besonders die Bezirke Unterfrankens sind derart von diesen Schädlingen heimgesucht, daß bisher oftmals eine nutzlose Aussaat unterlassen wurde, bis die in Kürze eintretenden Nachtreife die Schnecken vernichten würden. Den Feldmäusen wird mit Gift beizukommen versucht.

Kartoffeln und Runkelrüben sind in der Hauptsache unter Dach. Verschiedene Male ist festgestellt, daß die spät geernteten Früchte infolge der Niederschläge sich im Ertrag gebessert haben.

Zuckerrüben werden zur Zeit eingebracht.

Die Herbstweide kann in manchen Gegenden noch genützt werden, in anderen Bezirken ist sie bereits zu Ende.

Die Weinlese erbrachte durchschnittlich nur einen recht mäßigen Ertrag. In einzelnen Lagen, wie beispielsweise in der Bodenseegegend, wird die Traubenernte zwar auf ½ bis ⅔ Herbst geschätzt, hingegen melden anderseits mehrere Bezirke der Pfalz eine fast völlige Mißernte. Hinsichtlich Qualität verspricht der heurige Most, da auch die Mostgewichte selten befriedigen, höchstens ein guter Mittelwein zu werden.

Für den Staat errechnen sich folgende Durchschnittsnoten: Winterweizen II,2, Winterspelz II,0, Winterroggen II,1, Wintergerste II,2, Zuckerrüben III,0, Runkelrüben II,7, Wein III,2.

Befreiung von der Arbeitgeberabgabe

Vom Landesfinanzamt München, Abt. für Besitz- und Verkehrssteuern, wird amtlich mitgeteilt:

Der Reichsminister der Finanzen hat mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die bei dem Übergang von der gebundenen in die freie Wirtschaft bei der Brotversorgung entstanden sind, folgendes bestimmt:

Betrieben, die ausschließlich oder überwiegend mit der Herstellung von Brot für den allgemeinen Verbrauch beschäftigt sind, einschließlich der Genossenschaftsbäckereien, wird die am 5., 15. und 25. November sowie am 5. Dezember 1923 fällige Arbeitgeberabgabe insoweit erlassen, als sie auf die Arbeitslöhne derjenigen Arbeitnehmer (Bäckergesellen, entlohnte Lehrlinge, sonstige Bäckergehilfen) entfällt, die entweder ausschließlich im Produktionsbetriebe oder gleichzeitig im Produktions- und Verkaufsbetriebe tätig sind. Die Befreiung ist davon abhängig, daß die Inhaber der vorbezeichneten Betriebe spätestens bis zum 15. November 1923 eine Aufstellung über die Zahl aller in dem Betriebe beschäftigten Personen einzureichen und diejenigen Personen besonders namentlich bezeichnen, die entweder ausschließlich im Produktionsbetriebe oder gleichzeitig im Produktionsbetriebe und im Verkaufsbetriebe tätig sind. Einzelanträge auf Befreiung sind nicht erforderlich. In Zweifelsfällen entscheidet das Finanzamt, auf die Beschwerde das Landesfinanzamt endgültig über den Umfang der Abgabepflicht. Eine Erstattung der am 25. Oktober oder früher fällig gewordenen Arbeitgeberabgabe findet nicht statt.

Denomination in Österreich

Aus Wien verlautet, daß eine Devalvation der österreichischen Krone im Verhältnis 1 : 1000 geplant sei. Angeblich verfügt die Nationalbank über einen sehr großen Devisenbestand. Die neuen Noten werden zu 80 Prozent durch die Devisen gedeckt.

Die internationale Anleihetechnik

Das eidgenössischschaftliche Finanzdepartement hat schon vor längerer Zeit die Ausgabe einer neuen Anleihe zum Zwecke der Konsolidierung der schwebenden Schuld ins Auge gefaßt. Inzwischen sind ihm von England und Amerika Anleiheangebote gemacht worden. Zur Zeit schweben Verhandlungen unter den Schweizer Bankengruppen selbst, dem Bankkartell und dem Verband der Kantonalbanken über ein Angebot, das der Nationalbank zu Händen des Bundes einzureichen wäre. In Betracht kommt eine Summe von 100 bis 150 Millionen Franken.

Wirtschaftsrundschau

Die Währungsanarchie. Die Notgelddeckung durch neue Goldschatzanweisungen und durch Devisen und der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich schnell gewachsen, andererseits stößt die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der Betrag der Goldanleihe, die als Unterlage für das wertbeständige Notgeld dient, auf 500 Mill. Goldmark beschränkt worden ist und nicht erhöht werden darf. Um diesem Bedarf entgegenzukommen, entschloß sich das Reichsfinanzministerium, 6 prozentige und 1932 fällige Goldschatzanweisungen bis zum Betrage von 300 Millionen Goldmark auszugeben. Diese mit Zinsscheinen ausgestatteten Schatzanweisungen werden nicht in kleinen Stücken geschaffen. Der niedrigste Betrag wird 25 Dollar — 105 Goldmark — sein, und sind nicht dazu bestimmt, als Zahlungsmittel verwendet zu werden. Sie können ab Mitte der nächsten Woche zum jeweiligen Kurse für Auszahlung Neuyork bei den Reichsbankanstalten zum Zwecke der Begründung von Notgeld durch die zur Ausgabe von Notgeld ermächtigten Stellen erworben werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke dient eine von der Reichsbank erteilte Quittung als Unterlage. — Mit Rücksicht auf diese Erweiterung der Deckungsmöglichkeiten muß der Deckungsvermerk auf dem Notgeldschein in Zukunft lauten: „Dieser Notgeldschein ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsregierung“. Ferner muß sich aus dem Notgeldschein ergeben, daß der Inhaber des Scheines innerhalb eines Monats nach Aufruf diesen nach Wahl des Ausstellers je nach Art der Deckung gegen Stücke der hinterlegten wertbeständigen Anleihe des deutschen Reiches, bzw. gegen Goldschatzanweisungen des Reiches oder gegen einen dem Kurse der hinterlegten Wertpapiere am Tage der Zahlung entsprechenden Barbetrag eintauschen kann. — Auch die Reichsbahn wird durch die Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf die Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und in nach und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten. Damit die hierfür erforderlichen wertbeständigen Zahlmittel bei den Kassen der Reichsbahn verfügbar sind, wird der Reichsverkehrsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium demnächst wertbeständige Anteilscheine über 0,42 M. Gold = $^1/_{10}$ Dollar, über 1,05 M. Gold = ¼ Dollar, sowie über 2,10 M. Gold = ½ Dollar herausgeben, die vorläufig als Zahlungsmittel umlaufen sollen und später in Schatzanweisungen des Reiches umzutauschen sind. Diese Anteilscheine sollen vorläufig lediglich zu Gehalts- und Lohnzahlungen verwendet werden. — Der Berliner Börsenvorstand trat am Montag vormittag zusammen, um darüber Beschluß zu fassen, daß, soweit noch nicht effektive Stücke der Goldanleihe geliefert werden können, Kassenquittungen der Reichsbank lieferbar sein sollen.

Des weiteren hat die Frankfurter Handelskammer beschlossen, auf Grund hinterlegter Goldanleihe Notgeld in den Verkehr zu bringen, das von der Industrie zu Lohnzahlungen benutzt werden soll, so daß die Lohnzahlungen und Gehälter in dieser Woche bereits in wertbeständigem Gelde erfolgen können. Diejenigen Firmen, die im Besitze von Goldanleihe sind oder über eine Quittung über den Ankauf von Goldanleihe verfügen, können die Stücke oder die Quittung bei der Reichsbank in Frankfurt a. M. durch Vermittlung ihres Bankhauses deponieren und erhalten dafür, falls sie zur Auszahlung kleine Stücke benötigen, die von der Reichsbank noch nicht in genügender Menge ausgegeben worden sind, einen entsprechenden Betrag von Notgeldscheinen. Die Notgeldstücke lauten, entsprechend der Stückelung der Goldanleihe, auf 2,10 Goldmark = ½ Dollar, auf 1,05 Goldmark = ¼ Dollar und auf 0,42 Goldmark = $^1/_{10}$ Dollar. Die Reichsbankhauptstelle in Frankfurt a. M. gibt in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, zum ersten Male am Donnerstag, den 1. November 1923, diese Notgeldscheine aus. Binnen Monatsfrist, spätestens am 15. Dezember 1923, soll der Umtausch in die effektiven Goldanleihestücke erfolgen.

*

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 6. November beträgt: 100 Milliarden.

Aufwertung alter Goldhypotheken. In der Frage der Hypothekenaufwertung ist, wie man hört, auch das Kölner Oberlandesgericht in einem Urteil dem Beispiel des Oberlandesgerichts in Darmstadt gefolgt und noch darüber hinausgegangen. Am 18. Oktober hat es den Schuldner einer Darlehenshypothek mit Goldklausel aus der Vorkriegszeit verurteilt, dem Gläubiger den nach dem Goldankaufspreise der Reichsbank in Papiermark umzurechnenden Goldmarkbetrag zu zahlen. Das Landgericht Koblenz hatte der Löschungsklage des Schuldners stattgegeben.

Umrechnungssatz für Papiermark. Zur Vorbereitung der Festsetzung eines gesicherten Umrechnungssatzes für Papiermark in die Goldmark hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer, der Preise in Gold oder Goldanleihe berechnet, verpflichtet ist, Papiermark nach dem amtlichen Umrechnungskurs der Berliner Börse anzunehmen. Der Plan für die Sicherung des festen Mindestumrechnungssatzes durch Einlösbarkeit der Papiermark in einen wertbeständigen Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor.

Arbeitsmarkt in Bayern. Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes auf Grund des Stichtags vom 18. Oktober hat sich der Arbeitsmarkt für männliche und weibliche Arbeitskräfte abermals gegenüber dem 18. September stark verschlechtert. Auf dem männlichen Arbeitsmarkt wurden 56 914 Arbeitsuchende und 422 offene Stellen gezählt; auf dem weiblichen Arbeitsmarkt 19 390 Arbeitsuchende und 2641 offene Stellen.

Steuersätze des Kapitalverkehrsteuergesetzes. Mit Wirkung ab 1. November wird das Kapitalverkehrssteuergesetz wie folgt geändert: 1. Im § 52 erhält der Abs. 2 folgende Fassung: Die Steuer beträgt mindestens 1 000 000 M. 2. Im § 53 erhält der Abs. 3 folgende Fassung: Die Steuer beträgt bei Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung mindestens 2 000 000 000 M., im übrigen mindestens 1 Million Mark. 4. Im § 57 erhalten Satz 3 und 4 folgende Fassung: Die Steuer beträgt mindestens 1 Million Mark. 5. Im § 59 erhält der Absatz 4 folgende Fassung: Die weitere Steuer beträgt mindestens 1 Million Mark. 6. Im § 60 erhält der Satz 2 folgende Fassung: Die Steuer ist auf volle 1 000 000 M. aufzurunden. Auch in den vorgenannten Fällen sind die Steuerbeträge jeweils auf volle 1 000 000 M. aufzurunden.

Preismeßzahl für Bayern. In Ausführung der Verordnung des Generalstaatskommissars vom 1. November 1923 betreffend Grundsätze für die Berechnung der Preise in Festmark (Bayerischer Staatsanzeiger 254) teilt die Bayerische Landespreisstelle, die mit der Berechnung der Meßzahl beauftragt ist, mit, daß dieselbe heute hundert Milliarden beträgt.

Warnung vor zweifelhaften Aktiengründungen. Das Bestreben weitester Kreise, sich gegen die ungeheure Geldentwertung durch den Erwerb von Sachwerten zu schützen, hat in der letzten Zeit zu einer wahllosen Nachfrage nach Aktien jeder Art geführt. Nach den Beobachtungen des Handelsministeriums besteht die Gefahr, daß sich gewissenlose Geschäftsleute diese Bewegung zunutze machen, indem sie die Gründung von Aktiengesellschaften betreiben, deren Zweck in erster Reihe nicht die Befriedigung eines wirtschaftlichen Bedürfnisses, sondern die Erzielung möglichst hoher Mittel oder Gründergewinne ist. Manche jetzt schon entstandene Neugründungen besitzen nicht einmal eigene Geschäftsräume und Einrichtungen. Das bayerische Handelsministerium hält es für seine Aufgabe, die Öffentlichkeit auf den Verlust und die Gefahren hinzuweisen, die mit dem Erwerb der oft reklamehaft zu hohen Kursen angebotenen Aktien solcher Gesellschaften verbunden sind.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Als Umrechnungskurs für die zum 7. November zu leistende Vorauszahlung auf die Inseratensteuer, deren Staffeln neuerdings nach Goldmark berechnet werden, wurde vom Reichsfinanzministerium eine Goldmark gleich 25 Milliarden Papiermark festgesetzt.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger setzte die Schlüsselzahl für Anzeigen ab 6. November auf 130 Millionen fest.

Landabgabe. Das Reichsfinanzministerium teilte der Bayer. Landesbauernkammer mit, daß die am 1. November fällige Landabgabe bis zum Donnerstag, 8. November, einschließlich noch zu dem für den 1. November gültigen Goldumrechnungssatz (17 Milliarden) angenommen werden darf.

Anleihesegen. Der Verkauf der sechsprozentigen Zuckeranleihe der Deutschen Zuckerbank wurde geschlossen, da die Anforderungen den zur Verfügung stehenden Betrag übersteigen.

Anleihesegen. Die Fleischmann u. Bloedel Nachf. J. Berlin A.-G. in Fürth (Bayern) gibt eine 5proz. Goldanleihe — unkündbar bis 1928 und in Stückelung zu 3 Gramm und 6 Gramm Feingold, einem Dollarwert von 2 und 4 Dollar entsprechend, heraus. Diese wertbeständige Anleihe ist gedeckt durch das ganze Vermögen der Firma; der Zinsendienst und die Rückzahlung sind gesichert durch die überseeischen Geschäftsverbindungen der Firma, die nur in fremden Devisen verkauft.

Über die wirtschaftliche Lage des oberfränkischen Handwerks im 3. Vierteljahr stellt die Handwerkskammer Bayreuth fest, daß es infolge der Wirtschaftszerrüttung nur mehr kurze Zeit dauern werde, bis eine Anzahl Meister, aller Mittel bar, die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Der im Großhandel eingerissene Brauch dauernder Preisnachforderungen selbst für bereits rollende Ware habe jede nur einigermaßen sichere Kalkulation unmöglich gemacht und jede weitere Möglichkeit der Nachbeschaffung von Rohstoffen untergraben. Die Substanzaufzehrung hat in der Berichtsperiode weiter unheimliche Fortschritte gemacht und die Zahl der Handwerker ist nicht mehr gering, welche überhaupt keine Vorräte an Rohstoffen mehr haben.

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Die Arbeit ist bisher nur auf einzelnen Gruben wieder aufgenommen worden. Die Werke haben trotz Fortsetzung des Streiks die mit den Gewerkschaften vereinbarten erhöhten Löhne zur Auszahlung gebracht, obwohl die Gewerkschaften ihr Wort nicht eingelöst und den Streik nicht abgebrochen haben. Die wirtschaftliche Notlage und der geringe Auftragsbestand machen es den Werken unmöglich, alle Arbeiter wieder einzustellen, so daß die Aussichten für die Belegschaften stündlich schlechter werden. Nach amtlicher Auffassung sind die Kassen des Bergarbeiterverbandes gut gefüllt, so daß wohl mit einer Fortsetzung des Streiks gerechnet werden muß.

Die Verkaufspreise der von der Reichsbahn herausgegebenen Tarife werden demnächst in Grundzahlen festgesetzt. Die im Tarif- und Verkehrsanzeiger bekanntgegebenen Grundzahlen sind mit dem jeweiligen Goldumrechnungskurs zu vervielfältigen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Vereinfachungen in der Sozialversicherung, ferner Verordnungen über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen, und eine Verordnung über die Außerkraftsetzung, eine Verordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zwecks Lebensmittelversorgung sowie eine Bekanntmachung betreffend den Ablauf der Gültigkeit von Freimarken. Nach dem gleichen Blatt ist dem Staatssekretär Stieler die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden.

Wertbeständige Tabaksteuern. Nach Verordnung der Reichsregierung ist vom 30. Oktober bis 1. Dezember die Tabaksteuer nach dem Goldwert zu erheben. Der Zahlungsaufschub wird auf 2 Monate herabgesetzt. Für Beträge, welche für die Zeit vor dem 1. November geschuldet werden, verbleibt es bei dem gegenwärtigen Aufschub, soweit dieser nicht über drei Monate hinausgeht. Ein sechsmonatiger Aufschub wird derart verkürzt, daß Beträge aus den Monaten Mai—Juli bis zum 15. November, aus August bis zum 25. November, aus September bis zum 25. Dezember und aus Oktober bis zum 25. Januar zu zahlen sind. Die im November zur Entstehung gelangende Steuerschuld ist bis zum 5. Februar aufgewertet zu bezahlen. Von der Aufwertung wird indessen abgesehen, wenn die Zahlung bereits im Dezember geschieht.

Lohnscheckbank. Um den in der letzten Zeit immer größer werdenden Schwierigkeiten der Beschaffung von Zahlungsmitteln für Löhne und Gehälter zu begegnen, hat der Verband Sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Chemnitz, eine Lohnscheckbank Chemnitzer Industrieller G. m. b. H. ins Leben gerufen, die der Zahlungsmittelknappheit begegnen soll.

Preußische Landespfandbriefanstalt. Die Zeichnung auf 5prozentige reichsmündelsichere Goldpfandbriefe der Preußischen Landespfandbriefanstalt ist nach mehrfacher Überzeichnung des Anleihebetrages geschlossen worden.

Die Stadt Frankfurt hat eine neue Papiermarkanleihe begeben, deren Verzinsung 2 Prozent unter Reichsbankdiskont und im Höchstfalle 20 Prozent beträgt. Der Gesamtbetrag der Anleihe stellt sich auf 200 Billionen, die Begebung erfolgte teils zu 97 Prozent, teils zu Pari.

Stinnes und kein Ende. Die Verwaltung der vor kurzem mit 500 Mill. Kapital gegründeten „Hansa“ Erdöl A.-G. Hamburg beantragt Genehmigung eines Beteiligungsvertrages mit der Hugo Stinnes-Riebeck Montan- und Ölwerke A.-G. Berlin und im Zusammenhang damit Herabsetzung des Kapitals um die Hälfte und Wiedererhöhung auf den alten Nominalbetrag.

Die ungarische Weinernte hat nach vorläufiger Schätzung einen Ertrag von 2½ Millionen Hektoliter Most ergeben. Dies bedeutet gegenüber dem vorjährigen Ertrage von 4½ Millionen Hektoliter einen Ausfall von etwa zwei Millionen Hektoliter. Infolgedessen wird der Exportüberschuß an Wein heuer auf 500 000 Hektoliter zusammenschrumpfen. Mit Rücksicht auf den in den jüngsten Jahren in Anbetracht der Billigkeit des Weinpreises steigenden Weinkonsum, wird fast der ganze Wein im Inlande verbraucht. Der neue Wein kostet 500 bis 1000 Kronen per Liter, in der Plattenseer Gegend werden auch 1500 Kronen per Liter bezahlt.

Der deutsch-amerikanische Handel. Der Wert der Ausfuhr nach Deutschland betrug im Monat September 31 541 000 Dollar, das entspricht einer Zunahme um 9 834 000 Dollar gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres, der Wert der Einfuhr aus Deutschland bezifferte sich auf 13 745 000 Dollar, was einer Zunahme um 3 062 000 Dollar gleichkommt.

Petroleumfunde in Ungarn. Aus Budapest wird gemeldet: Der Pächter des Kohlenwerkes von Doroghaz teilte dieser Tage im Finanzministerium mit, daß bei geologischen Bohrungen im Gebiete der Matra in Cserhat in der Gegend von Parad, Petroleumlager gefunden worden sind. Auf Weisung des Finanzministers prüfte ein Assistent des Geologischen Instituts die Angaben und fand in der angegebenen Gegend Methangas- und Petroleumlager. Die Tiefbohrungen in Cservize förderten Rohnaphta zutage. Nach Ansicht der Geologen dürften in der Gegend sich reichhaltige Petroleumlager befinden.

Änderung der Valuta-Exportbestimmung in Ungarn. Die ungarische Devisenzentrale hat folgendes Rundschreiben erlassen: Im Hinblick darauf, daß die ungarische Devisenzentrale für den Export ungarischer Staatsnoten nur in ganz geringem Maße die Bewilligung erteilt, so daß diese auf legalem Wege ins Ausland gelangten Staatsnoten höchstens zur Abwicklung des Reiseverkehrs genügen, wird die Einfuhr ungarischer Staatsnoten als Exportvaluta hiermit abgestellt bzw. es werden in Hinkunft derartige Staatsnoten nicht mehr an Stelle von Exportvaluta angenommen. Es werden deshalb zur Begleichung von inländischen Kronenforderungen ausländischer Firmen nur die folgenden Inlandskronenbeträge anerkannt: 1. Inländische Kronenbeträge, die mit Bewilligung der neben der ungar. Devisenzentrale tätigen interministeriellen Kommission im Ausfluß eines anerkannten und noch nicht erfüllten Importanspruchs bei irgendeinem Mitglied der ungarischen Devisenzentrale zugunsten des ausländischen Gläubigers gutgeschrieben wurden oder gutgeschrieben werden. 2. Inlandskronenbeträge, die unabhängig von der Wareneinfuhr, also aus anderen Geschäften stammend, vor dem 15. Oktober bzw. spätestens am 15. Oktober mit Bewilligung der ungarischen Devisenzentrale bei irgendeinem Mitglied der ung. Devisenzentrale Ausländern gutgeschrieben wurden: bei Geschäften, die nach dem 15. Oktober effektuiert wurden, sind alle auf den Tatbestand bezüglich Nachweise der Devisenzentrale zu unterbreiten und diese wird dann entscheiden, ob die betreffende Kronenforderung als Exportvaluta anerkannt wird oder nicht. Posten mit Fälligkeit nach dem 31. Oktober können aber als Exportvaluta nicht in Betracht kommen. 3. Inlandskronenbeträge, die ausdrücklich zu dem Zwecke von seiten des ungarischen Noteninstituts an irgendein Mitglied der ungarischen Devisenzentrale überwiesen wurden, daß sie als Exportvaluta verwendet werden dürfen. Die Exporteure sind verpflichtet, die gegen die Inlandskronenforderung der ausländischen Firma zu verrechnenden Exportvaluten irgendeinem Mitglied der ungarischen Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen, das dagegen für die Beschaffung der notwendigen Inlandskronenzahlung gemäß der von ungarischer Devisenzentrale erhaltenen Weisung folgen wird. Die auf Grund der ordentlichen Exportvalutaverpflichtung einzuliefernden Devisen sind auch weiter in der bisher vorgeschriebenen Weise einzuliefern und diese sind auch weiterhin zum offiziellen Exportvalutakurs der ungarischen Devisenzentrale zu verrechnen.

Sowjetrußlands Bankkapitalismus. Das Volkskommissariat für Finanzen hat einen Entwurf über die Erhöhung des Grundkapitals der Staatsbank von 2 Millionen Rubel der Ausgabe 1923 auf 5 000 000 Tscherwonzen ausgearbeitet.

Die Absatzkrisis in Sowjetrußland. Im Zusammenhang mit der finanziellen Krise der russischen Industrie und der Krediteinschränkung seitens der Banken hat die „Ekonomitscheskaja Shisn“ eine Umfrage unter den Leitern führender Bankinstitute veranstaltet. Das Verwaltungsmitglied der Staatsbank, Kuttler, erklärte hierzu, daß die Einschränkung der Kreditoperationen der Staatsbank durch die Notwendigkeit der Finanzierung der Getreideoperationen ohne weitere Erhöhung der Emission hervorgerufen sei. Ein weiterer Grund der Krediteinschränkungen sei die Warenabsatzkrise, welche durch die übermäßig hohen Preise für Industrieerzeugnisse hervorgerufen worden war. Die Einschränkung des Kredits soll die Industrie veranlassen, ihre Erzeugnisse zu herabgesetzten Preisen abzugeben, da die bisherigen Preise für die Bevölkerung nahezu unerschwinglich geworden waren. Eine Besserung der Lage sei nach Abschluß der Getreideoperationen (!) sowie nach dem Einlaufen der landwirtschaftlichen Steuer durch die Bauern zu erwarten. Voraussichtlich werde die Staatsbank zu diesem Zeitpunkt ihre Kreditoperationen, besonders den Wechselkredit wieder erweitern können. Der Leiter der Handels- und Industriebank Ksandroff ergänzte diese Äußerungen Kuttlers mit dem Hinweis darauf, daß sich die Einzahlungen und Konten der „Prombank“ von 20 Millionen Goldrubel im August auf 11 Millionen am 20. Oktober vermindert haben.

Milderung in der Devisenverordnung.

Eine Sondernummer des Reichsgesetzblattes bringt eine Reihe Änderungen der Devisengesetzgebung:

1. In Verfolg der Bestrebungen, unwirtschaftliche Ausgaben und Hemmnisse zu beseitigen, werden eine Reihe Meldepflichten aufgehoben. Wenn das Finanzamt den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat und bei allen kleinen Beträgen fällt die Meldung an den Kommissar für Devisenerfassung fort. Entsprechend wird die wöchentliche Meldung der Devisenbanken beschränkt. Firmen, die regelmäßig Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen. Es genügt, daß die Buchführung ordnungsmäßig ist und Abschriften dem Kommissar für Devisenerfassung auf Anfordern jederzeit erteilt werden können.

Bis zum 30. November ist ferner die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr zugelassen. Verboten bleibt, solche Zahlung zu fordern oder solche Zahlungsmittel zur Beschaffung der Waren zu erwerben.

Endlich ist das Verbot der Preisstellung in Goldmark auch für den Einzelhandel beseitigt.

An der Verpflichtung für alle Wirtschaftskreise, die Papiermark nach wie vor in Zahlung zu nehmen, ändern diese Erleichterungen nichts. Die Reichsregierung wird die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln durchsetzen.

2. Unter Aufhebung der geltenden Verordnungen über Ausfuhrdevisen werden neue Bestimmungen bekanntgemacht. In Zukunft müssen die 30 vom Hundert des Ausfuhrgegenwertes spätestens innerhalb von 3 Monaten, bei Überseegeschäften innerhalb von 6 Monaten abgeliefert werden, soweit nicht der Reichswirtschaftsminister Ausnahmen zuläßt.

In den Durchführungsbestimmungen sind eine Reihe Ausnahmefälle bereits allgemein geregelt und Bestimmungen über die von Ausfuhrsendungen mitzugebende Erklärung getroffen.

Die Versorgung mit Zahlungsmitteln seitens der Reichsbank ist nunmehr wieder soweit sichergestellt, daß die Zahlungsmittelknappheit, die in den vergangenen Tagen sich geltend machte, jetzt als behoben angesehen werden kann. Der Reichsminister der Finanzen wird daher weiterhin Anträge auf die Ausgabe von Notgeld, das auf Papiermark lautet, nicht genehmigen. Eine Ausnahme kann nur in den Fällen zugelassen werden, in denen der Nachweis einer besonderen örtlichen Notlage erbracht ist und in denen durch die Geldverteilungsstelle des Reichsbankdirektoriums Abhilfe durch rechtzeitige genügende Lieferung der geforderten Beträge nicht zugesagt werden konnte. Für den Fall der Genehmigung gelten die Bestimmungen des Reichsministers der Finanzen, daß der Gegenwert des ausgegebenen Notgeldes auf ein gesperrtes Konto bei der Reichskreditgesellschaft in Berlin zu überweisen oder bei der Reichsbank in gesperrten Schatzanweisungen anzulegen ist. Von diesen Bedingungen über die zu erbringende Deckung kann unter keinen Umständen abgegangen werden. Die Ausgabe eines nicht genehmigten Notgeldes oder die Nichterfüllung der Deckungsbedingungen oder die Ausgabe über den genehmigten Betrag hinaus ist ungesetzlich und zieht Verfolgung nach dem Reichsgesetz vom 17. Juli 1922 betreffend die Ausgabe von Notgeld in Ergänzung der Verordnung vom 26. Oktober 1923 nach sich.

Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht eine Ankündigung der preußischen General-Lotterie-Direktion über die einklassige preußisch-süddeutsche wertbeständige Staatslotterie, deren Ziehung am 14. und 15. Dezember stattfindet. Die Gewinne bestehen in Stücken der wertbeständigen Reichsgoldanleihe ohne jeden Abzug. Es sind vorgesehen 8000 Gewinne über 1 890 000 Goldanleihemark. Ein ganzes Los kostet 42 Goldanleihemark. Der höchste Gewinn beläuft sich auf 210 000 Goldanleihemark.

Der **„Reichsanzeiger"** veröffentlicht eine Verordnung über die Einfuhrerleichterungen für Fleisch, eine Bekanntmachung über die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge, die 15. Verordnung über die Höhe der Biersteuer, ferner die Richtlinien über die Verwendung der Brotbeihilfen.

Goldpfandbriefe der Bayerischen Vereinsbank. Der Bank wurde die Genehmigung erteilt, 215,053.74 Gramm Feingold = 600 000 Goldmark 5proz. Goldpfandbriefe, eingeteilt in Stücke zu 500, 100, 50, 20 und 10 Goldmark, in den Verkehr zu bringen. Die neuen Goldpfandbriefe sind im Laufe von längstens 70 Jahren im Wege der Verlosung, Kündigung oder des freihändigen Rückkaufes tilgbar.

Kündigung von Schuldverschreibungen. Die 4,5 v. H. Teilschuldverschreibungen vom Juli 1900 und März 1909 der A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin zum 1. April 1924. Vom 30. 11. bis 31. 12. werden 1000 Stücke zu 1000 Mark zu 1 Dollar und 1000 Stücke zu 500 M. zu 0,50 Dollar Goldanleihe eingelöst. Die Einreichung ist börsenumsatzsteuerfrei. Die gleiche Vergünstigung wird denjenigen Obligationären gewährt, deren Stücke auf Grund von im Jahre 1923 stattgehabten Auslosungen bereits zurückgezahlt sind. — 4,5 v. H. Teilschuldverschreibungen der Chemische Fabrik Elektron-Griesheim von 1900 werden zur Rückzahlung zu 103 v. H. zum 1. Mai 1924 gekündigt. Bis spätestens 31. 12.2 d. J. werden 1000 M. zu 1 Dollargoldanleihe eingelöst. — Die ab 1925 tilgbare Hypothekaranleihe von 1919/20 der A.-G. für Seilindustrie vom. Ferd. Wolf in Mannheim können in Stammaktien getauscht werden. Das bis 15. d. J. laufende Angebot, das die Gesellschaft auch schon früher aufheben kann, sieht Tausch von 6000 M. Schuldverschreibungen gegen 1000 M. Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1923 vor wobei Kosten und Gebühren zu Lasten des Einreichers gehen.

Warenmarkt

Pfaffenhofen a. Ilm. (Warenmarkt.) Das Hopfengeschäft in den Produktionsorten geht langsam bei stets steigenden Preisen weiter. Jetzt werden in der Hallertau über 8 Billionen bezahlt. Der Handel hat nicht die nötigen Mittel um besser einzukaufen; auf der anderen Seite geben aber die Produzenten nur dann Hopfen ab, wenn sie Geld brauchen. Und dann kommt es vor, daß 2 und 3 einen Zentner mitsammen verkaufen, nur, um sich nicht ganz von der Ware zu entblößen.

Berlin, 6. Nov. (Produktenbericht.) Anfangs stand die Produktenbörse unter dem Eindruck der allgemeinen Beschlagnahme der Berliner Marktvorräte, wodurch der Mehlhandel vollkommen stockte. Wenn auch später die Aufhebung der Beschlagnahme bekannt wurde, so kam das Geschäft doch nur schwer in Gang und hielt sich in der Hauptsache wieder in engen Grenzen, wozu der anhaltende Mangel an Goldanleihe in der Hauptsache mit beigetragen hat. Die Tendenz war durchwegs etwas schwächer.

Berlin, 6. Nov. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 189—197,5; Roggen, Märkischer 184,5—189; Gerste, Sommergerste, Märkische 180,50—187,50; Hafer, Märkischer 163—166; Weizenkleie 8—8,40; Roggenkleie 8—8,40; Viktoriaerbsen 43—52; Kleine Speiseerbsen 33—36; Rapskuchen 15,50—16.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,80—1; Haferstroh 0,70—0,90; gebündeltes Roggenlangstroh —, Heu, gutes 0,90—1; Heu, handelsüblich 0,7—0,9.

Preisbewegung

Die Wertmeßziffer in der Damenkonfektion ist mit Wirkung vom 3. November auf 2 654 000 000 erhöht worden.

Kurse

Berlin, 6. Nov. (Devisenbericht.) Ungeachtet der unverändert drängenden Nachfrage wurden die Devisenpreise bei verschärfter Repartierung wieder auf dem gestrigen Stande festgesetzt. Für Effekten rechnet man mit einem Anhalten der Aufwärtsbewegung. Aus Börsenkreisen verlautet, daß an eine Schließung der Börse, von der in der Presse und in der Öffentlichkeit verschiedentlich gesprochen worden ist, nicht gedacht wird.

Der Dollar

418 950 000 000 G 421 050 000 000 B

Zürich, 6. Nov. (Devisen; ohne Gewähr.) Holland 217,85, Berlin unnotiert, Wien 0,007930, Prag 16,45, Paris 32,42½, London 25,1025, Italien 25,0625, Brüssel 27,87½, Budapest 0,0304, Neuyork 5,6225, Agram 6,50, Warschau unnotiert, Kopenhagen 96,00, Stockholm 148,25, Christiania 84,00, Madrid 74,75, Buenos Aires 178½, Sofia 5,17½.

Berlin, den 6. November 1923. Devisen-Kurse.

	6. 11. Geld	r%	6. 11. Brief	2. 11. vor. Geldk.	r%
Amstd.-Rd. 1 Fl.	164,588	3	165,412	164,588	3
Buen. Air. 1 Pes.	133,565	3	134,335	133,565	5
Christiania 1 Kr.	63,441	3	63,759	63,441	5
Kopenhagen 1 Kr	73,017	3	73,383	73,017	5
Stockholm 1 Kr.	112,119	3	112,681	112 119	5
Helsingf. 1 f. M.	11,372	3	11,428	11,372	5
Italien 1 Lira	18,953	3	19,047	18 953	3
London 1 Pfd. St.	1,895,250	3	1,904,750	1,895,250	3
New-York 1 Dollar	418,9 0	3	421,050	418,950	3
Schweiz 1 Frcs.	75,411	3	75,789	75,411	3
Spanien 1 Pes.	56,459	3	56,741	56 459	5
Japan 1 Yen	204,488	5	205 512	204,488	5
Rio 1 Milreis	37,905	3	38,095	37,905	5
Wien 1 Kr.	5 985	3	6,015	5,985	5
Prag 1 Kr.	12,469	3	12,531	12,469	5
Agram 1 Dinar	4,938	5	4,962	4,938	5
Budapest 1 Kr.	22,942	3	23,058	22,942	3
Sofia 1 Leva	3,990	10	4,010	3,990	5

Berlin, den 6. November 1923. Noten.

	6. 11. Geld	r%	6. 11. Brief	5. 11. vor. Geldk.	r%
Amerikan. Noten	418,950	1	421,050	480,950	1
Englische	1,895,250	3	1,904,750	1,895,250	3
Italienische	18,953	8	19,047	18,953	10
Rumänische	3,491		3,509	3,491	
Schweizer	75,411	5	75,789	75,411	10
Türkische	—		—	—	
Tschechische	12,469	5	12,531	12,469	10
Kleine Tschechen	12,469	5	12,531	12,469	20
Österreich. abgest.	5,985	10	6,015	5,985	5
„ neue 100er	—		—	—	
Polnische Noten	239,000	8	251,000	245,000	8
Holländische	164,588	3	165,412	164,588	5
Ungarische	23,940		24,060	22 [illegible] 40	20

* Alle Devisen in Millionen Mark, mit Ausnahme von Wien und Budapest.

Berlin, 6. Nov. Dollarschatzanweisungen sind gestrichen. Goldanleihe notierte 420 Milliarden, zirka 1 Proz.

Indexzahlen

Goldmark 3. Nov. = 100 000 000 000 P.-M.
Goldsteuers. 6. Nov.: 100 000 000 000
Großhand.-Index 30. Okt.: 18 700 000 000fach
Lebenshalt.-Index 29. Okt.: 13 671 000 000fach
do. (bayer.): 13 484 000 000fach
Güterv.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark
Pers.-Vk.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark
Fernbriefp. ab 1. Nov.: 100 000 000
Buchhandelschlz. ab 6. Nov.: 100 000 000 000
Buchdruckgewerbeschlz. ab 30. Okt.: 800 000 000
Anzeigenschlz. ab 6. Nov.: 130 000 000

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Amtl. Anzeigen

Allgemeine Ortskrankenkasse München (Stadt)

Bekanntmachung.

1. In Anwendung des Art. III der Reichsverordnung auf Grund des Notgesetzes (Krankenversicherung) vom 27. September 1923 hat der Kassenvorstand beschlossen, daß mit Wirkung vom 5. November 1923 ab der **wirkliche Arbeitsverdienst als Grundlohn** zu gelten hat.

2. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind die freiwilligen Mitglieder nach § 176 und 313 der Reichsversicherungsordnung, die nach § 12a und 12b der Reichsverordnung für Erwerbslosen-Fürsorge Versicherten, die unständig Beschäftigten (§ 441 RVO.) und die in der Landwirtschaft tätigen Versicherten (§ 420 RVO.), deren Kassenbeiträge nach § 53 der Satzung ermäßigt sind. Desgleichen jene Versicherten, die bei Arbeitgebern mit weniger als 5 Beschäftigten gemeldet sind. **Für alle diese Versichertengruppen bleiben die Grundlöhne in Geltung.**

3. a) Alle Arbeitgeber mit 5 und mehr Versicherten haben jede Woche in der Zeit vom Montag bis Mittwoch die für die unmittelbar vorausgegangene Woche angefallenen Beiträge zur Krankenversicherung **und Erwerbslosen-Fürsorge** in voller Höhe (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile) an der Kasse selbst oder auf das Postscheckkonto Nr. 5000 einzuzahlen.

b) Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Zahlung, so werden die geschuldeten Beiträge um den Betrag erhöht, der dem Verhältnis der vom Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichten Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten am Fälligkeitstage zu der Reichsrichtzahl am Tage der Einzahlung entspricht, wobei die Reichsrichtzahlen auf den nächst höheren durch eine Million teilbaren Betrag aufgerundet werden.

c) Die Arbeitgeber haben an den oben festgelegten Einzahlungsterminen Beitragsnachweisung, die bei der Kasse erhältlich ist, einzureichen und ihre Bücher und Belege für den Kassenvorstand zur Nachprüfung ihrer Angaben offen zu halten. Die Meldevorschriften des § 317 RVO. über An- und Abmeldung bleiben bestehen, Lohnänderungsmeldungen dagegen sind nicht mehr zu erstatten.

Will ein erkrankter Versicherter bei der Kasse Unterstützungsansprüche erheben, hat ihm der Arbeitgeber eine Arbeitsbescheinigung mit Angabe des zuletzt bezogenen Wochen- oder Monatsverdienstes zu erteilen.

d) Bei Berechnung der Barleistungen wird der wirkliche Arbeitsverdienst auf eine volle Million abgerundet.

e) Ferner haben Arbeitgeber mit weniger als 5 Beschäftigten neben den Oktoberbeiträgen für Monat November einen Vorschuß in Höhe des zwanzigfachen Betrages der Oktoberbeiträge an die Kasse abzuführen. Dieser Vorschuß wird mit den Oktoberbeiträgen eingehoben.

4. Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. August 1923 gilt als höchster Grundlohn in der Krankenversicherung das Siebenfache der Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten. Auf Grund dieser Verordnung hat der Kassenvorstand für die unter Ziffer 2 genannten Versichertengruppen mit Ausnahme der unständig Beschäftigten, die Lohnstufen, Grundlöhne, Beiträge, Kranken- und Sterbegelder festgesetzt wie folgt:

Lohnstufe	Entgelt auf den Kalendertag			Grundlohn	Beiträge pro Woche	Tägl. Krankengeld 60 %	Sterbegeld
	in Millionen Mark						
1a	Lehrlinge ohne Entgelt			741	416	—	14820
1b		bis	1482	741	623	445	14820
2	über 1482	„	4468	2975	2502	1785	59500
3	4468	„	9088	6778	5696	4067	135560
4	9088	„	15352	12220	10268	7332	244400
5	15352	„	23277	19315	16226	11589	386300
6	23277	„	32858	28068	23580	16841	561360
7	32858	„	44056	38457	32307	23075	769140
8	44056	„	56938	50497	42419	30299	1009940
9	56938	„	71418	64178	53910	38507	1283560
10	71418	„	87582	79500	66780	47700	1590000
11	87582			95697	80388	57419	1913940

* Von den Krankenversicherungsbeiträgen treffen den Arbeitgeber ein Drittel, den Versicherten zwei Drittel, von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge den Arbeitgeber und den Versicherten je die Hälfte.

Vorstehende Lohnstufen, Grundlöhne und Beiträge treten mit 5. November 1923, die Barleistungen mit 19. November 1923 in Kraft.

5. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß vom städt. Versicherungsamt München der Wert der Sachbezüge mit Wirkung vom 29. Oktober 1923 wie folgt festgesetzt wurde:

	Versicherte männliche (Millionen M)	Versicherte weibliche (Millionen M)
A. Bei voller Verpflegung und Wohnung einschließlich Beheizung und Beleuchtung	2800	2500
B. Bei teilweiser Gewährung der Sachbezüge:		
Erstes Frühstück	200	170
Zweites Frühstück	280	240
Mittagessen (ohne Getränk)	1120	1000
Vesperbrot	330	280
Abendbrot (ohne Getränk)	700	640
Wohnung, Beheizung u. Beleucht.	170	170

Für sonstige Sachbezüge (Bier, Milch usw.) gilt der jeweilige Kleinhandelspreis als Wert des Sachbezuges.

6. Ungenügend frankierte Rückbriefe mit Meldebestätigungen usw. können nicht mehr zurückgeschickt werden und sind bei Ausbleiben an der Kasse zu erholen.

7. In Anwendung der Reichsverordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 haben die Versicherten mit Wirkung ab 5. November 1923 von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel 20 v. H. selbst zu tragen.

München, am 5. November 1923.

Allgemeine Ortskrankenkasse München (Stadt).
Vorsitzender des Vorstandes: Gustav Schiefer.

Bekanntmachung

über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn, hier Erhöhung der Steuerermäßigungen ab 4. Nov. 1923.

1. Für die Zeit vom 4. bis 10. November 1923 sind die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohne (Bar- und Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt, durch Vervielfältigung der **für die zweite Septemberhälfte 1923** festgesetzten Ermäßigungen mit der vom Reichsminister der Finanzen für die Zeit vom 4. bis 10. November 1923 festgesetzten Verhältniszahl **„zwanzigtausend"** vom Arbeitgeber zu berechnen. Ist der Arbeitslohn für eine Lohnzahlungsperiode (Woche, Tag, Stunde) nach dem 3. November, jedoch spätestens am 10. November 1923 fällig geworden und gezahlt worden, so sind bei der Berechnung des Steuerabzuges die Ermäßigungen der **2. Septemberhälfte** mit **„zwanzigtausend"** zu vervielfältigen.

Es beträgt daher z. B. bei wöchentlicher Lohnzahlung die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 3,456 Millionen Mark, für jedes Kind 23,040 Millionen Mark, der sog. Werbungskostenpauschsatz 28,800 Millionen Mark.

Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle 10 Millionen Mark nach unten abzurunden.

2. Der ab 1. November 1923 erhöhte Wertanschlag für die Sachbezüge bleibt unverändert.

München, den 3. November 1923.

Die Finanzämter München II und III.

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Theater-Spielplan

National-Theater
Mittwoch, 7. Nov., abends 7 Uhr: Undine.
Donnerstag, 8. Nov., abends 7 Uhr: Fidelio.

Residenz-Theater
Mittwoch, 7. Nov., abends 7.30 Uhr: Die Fahrt nach Orplid.
Donnerstag, 8. Nov., abends 7.30 Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung.

Prinzregenten-Theater
Mittwoch, 7. Nov., abends 7 Uhr: Die Spielereien einer Kaiserin.
Donnerstag, 8. Nov., abends 7 Uhr: Der Strom.

Theater a. Gärtnerplatz
Täglich abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.

Münchner Schauspielhaus
Mittwoch, 7. Nov., abends 7.30 Uhr: Ein Traumspiel.
Donnerstag, 8. Nov., abends 7.30 Uhr: Des Esels Schatten.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 7. Nov., abends 7.30 Uhr: Wiener Blut.
Donnerstag, 8. Nov., abends 7.30 Uhr: Madame Pompadour.

Volks-Theater
Täglich abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Täglich abends 7.30 Uhr: Der Tatzelwurm.

BENZ Telephon 30495
8h Anfang 8h
Gastspiel
Gaby u. Elemèr Das Tanzpaar von heute
Steffi Kriss Die humoristische Vortragskünstlerin
Irene Verden Der Tanzstar
Ilse Bebra Tanzkünstlerin
und das erstklassige Cabaretprogramm
Kein Weinzwang
Ab 10½ Uhr: **TROCADERO** Schmitt-Fränzis

Wien-München Hotel Wagner
Sonnenstr. 23 Telephon 53464
Direktion **Max Pfahler.**
Täglich abends 8 Uhr:
Detti Margot
Peeter Ponny
Elly Ellena
Dr. Rud. Pröll
Ida Rödel
Alois Pöschl
Ab 10½ Uhr:
Bar Wien-München

Tabarin Luitpold
Salvatorplatz 4. Tel. 27799
Lea & Jonny
Jutta Jong
Frocja Karenina

Rosen-Casino
Vornehmes Wein- und Speisehaus
Schommerstraße 19 am Stachus
Täglich Künstlerkonzert
Tanz

Nationalsozialisten besucht nur solche Vergnügungslokale die im VÖLKISCHEN BEOBACHTER inserieren.

SERENISSIMUS
Am Siegestor Dir. F. RANDOW Fernruf 31491
Täglich abends 8 Uhr **Mosaik** ist Kleinkunst in höchster Vollendung. Hervorragende, künstlerische Leistungen. Fabelhafte Ausstattung.

Löwenbräu-Keller
Samstag Obermusikmstr. Fürst
Sonntag „ Windisch
Grosse Konzerte
Streich- und Militärmusik.

German Böhm, München
Abteilung: Tattersall
an der Amalienstraße 49. Telephon 26476
Reitsportliche Veranstaltungen
Individueller Reitunterricht
Studenten bedeutende Ermäßigung

Bunter Vogel
Tel. 23327 Adalbertstr. 41a Linie 10
Gutbürgerliches Haus
Täglich Stimmungskonzert

Torggelstube
Telephon 20976 Platzl 8 neben Hofbräuhaus

WEINHAUS
ODEON-KASINO
WITTELSBACHERPLATZ
Kapelle Duval
Nachmittagstee 4—6 U. / Ab 8 U. abds Restaurat.-Betr.
Telephon 25809 und 25810

Weingaststätte Damböck
Barer Straße 55
Telephon 28316

Wein-Restaurant Fledermaus
Schwanthalerstraße 1

Gaststätte Foerster
Liebigstraße 8 Telephon 23655
Vorzügliche Küche .. .. Bestgepflegte Weine

TUSCULUM
KONZERTCAFÉ
MARIENPLATZ 11/12 OSKAR HART

Völkischer Rechtsblock in Bayern
Ortsgruppe München
Große öffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Hofbräuhaus-Festsaal
Dr. Rudolf Buttmann über: „Marxismus u. Bürgerkrieg"
Eintrittspreis für Mitglieder 5 Milliarden; für Nichtmitglieder 5 Milliarden; für Studenten 1 Milliarde. — Kleinrentner haben gegen Ausweis freien Eintritt.
Dr. O. Rutz, 2. Vorsitzer.

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Für den Vertrieb der Tageszeitung
Völkischer Beobachter
im Nürnberger-Fürther
Straßenhandel
werden Verkäufer für sofort gesucht.
Die Auslieferung der Zeitung an Händler mit festen Standplätzen kann künftig ab 6 Uhr morgens erfolgen.
Meldungen mit Angabe der Wohnung und seitherigen Beschäftigung an den Propagandaleiter des Völk. Beobachters z. Zt. Nürnberg im Verlag der Weißen Fahne.

Hakenkreuz-
Brosche, Anhäng., Châtelaine mit schwarzweißrotem Band, Nadeln, Edelweiß in Alpaka u. Email. Edelmetallanfertigung auf Bestellung. Große Auswahl zu jeweilig. Tagespreis. Ortsgruppen und Vereine Vorzugspreise.
NB! Bei Veranstaltungen, wie Deutsch. Tag (Verkaufsstand) im Festsaale der N.S.D.A.P.
Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages (Preisliste 0,25 Goldmark) auf Postscheckkonto München 45502 Louis Frankl sowie 50 Millionen für Porto, Verpackung und Einschreibgebühr.
Louis Frankl
München-Ost Sedanstr. 5/o r.

Ankauf · Verkauf
gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
Spezialgeschäft:
Heinrich Herkert
Bayerstraße 1/I. / Tel. 51375
Verleih
von Hochzeits-, Gesellschafts-Anzügen / Zylindern

Deckel- u. Geschirrzinn
Quecksilber
Lötzinn
kauft Zinngießerei
Bentenrieder
Fraunhoferstr. 20 Tel. 25378

Emailschilder
Den schönen u. billigen Gummistempel fertigt STEMPEL-BOCK MÜNCHEN Sendlingerstr. 54 Versand n. Auswärts
Messingschilder

Haut- u. Geschlechtsl.
Ausfluß, Impot., Syphilis, Blut- u. Urinuntersuchung
Spez. Arzt Maul
Maximiliansplatz Nr. 38
Sprechstunden 10—6

Merke Marke Mann im Monde

Der Skalde

ist die freie unabhängige Halbmonatsschrift für die geistig Regsamen und das unentbehrliche Rüstzeug jedes Nationalsozialisten. Er liefert die wirksamsten Waffen im völkischen Kampf und arbeitet zugleich an der Vertiefung völkischer Weltanschauung. Bezug monatl. 0,50 mal Schlüsselzahl durch den **Skalden-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 11,** Bernburgerstr. 13 oder durch den **Verlag des Völkischen Beobachters.**

RUHR-APACHEN
DER ROMAN VON FRANKREICHS BLUTSCHULD
von AJAX
MIT EINEM LEITGEDICHT VON PAUL WARNCKE
Preis gebunden nur M. 1,—
DEUTSCHVÖLKISCHE BUCHHANDLUNG
MÜNCHEN THIERSCHSTRASSE 15

Möbliertes ZIMMER
in nur gutem Hause von ehem. akt. Offizier per sofort gesucht.
Gefällige Angebote an H. Heydenreich, Ludwigstraße 16/I, Zimmer 27

Kleine Anzeigen
wie: An- u. Verkäufe, Dienst- u. Stellengesuche haben im Völk. Beobachter besten Erfolg!

ALLGÄUER
HOLZSTABGEWEBE
IST EIN VORTEILHAFTER PREISWERTER
BAUKÖRPER
VERTRETEN DURCH:
ARCHITEKT ROBERT HERRMANN
MÜNCHEN, THERESIENSTRASSE 108/II, RECHTS

Das Oberkommando sucht:
Stellung für:
1. tüchtigen Kaufmann, durchaus perfekt im Genossenschafts-, G. m. b. H.-, Aktiengesellschaftswesen sowie im gesamten Handelsgesetz. Steuerfachmann, bilanzsicher, banktechnisch durchgebildet. Evtl. kommt Beteiligung mit ca. 3-5000 Goldmark in Frage.
2. Buchhalter (Organisator).
3. Parteigenossen in kaufm. od. landwirtschaftl. Beruf, Spezialkenntnisse in landwirtschaftlichen Maschinen.
Meldung an das
Oberkommando der S. A.
Stabsfeldwebel

Stahlhelm
von Mitglied d. S. A. zu kaufen gesucht gegen gute Bezahlung.
Angebote unter 1702 an die Anz.-Abt. d. Blattes

Empfehle das soeben erschienene Bild
Wie Schlageter tatsächlich erschossen wurde
(Größe 38 × 27 cm)
Ferner das ebenfalls neue Bild
Schlageter Zivilaufnahme
als Postkarte in Kupfertiefdruck
Günther Herbst, deutschvölk. Vertr., Erfurt
Mainzerhofstraße 1

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10—1 und 5—6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Tätige
Beteiligung
sucht völkisch gesinnter gebildet. 32 jähr. Mann (Rheinländer) an gewinnbringend., reellem Unternehmen von Gesinnungsgenoss. mit Kapital bis zu 3000 Dollar; sofort verfügbar. Angebote unter 1704 an d. Anz.-Abt. d. Blattes.

Wir suchen:
Jüng. Maschinenzeichner
sowie mehrere
Motorenschlosser
und
Monteure
für luftgekühlte Kleinmotoren.
Ausführliche Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschr. usw. erbitten wir umgehend.
Richard Kindler G. m. b. H.
Kirchheim-Teck

Einf. möbl. Zimmer
oder Schlafstelle
von Parteigenossen für
sofort gesucht.
Gefl. Angeb. erbet. an E. Kuna, Karlstraße 31/3 l.

Büro-räume
von Industrieunternehmen
zu mieten gesucht.
Angebote unter 1697 an die Anz.-Abteilung d. Blattes.